03 | 2025

mitmenschenreden

das magazin für mensch & gesellschaft

Freiheit oder Resignation?

Der Liberalismus als Daueraufgabe
Prof. Dr. Stefan Kooths

„Die AfD zu wählen, ist unentschuldbar“
Kathrin Henneberger (DIE GRÜNEN)

Jahresabo (ONLINE/PDF) 18,90 €

IMPRESSUM:

MIT**MENSCHEN**REDEN

Herausgegeben von
Ralf M. Ruthardt | Autor
Rosine-Starz-Str. 16, D 71272 Renningen
www.mitmenschenreden.de

Redaktion:
Ralf M. Ruthardt (V. i. S. d. P.)
Markus Coenen

Layout & Gestaltung: Ralf M. Ruthardt
Webmaster: Jonas Schumacher

Redaktionsanschrift:
Ralf M. Ruthardt | Autor
Magazin MIT**MENSCHEN**REDEN
Rosine-Starz-Str. 16, D 71272 Renningen
Kontakt: info@mitmenschenreden.de
https://mitmenschenreden.de

© Ralf M. Ruthardt | 01.07.2025

Diese Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Die Rechte an Fotografien, Gemälden, Grafiken und Illustrationen liegen, soweit nicht anders gekennzeichnet, bei den genannten Personen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausdrücklich nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jahresabo 18,90 € (Online/PDF)
Einzelheft (Online/PDF) 5,90 €
Einzelheft (Print) 19,50 €
Preisangaben verstehen sich inkl. MwSt.
Hier abonnieren: https://edition-pjb.de

ISSN 2944–0394 (Print)
ISSN 2944–0408 (Online)

Machen Sie mit!

Ihre Einsendungen sind willkommen.

Sie sind herzlich eingeladen, sich mit einzubringen. Dazu folgende Hinweise:

Beiträge und Werke können bereits veröffentlicht sein. Es muss sich um selbst verfasste Beiträge und selbst erstellte Werke der Einsendenden handeln.

E-Mail: mitmachen@mitmenschenreden.de

Die Rechte und die Verantwortung für die Inhalte verbleiben bei den Einsendenden von Beiträgen, Abbildungen und Werken. Lediglich das Recht auf Veröffentlichung in allen Medien wird von den Einsendenden MIT**MENSCHEN**REDEN und dem Herausgeber kostenlos eingeräumt. Die Einsendenden garantieren, dass sie keine Rechte und Ansprüche Dritter verletzen. Die Einsendenden stellen die Redaktion und den Herausgeber von Rechten und Ansprüchen Dritter frei.

Es gibt keine Veröffentlichungsgarantie für eingesandte Texte und Bilder und anderes. Postalische Einsendungen werden nicht zurückgeschickt. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

mitmenschenreden
das magazin für mensch & gesellschaft

Inhalt

EDITORIAL 4
Ralf M. Ruthardt

„Die AfD zu wählen, ist unentschuldbar“ 6
Kathrin Henneberger

Freiheit in Gefahr 12
Katja Adler

Zwischen Shoah und Emigrationskoffer 20
Andreas E. Mach

Liberalismus - Daueraufgabe 28
Prof. Dr. Stefan Kooths

Menschen im Porträt: 40
„Kultur - zwischen Haltung und Hunger“
Andreas Lechner

Wie Liberalismus Menschen erreicht 46
Dr. Dr. Rainer Zitelmann

Schleichende Verstaatlichung 54
Dr. Michael von Prollius

„Die Ära Milei“ - Rezension 58
Christian Langer

Liberale Renaissance 62
Thomas L. Kemmerich

Hayek denken heißt Verantwortung leben 72
Prof. Dr. Gerd Habermann

Wege zur Freiheit? 76
Nickolas Emrich

Kolumne: #HASHTAG 80
Markus Coenen

Fusion statt Frust unterm Kirchturm 84
Bertram Haas

Mogelpackungen im Gesundheitswesen 90
Andrea Würtz

Lernfreiheit 96
Prof. a.D. Dr. Enger & Prof. Dr. Uhlenwinkel

Pluralismus ist kein Luxus, sondern Pflicht 102
Dr. Wolfgang Herles

Atomkrieg durch Algorithmen 108
Prof. Dr. Bläsius & Prof. Dr. Scheffran

Eurasien denken, ohne Komplexe 112
Uwe Leuschner

Biodiversität stärken 118
Lars Becker

Ruanda: Bildungshelfer 124
Veronika Wetzel

Kolumne: Im Rückspiegel 128
Markus Coenen

Kolumne: Zwischen Fronten 132
Benjamin Scherp & Dominik Steffens

Mehr als schöne Worte 138
Erich Pfefferlen

Mein Weg zur Kunst 146
Eckhard Währing

(k)eine tägliche Begegnung 152
Demokratie - Zumutung & Chance
Jörn Didas

EDITORIAL

Grafik: Saskia Thurner

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

man könnte sich die Frage stellen, warum „Freiheit“ und „Resignation“ im Titel dieses Heftes einander gegenüber gestellt werden. Nun, dort wo beispielsweise die Freiheit bei der Meinungsäußerung eingeschränkt wird, führt dies für die Menschen, die Gegenargumente anführen wollen, schlussendlich wo möglich zur Wut - oder in die Resignation. Haben wir es nicht genau damit in weiten Teilen der Gesellschaft zu tun: Mit Resignation!

Wie weit Wahrnehmungen und Positionen auseinanderliegen können, zeigt sich in so manchem Gespräch, welches ich mit liebwerten Menschen führen durfte. Nehmen wir Kathrin Henneberger: „Die AfD zu wählen, ist unentschuldbar“, sagt die Umweltaktivistin, welche bis 2025 für DIE GRÜNEN im Bundestag saß. - Vielleicht sehen Sie sich bestätigt. Vielleicht ist es für Sie ein Wechsel der Perspektive - an der Grenze der Zumutbarkeit.

Die liberale Katja Adler unterstreicht das Bedürfnis nach Freiheit. Sie blickt auf die Erfahrungen in der DDR und kritisiert die Einschränkungen durch die Politik der vergangenen Jahre in Deutschland. In weiten Teilen des sogenannten Mainstreams wird das Wahlverhalten der Menschen in Ostdeutschland als ungeheuerlich gewertet. Mit etwas Freiheitsliebe, Vernunft und der Bereitschaft zum besagten Perspektivenwechsel tun sich wo möglich neue Erkenntnisse auf.

Diese Ausgabe von *MIT**MENSCHEN**REDEN* möchte einmal mehr eine Einladung sein. Eine Einladung, die eigene Meinung zu hinterfragen, indem man sich Gegenargumenten und anderen Lebenswirklichkeiten aussetzt. Es bringt uns im eigenen Leben weiter - und mit anderen Menschen zusammen.

Miteinander anstelle Gegeneinander - dieser Wunsch hat mich sehr beschäftigt, als ich die Interviews, Gespräche und Beiträge angeordnet habe. Lassen Sie sich mit Widerspruch konfrontieren. Werfen Sie den sprichwörtlichen Blick über den eigenen Tellerrand. Haben Sie Mut, eigene Positionen zu ändern, wenn es vernünftige Gründe dafür gibt.

Was gibt es noch in dieser Ausgabe: Das komplexe Thema der Energiewende aus der letzten Ausgabe beschäftigt uns auch hier. Ebenso wirtschaftsliberale Gedanken, wie im Gespräch mit Prof. Dr. Stefan Kooths. Und ich freue mich, dass Jörg Didas mit mir über seine Projekte zur Förderung der Demokratie gesprochen hat. - Nun, es gibt noch viel mehr zu Lesen und ich wünsche Ihnen dabei viel Freude.

Auf ein konstruktives, kreatives und innovatives Miteinander und einen ergebnisoffenen Diskurs.

Herzlichst
Ihr
Ralf M. Ruthardt

Ralf M. Ruthardt
(geboren 1967) hat Betriebswirtschaft studiert und war rund drei Jahrzehnte als Unternehmer tätig. Seine Schwerpunkte waren Digitalisierung basierend auf künstlicher Intelligenz und Soziologie. Über vierzig Jahre engagierte er sich ehrenamtlich in Kirchengemeinden und unterstützt u. a. Projekte in Afrika. Seit 2023 stellt er sich gesellschaftlichen Fragen und verarbeitet diese in seinen Publikationen. Dabei scheut er sich nicht vor komplexen und heftig diskutierten Themen – und versucht, „Brücken der Verständigung“ zu bauen.
www.ruthardt.de

Foto: Ralf M. Ruthardt

„Die AfD zu wählen, ist unentschuldbar“

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Kathrin Henneberger

Kathrin Henneberger war für *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* von 2021 bis 2025 als Abgeordnete im Deutschen Bundestag und ist seit vielen Jahren als Klimaaktivistin tätig. Ende Februar 2025 hat Ralf M. Ruthardt mit ihr gesprochen. Das Gespräch bietet einen aufschlussreichen und nachdenkenswerten Perspektivenwechsel. Das Wechseln der Perspektive liegt Ruthardt als Herausgeber von *MIT**MENSCHEN**REDEN* bekannter Weise sehr am Herzen.

Ralf M. Ruthardt | Ich freue mich sehr auf unser Gespräch, Kathrin Henneberger, und möchte mit Ihnen darüber nachdenken, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Erfolg einer klimagerechten Politik und dem Rechtsruck in Deutschland gibt. Vorbereitend zu unserem Gespräch habe ich in mein direktes Netzwerk hineingeblickt. Ich finde dort unterschiedliche Wahrnehmungen und daraus resultierend verschiedene Begrifflichkeiten, wie Klimagerechtigkeit, Klimawandel oder Klimakrise. Aber ich finde in meiner direkten Sphäre niemanden, der die Veränderungen des Klimas und einen menschengemachten Einfluss darauf – wie auch immer in der Dimension und in der Art und Weise – oder die Relevanz von erforderlichen Maßnahmen – auch hier, gleich welcher Art – in Frage stellen würde.

Daher frage ich mich, ob es überhaupt eine relevante Anzahl Menschen in Deutschland gibt, die Veränderungen des Klimas und ein – wie auch immer geartetes – Reagieren darauf bestreiten? Und: Wo ist der Zusammenhang zu dem, was man in Deutschland und darüber hinaus als Rechtsruck definiert?

Kathrin Henneberger | Der Rechtsruck und die Klimaleugnung hängen tatsächlich sehr eng zusammen. In meinem persönlichen Freundeskreis, das sind alles „grüne Gutmenschen". Natürlich gibt es da niemanden, der die Klimakrise leugnet. Wenn ich jedoch die Kommentare unter meinen Inhalten auf Social Media sehe, dann lassen sich sehr viele Kommentare ganz klar der Klimaleugnung zuordnen.

Ralf M. Ruthardt | Sind das nicht die immergleichen, womöglich auch etwas seltsamen Menschen?

Kathrin Henneberger | Nein. Es gibt ein Gutachten der Freien Universität Berlin aus dem Sommer 2024. Man hat die letzten drei Jahre untersucht, und es ist leider tatsächlich so, dass sehr konkret die AfD seit ihrer Gründung mit den Klimaleugner-Think-Tanks aus den USA eng vernetzt ist. In den USA wurde in den 70er- und 80er-Jahren mit sehr viel Geld der fossilen Industrie diese Think-Tanks aufgebaut. ExxonMobil wusste damals, dass es die Klimakrise gibt. Sie hatten ja ihre eigenen wissenschaftlichen Daten. Sie haben mit Kampagnen den öffentlichen Diskurs beeinflusst, damit sie ihr Wirtschaften nicht verändern müssen.

Ralf M. Ruthardt | Sie meinen, es sind ähnliche Kampagnen gewesen, wie man sie aus der Tabakindustrie kannte?

Kathrin Henneberger | Ja, es ist eine durchaus ähnliche Strategie. – Also, die AfD war von Anfang an und ist immer noch mit diesen Think-Tanks sehr eng verbunden. Da gibt es Kongresse, wo sich klimaleugnerische Personen und Akteure treffen, vernetzen und sich Strategien überlegen. Klimaleugnung findet in der AfD bis heute in unterschiedlicher Weise statt.

Das reicht von Aussagen, dass es die Klimakrise gar nicht gibt, bis hin zu einem nicht von Menschen gemachten Klimawandel. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden als Religion

angesehen, und das wird dann immer wiederholt. Es gibt regelmäßig Kampagnen von rechten Influencern und von rechten Nachrichtenportalen. In jedem Klima- und Energieausschuss im Bundestag habe ich erlebt, dass Abgeordnete von der AfD mit Klimaleugner-Sprüchen aufgefallen sind. Die Videoübertragungen der öffentlichen Sitzungen werden genutzt, um als Clips anschließend von der AfD in den sozialen Medien verbreitet zu werden.

Dabei gibt es den zwischenstaatlichen Sachverständigenrat für Klimaänderungen: Der *Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)* als ein wissenschaftliches Gremium sagt ganz klar, dass die Klimakrise menschengemacht ist.

Von der rechten Seite hört man jedoch zu den Klimaschutzmaßnahmen, dass diese nur getätigt werden, um Menschen zu kontrollieren, Lebensweisen zu kontrollieren, um eine Klimadiktatur einzurichten. Die AfD ist nicht nur eine Antimigrationspartei, vielmehr hat sie sich auch sehr klar zu einer Antiklimapartei entwickelt. Sie versucht, unsere Gesellschaft in Deutschland zu spalten, indem gesagt wird, Klimaschutz sei unsozial. Dabei ist Klimaschutz das Sozialste, was wir mit Blick auf unsere aktuellen Lebensverhältnisse und unsere Zukunft machen können.

Natürlich, wenn man den Blick auf die wirtschaftlichen Interessen von Trump und von Putin – das sind ja jetzt keine Klimaengel – richtet, dann stehen dort handfeste fossile Interessen dahinter.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns in Anbetracht der Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 darüber sprechen, ob zwischen den in der AfD agierenden Köpfen und den 10.000.000 Menschen, die die AfD gewählt haben, zu differenzieren ist. Schließlich ist ja die Rede davon, dass etablierte Parteien die AfD-Wählenden wieder zurück in die sogenannte und wie auch immer zu definierende Mitte holen wollen.

Kathrin Henneberger | Also, wer AfD gewählt hat, hat klar eine faschistische Partei gewählt. Das muss den Menschen dann auch sehr bewusst sein. Hier brauchen wir einen sehr klaren – und da sehe ich uns alle in der Verantwortung – politischen Diskurs mit unseren Mitmenschen, dass dies in der Zukunft auf keinen Fall mehr passiert.

„... wer AfD gewählt hat, hat klar eine faschistische Partei gewählt."

Ralf M. Ruthardt | Sie meinen, dass Menschen die AfD wählen, darf nicht mehr geschehen?

Kathrin Henneberger | Wir müssen es sehr ernst nehmen, dass Menschen in Deutschland verunsichert sind. Bei meinen Gesprächen in den letzten Wochen vor der Bundestagswahl wurde deutlich, dass sehr viele Menschen – auch sehr viele junge Menschen – verunsichert sind. Viele fragen, ob der Krieg in der Ukraine auch zu uns kommt. Oder auch sehr viele Menschen sind wegen der Klimakrise verunsichert. Da sind die eigenen sozialen Abstiegsängste; ob man die Miete noch bezahlen kann. Die Menschen merken, dass die Lebensmittelpreise weiter steigen.

Darauf müssen wir eine Antwort finden. Gleichzeitig müssen wir damit umgehen, dass über Social Media, und das ist leider so, versucht wird, unsere Gesellschaft aufzuhetzen und zu spalten. Ich kann es nicht

vergeben, wenn jemand faschistisch wählt. Wenn jemand faschistisch wählt, wählt er faschistisch.

Ralf M. Ruthardt | Nochmals mein Versuch: Über 10.000.000 Menschen haben der AfD die Zweitstimme gegeben. Sind das alles Faschisten?

Viele Menschen treffen Wahlentscheidungen aus dem Bauch heraus. Die haben oftmals womöglich nicht die Möglichkeit, sich vorab ausführlich zu informieren und die Programme der Parteien zu validieren. Da gibt's Menschen, die mit ihren Alltagssorgen und mit Beruf und Kindererziehung den ganzen Tag beschäftigt sind. Ich gehe davon aus, dass ein relevanter Anteil an Wahlberechtigten womöglich gar nicht die Zeit hat, sich adäquat zu informieren und mit Themen auseinanderzusetzen. – Mich persönlich macht dies in der Analyse und im potenziellen Beurteilen ein bisschen milde.

Kathrin Henneberger | Mensch kann sich immer überlegen, wähle ich faschistisch oder nicht. Wähle ich aus Protest? Ist das wirklich der Weg, den ich gehen will? – Daher ist es nicht zu entschuldigen.

Ich finde es wichtig, kritisch zu analysieren, warum Menschen die AfD wählen. Was können wir verbessern, damit Menschen das nicht mehr wählen? – Aber die individuelle Entscheidung, für eine faschistische Partei zu stimmen und damit gegen den Schutz von Minderheiten und gegen Menschenrechte zu stimmen, das ist eine Entscheidung, die ich nicht entschuldigen mag.

Ralf M. Ruthardt | Dieser Punkt ist sehr interessant und bedeutend. Er betrifft eine Situation, mit der wir in Deutschland als Gesellschaft konfrontiert sind. Deshalb meine Nachfrage: Die Tatsache, dass ein Mensch eine Partei wählt, die auf dem Wahlzettel steht, ist etwas, was erbarmungslos zu kritisieren ist. Habe ich das so richtig verstanden?

Kathrin Henneberger | Also, wenn man der AfD seine Stimme gibt, geht es nicht nur darum, dass man eine klimaleugnerische Partei wählt. Vielmehr geht es sehr klar darum, eine Partei zu wählen, die gegen Minderheiten hetzt, die gegen Menschen mit Migrationshintergrund hetzt und die Deportationsfantasien für Menschen mit Migrationshintergrund hat. Und es geht noch weiter: Man wählt eine Partei, die queere Rechte abschaffen will, die Frauenrechte abschaffen will … Deswegen sage ich, die AfD zu wählen, kann ich nicht entschuldigen, weil das eine Stimme gegen Minderheiten, gegen Demokratie und gegen Freiheit ist.

Ralf M. Ruthardt | Ein unentschuldbares Verhalten bedeutet, dass es durch nichts zu rechtfertigen ist und – moralisch gesehen – die Handlung als so gravierend angesehen wird, dass keine äußeren Umstände oder inneren Konflikte die Schwere der Tat lindern können. Wir kennen das beispielsweise von Mord aus Hass oder bei einer absichtlichen Täuschung eines anderen. Wenn wir den Begriff im rechtlichen Sinne beleuchten, dann meint „unentschuldbar handeln", dass eine Person keine annehmbaren Verteidigungsgründe hat, um ihre Handlung zu rechtfertigen oder abzuschwächen.

Kathrin Henneberger | Als Gesellschaft sind wir in der Verantwortung, genau zu analysieren, wie es dazu gekommen ist, dass ein Mensch die AfD wählt. Wie können wir als Gesellschaft sozialer, gerechter und solidarischer werden, damit wir gemeinsam die Krisen unserer Zeit gut bewältigen können, ohne dass Menschen in berechtigte Zukunftsängste verfallen? Und wie können wir gemeinsam diesen rechten Hetzkampagnen entgegenstehen?

Ralf M. Ruthardt | Ein weiterer, ergebnisoffener Versuch, es etwas milde zu formulieren und Brücken zu bauen: Wer die AfD wählt, ist eine verirrte Seele, die es wieder zurückzuholen gilt – oder gefällt Ihnen da dieser Sprachduktus nicht?

Kathrin Henneberger | Das ist nicht die Sprache, die ich für geeignet halte. Die AfD zu wählen, ist unentschuldbar. Punkt.

Ralf M. Ruthardt | Ich finde es erhellend, liebe Kathrin Henneberger, und es bringt mich zu zwei weiteren Fragen: Gibt es in der AfD Menschen, deren Argumenten Sie etwas abgewinnen können?

Kathrin Henneberger | Nein!

Ralf M. Ruthardt | Gibt es in der CDU Menschen, deren politischen Argumenten Sie etwas abgewinnen können?

Kathrin Henneberger | In der sehr konkreten inhaltlichen Arbeit der vergangenen Legislatur gab es einige Kollegen, mit denen ich mich inhaltlich über den richtigen Weg streiten konnte. Beispielsweise im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Es ist Teil unserer Demokratie, dass gestritten wird und man dann eine Einigkeit in der Sache findet.

Ein konkretes Beispiel ist die Finanzierung der humanitären Hilfe für den Libanon. Da konnte ich mit einem Kollegen von der CDU sofort Einigkeit herstellen. Wir hatten ein gemeinsames Ziel, nämlich die humanitäre Hilfe im Libanon. Man sieht, dass es bei allem Streit immer wieder Momente gibt, in denen wir uns zusammengefunden haben.

Ralf M. Ruthardt | Aber zu meiner Frage zurück. Ich habe richtig verstanden, dass es in der CDU Leute gibt, die politische Verantwortung haben und mit denen gut zusammenzuarbeiten ist.

Kathrin Henneberger | Ja, wobei die bei der letzten Wahl aus dem Bundestag gefallen sind. Es werden auch in der CDU weniger. Man merkt den Rechtsruck unter Friedrich Merz.

Ralf M. Ruthardt | Sind DIE GRÜNEN unfehlbar?

Kathrin Henneberger | Niemand ist unfehlbar.

Ralf M. Ruthardt | Haben Sie unseren Leserinnen und Lesern noch eine Erkenntnis aus dem Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025?

Kathrin Henneberger | „Wir finden es gut, dass du dich für Klimaschutz einsetzt", wurde sehr oft zu mir gesagt.

Ralf M. Ruthardt | Dann nehmen wir das als Schlussgedanken und entlassen unsere Leserinnen und Leser in ein ergebnisoffenes Nachdenken. Denn genau das ist die Idee, wenn in MITMENSCHENREDEN Menschen miteinander reden. – Danke für Ihre Zeit, Kathrin Henneberger, und alles Gute.

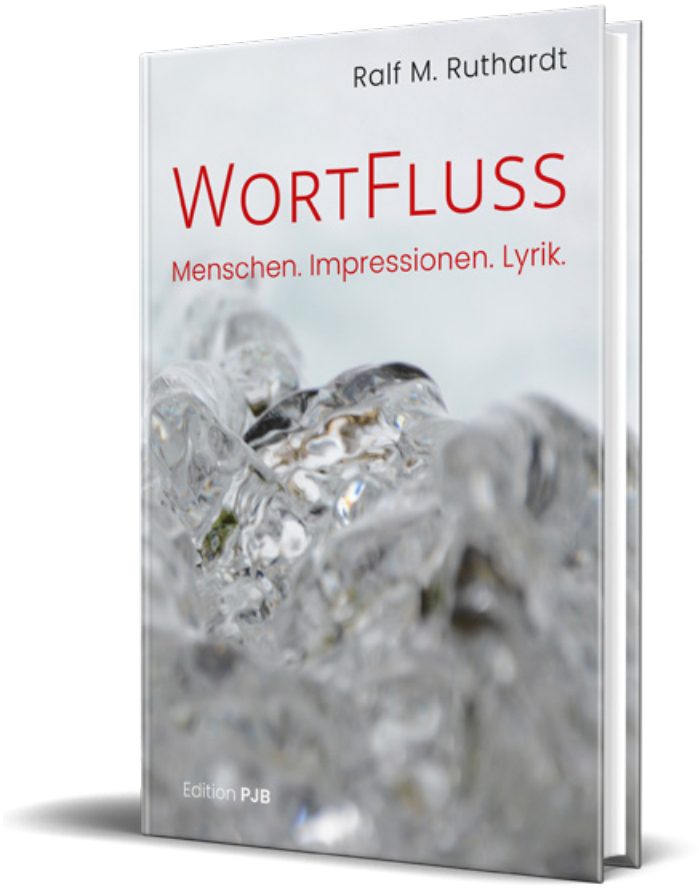
Kathrin Henneberger
ist Klimaaktivistin und von 2021 bis 2025 für Bündnis 90/DIE GRÜNEN als Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Unter anderem war Henneberger Mitglied im Vorstand der *Grünen Jugend* und Pressesprecherin des Klimabündnisses *ENDE GELÄNDE*. Sie arbeitete als Projektkoordinatorin für das *Institute of Environmental Justice e. V.* Seit 2014 schreibt sie als Autorin regelmäßig über klima- und energiepolitische Themen für das Onlinemagazin *Klimareporter*.

wer liest schon lyrik

Mensch sein.
Mensch sein lassen.
Menschen.
Ein Meer von Blumen
inmitten des Grüns einer Wiese.

Frühsommer.

Der Kleingärtner
führt seinen Rasenmäher spazieren.
Seine Freude.
Exakt gekürzt auf drei Zentimeter.
Ein Rasen.



WortFluss
Edition PJB
Ralf M. Ruthardt
ISBN 978-3982574974
Hardcover | € 28

FREIHEIT IN GEFAHR?

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Katja Adler

Foto: Ralf M. Ruthardt

Die FDP ist nach der Bundestagswahl 2025 nicht mehr im Parlament vertreten - und mit Ihr Katja Adler. Viele Menschen stellen die Frage, liberaler Argumente zukünftig überhaupt noch im politischen Berlin gehört werden. Und es stellt sich die Frage, wohin die Diskussionen um Brandmauern und um die Ansichten und Anliegen der Wählerinnen und Wähler in Ostdeutschland führen.

Ralf M. Ruthardt | Es ist ein Buch, das in den vergangenen Monaten an Aktualität gewonnen hat: „Rolle rückwärts DDR? – Wie unsere Freiheit in Gefahr gerät." In Ihren Erinnerungen, Katja Adler, nehmen Sie Leserinnen und Leser mit in Ihre ostdeutsche Sozialisierung. Sie haben bis Februar 2025 für die FDP im Bundestag viele Eindrücke und Erkenntnisse mitgenommen.

Mit Ihrem Buch geben Sie ein Statement für die Freiheit und Selbstbestimmung und reflektieren den Wert und die Bedeutung von Freiheit an der DDR. Dabei machen Sie keine gewagten historischen Vergleiche auf, sondern Sie reden von Erfahrungswelten und leiten daraus etwas ab. Was ist Ihnen Ihre Freiheit wert, von der Sie in Ihrem Buch sprechen?

Katja Adler | Sehr, sehr viel. Ohne Freiheit ist alles nichts. Beginnen wir mit dem Gegensatz von Freiheit. Unfreiheit bedeutet, ich kann nicht selbst entscheiden und ich darf womöglich auch nicht frei über das reden, was ich denke.

Im Buch mache ich es deutlich, was Unfreiheit im Alltag bedeutet. Das fängt bei der freien Berufswahl an. Es geht weiter mit Reisefreiheit und es gipfelt darin, dass man – weil eine bestimmte Haltung von staatlicher Seite erwartet wurde – weder den freien Diskurs hatte, noch seine Meinung ohne Sorge vor Konsequenzen geäußert hat. Ich komme dann sehr schnell zu dem Punkt, dass ich sage, Freiheit ist für mich und für mein Leben alles, was zählt.

In einer Demokratie sind solche Freiheiten essentiell. Es ist eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie, dass wir frei sind. Das ist einer der Gründe, warum ich dieses Buch geschrieben habe. Weil ich nämlich das Gefühl habe, dass einem großen Teil der Gesellschaft die Freiheit als Wert gar nicht mehr so bewusst ist. Sie ist für viele Menschen – insbesondere in den sogenannten alten Bundesländern – selbstverständlich geworden. So selbstverständlich, dass es die Nachbetrachtung der Corona-Pandemie bedarf, um festzustellen, wie schnell Menschen die Restriktionen akzeptiert haben.

Ohne Freiheit ist alles nichts.

Ralf M. Ruthardt | Es hat in der Zeit der Pandemie weitgehend das Hinterfragen gefehlt. Das Einfordern der Würdigung neuer Erkenntnisse. Der ehrliche Umgang mit bekannten und unbekannten Faktoren. Medien sind mit der Politik mitmarschiert und haben sich – womöglich bis heute – von diesem Unterstützergeist in zu weiten Teilen nicht erholt. Aber gehen wir zurück zur Pandemie und der Frage nach Freiheit.

Katja Adler | Nicht mehr rausgehen zu dürfen, also die Ausgangssperren oder für Kinder die Regelung, nur ein weiteres befreundetes Kind treffen zu dürfen. Die Kinder haben zeitweise

jegliche Freiheit und ihr Recht auf Freizeit und Spiel – was im Übrigen ein Kinderrecht ist – komplett verloren.

Wie schnell solche und andere Rechte abgesprochen werden können und wie schnell Freiheit massiv eingeschränkt werden kann, hat mich erschüttert. Und das unter dem Deckmantel des Schutzes der Gesundheit.

Ralf M. Ruthardt | Wir teilen diese Erschütterung. Vor allem vor dem Hintergrund, dass sehr wohl im Verlauf der Pandemie Erkenntnisse für die Politik verfügbar gewesen sind, die solch massive Freiheitseinschränkungen weder notwendig gemacht haben, noch diese im Nachgang rechtfertigen.

Eine persönliche Anmerkung: Im Nachhinein betrachtet bin ich meiner Verantwortung mir selbst gegenüber nicht gerecht geworden. Alles sträubte sich, weil ich mich nicht glaubhaft informiert gesehen habe. Die Diktate von Verhaltensmaßnahmen waren – insbesondere im Verlauf der Pandemie – oftmals weder vernünftig erklärbar, noch würdigten Politik und Medien den fachlichen Widerspruch und Gegenargumente.

Nun, lassen Sie uns beim Begriff „Freiheit" bleiben, ohne dass wir hier eine wissenschaftliche Abhandlung anstreben. Es ist doch so, dass der Erhalt von Freiheit erfordert, zu merken, wenn sie einem genommen wird. Können wir hier von Wachsamkeit und Achtsamkeit sprechen? Ist einem Großteil der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, womöglich ob eines weitgehenden Wohlstands, diese Achtsamkeit abhandengekommen?

Katja Adler | Wenn man Freiheit hat, dann ist es selbstverständlich. Ich entscheide mich, was ich für einen Beruf lerne oder welches Fach ich studiere. Ich entscheide mich, wo ich in den nächsten Urlaub hinfahre und so weiter. Das und noch viel mehr ist total selbstverständlich.

Wenn es einem jedoch genommen wird, wird man darauf gestoßen, wie wertvoll diese Freiheit gewesen ist. Möglicherweise ist das auch der Grund, warum viele Ostdeutsche viel sensibler darauf reagieren, wenn Freiheit genommen wird. Ich sehe das bei mir: Zwar war ich erst 15 Jahre alt, als die Wende kam. Trotzdem kann ich mich sehr gut daran erinnern, was mir als Kind und Jugendliche an Freiheiten in der DDR gefehlt hat. Ja, ich durfte Abitur machen, aber nur unter der Voraussetzung, dass ich dann Lehrer geworden wäre. Mir wurde eben nicht zugestanden, frei entscheiden zu können, welchen Beruf ich später ausüben möchte. Der Staat hatte in einer Vielzahl von Lebensbereichen ein Diktat ausgeübt.

Diese Sensibilität, wie bedeutsam Freiheit und Selbstbestimmung sind, die vermisse ich zuweilen bei dem einen oder anderen Westdeutschen.

Ralf M. Ruthardt | … und wir Westdeutschen dürfen uns die Frage stellen, ob wir diese Sensibilität unserer ostdeutschen Landsleute ausreichend würdigen und wertschätzen. Es ist quasi geradezu ein Schutz für die uns womöglich fehlende Sensibilisierung in dieser Frage.

Lassen Sie uns, bevor wir zum Thema Verantwortung kommen, bei der Achtsamkeit bleiben und dazu klammern wir mal kurz die Corona-Pandemie bewusst aus. Worauf sollten wir heute unsere Achtsamkeit lenken, was unsere Freiheit anbelangt? Haben Sie ein, zwei Beispiele für Entwicklungen, die auf einen offenkundigen oder schleichenden Entzug von Freiheit schließen lassen?

Katja Adler | Das geht bei Fragen der Ernährung bereits los. Wir erinnern uns an den

Bürgerrat und das Thema einer gesunden Ernährung. Nehmen wir den „Veggieday“: Da wird dann quasi verordnet, dass wir jetzt mal alle an einem Tag kein Fleisch essen. Es wird dir als gebildeter, erwachsener Bürger die Entscheidung abgenommen, dann Fleisch zu essen, wenn du es für richtig ansiehst. Wieso sorgt man nicht für eine gute Aufklärung und für eine gute Bildung? Man soll die Voraussetzung schaffen, dass der Mensch seine eigene Entscheidung treffen kann. Das ist die Aufgabe des Staates.

Sie haben nach zwei Beispielen gefragt. Hier das Zweite: Ich habe oft lange Strecken zu fahren. Da ist für mich ein Elektroauto ungeeignet. Also entscheide ich mich nicht dafür – und muss mir ständig auf die Nase binden lassen, dass das jetzt aber nicht gut für die Umwelt sei. Dabei orientieren sich viele Leute womöglich nur an einer Haltungsfrage und haben sich mit der Faktenlage nie angemessen beschäftigt.

Ralf M. Ruthardt | Ein Elektroauto ist nicht unbedingt umweltfreundlicher als ein Fahrzeug mit einer modernen Dieseltechnologie. Denn beim Vergleich muss man den gesamten Zyklus anschauen.

Lassen Sie uns einen Gedankensprung machen: Wir erinnern uns an ein milde auf uns Menschen herabblickendes Konterfei vor grünem Hintergrund. Man könnte das Empfinden haben, dass ein wegweisender Politiker zur richtigen Haltung mahnt. Ja, milde mahnt. Lassen Sie mich die Frage herausgreifen, ob beispielsweise die grüne-klimabewegte Szene – ich grenze hier bewusst zu grün-ökologisch orientierten Leuten ab – sozialistischen Prinzipien folgt?

Katja Adler | Das kann sein und das könnte man auch mit Fakten hinterlegen und in meinem Buch bin ich darauf eingegangen. Wenn man sich überlegt, wie Bündnis 90/DIE GRÜNEN sich zusammensetzen, dann erschließen sich wichtige Zusammenhänge. In der ehemaligen DDR ist das Bündnis 90 entstanden. Diese Leute waren gegen die Diktatur des DDR-Staates, aber gleichwohl für eine Reform des Sozialismus.

Bündnis90 war in der DDR für eine Reform des Sozialismus

Ralf M. Ruthardt | Jetzt, wo Sie es erwähnen, kommt es wieder ins Bewusstsein. Ein interessanter Aspekt, der das begründet und erschließt, was bis vor wenigen Minuten noch ein vager Eindruck gewesen ist.

Katja Adler | Bündnis 90 wollte einen demokratischen Sozialismus etablieren. Und diese Leute von Bündnis 90 haben mit DIE GRÜNEN fusioniert. Auf die Differenzierung zwischen den Grünen aus dem Osten und den Westgrünen wollen wir jetzt nicht eingehen. Es sei angemerkt, dass es dort wesentliche Unterschiede in den Positionen gegeben hat. Jedenfalls sind meiner Kenntnis nach die Westgrünen in eine eher autoritäre politische Richtung gelaufen. Nun, die haben jetzt mit Bündnis 90 fusioniert. Das erklärt viel und daher meine ich sehr wohl, dass von einer sozialistischen Grundideologie auszugehen ist.

Wenn man ins aktuelle Wahlprogramm schaut, erkennt man da weiterhin wesentliche Elemente eines Sozialismus. Nehmen wir die Vergemeinschaftung von Eigentum oder das Demokratiefördergesetz. Oder nehmen Sie zum Beispiel die Krankenhausfinanzierung; da geht es immer um Gemeinnützigkeit.

DIE GRÜNEN haben ein ganz anderes Grundverständnis vom Bürger als zum Beispiel die Liberalen. Ich sehe, dass DIE GRÜNEN glauben, uns Menschen sagen zu müssen, was wir zu tun haben, weil das in deren Wahrnehmung alleine nicht hinbekommen. Im Prinzip wollen DIE GRÜNEN so etwas sein wie Erziehungsberechtigte. Mama und Papa sagen dem Kind, was richtig und was gut ist und was es zu tun hat. Dabei sind wir erwachsene, selbstbestimmte Menschen und wir sollten es selbst entscheiden können und dürfen – und ja, bei genauer Betrachtung auch müssen.

DIE GRÜNEN haben ein ganz anderes Grundverständnis vom Bürger

Ralf M. Ruthardt | Und an dieser Stelle kommen wir auf die Verantwortung zu sprechen. Wer in Freiheit leben will, der muss auch Verantwortung übernehmen. Man ist frei in vielfältigen Entscheidungen und die Konsequenzen daraus, die muss man dann natürlich auch verantworten.

Katja Adler | Genau.

Ralf M. Ruthardt | Kann man sagen, dass es Parteien mit sozialistischem Profil einfacher haben, ihre Botschaften und Überzeugungen der breiten Masse zu vermitteln, als liberale Parteien? Sind Liberale an Argumenten und am Diskurs orientiert, während Sozialisten es mit vereinfachten Erzählungen leichter haben?

Katja Adler | Es ist ein Phänomen, dass man in den Sozialismus mit wehenden Fahnen geht. Andersherum ist das nicht der Fall. Es gibt ja nicht alleine die DDR als mahnendes Beispiel. Blicken wir nach Venezuela, Kuba und so weiter. Was ist da mit den Ländern passiert, wenn sich die Leute erst mal mit wehenden Fahnen den Sozialismus herbeigesehnt haben? Für mich ist es unumstritten und ich sehe kein Gegenargument: Der Sozialismus macht die Menschen arm und beraubt sie ihrer Freiheiten.

Ralf M. Ruthardt | Und wenn Sie auf Deutschland blicken …

Katja Adler | … da kommen wir aus einem hart erarbeiteten Wohlstand und gehen – wenn man das Agieren vieler Politiker, nicht nur bei DIE GRÜNEN, anschaut – mit wehenden Fahnen und voller Überzeugung, was unsere Haltung anbelangt, in den Sozialismus. Das ist die aktuelle Situation, in der wir uns in Deutschland befinden. Wir haben Wohlstand für weite Teile der Bevölkerung erarbeitet, haben eine gewisse Dekadenz entwickelt, die sich breitmacht und zu unvernünftigen Entwicklungen führt.

Ralf M. Ruthardt | Ich bin froh, dass Sie in unserem Gespräch so klare Worte finden. Ihre Analyse, Katja Adler, soll auch die Leserinnen und Leser zum ergebnisoffenen Nachdenken einladen, die dem widersprechen. Vielleicht sind darunter Menschen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Man nehme sich allseits die Freiheit, die Argumente und Gegenargumente in den konstruktiven Diskurs einzubringen – ohne durch beispielsweise selektive Verkürzung einen Dialog zu sabotieren. Die Anmerkung möchte ich an dieser Stelle platzieren.

Katja Adler | Lassen Sie mich von Erfahrungen berichten, die ich in so manchen Diskussionen mit Menschen mache, denen es wirtschaftlich gut geht. Diese sprechen manchmal davon, jetzt auch mal sozialer sein zu wollen. So nach dem Motto, man hat ja aus dem Kapitalismus viel Positi-

ves gezogen und jetzt entdeckt man seine sprichwörtliche „soziale Ader". Also, man will mehr Solidarität üben.

Ralf M. Ruthardt | Solidarität war auch in der Corona-Zeit ein oft gebrauchtes Wort. Am Rande sei angemerkt, dass ich „Solidarität" für mich immer positiv belegt habe. Klar, im ehrenamtlichen Engagement in Kirchengemeinden oder in der Afrikahilfe ist dieser Begriff präsent.

Es gibt jedoch auch eine Deutung von Solidarität, die ein *unbedingtes* Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele meint.

Katja Adler | Solidarität ist auch das zentrale Wort im Sozialismus gewesen. Wir sind alle solidarisch miteinander und so weiter. Aber es ist ein Trugschluss, dass Sozialismus das nächstbessere System sein könnte, nach dem Kapitalismus. Ganz im Gegenteil. Die Erfahrungen zeigen, dass der Sozialismus die Menschen arm macht und Kapitalismus das Potential hat, Wohlstand zu bringen.

Ralf M. Ruthardt | Dieser Tage ist mir der Gedanke gekommen, dass der Kapitalismus das Potential hat, einem Großteil der Gesellschaft Freiheiten und Wohlstand zu bringen – und dort, wo der Kapitalismus Ungerechtigkeiten mit sich bringt, es der Sozialdemokratie bedarf, um dies wieder in Ordnung zu bringen. Ich habe dabei an die Arbeiterbewegungen der frühindustriellen Zeit gedacht, als die Leute zwei Tage hintereinander die Kartoffelschalen ausgekocht haben, weil sonst nichts da war, während die Reichen sich die Bäuche vollstopften. Nun, es ist ein unvollkommener Gedanke, aber er zeigt, dass der Sozialismus – im Gegensatz zur Sozialdemokratie – darin überhaupt nicht vorkommt. Vermutlich, weil ich kein Argument gefunden habe, das ihm eine den Menschen zugewandte positive Wirksamkeit zuschreibt.

Katja Adler | Natürlich bedarf es im Kapitalismus der Leitplanken. In Deutschland sprechen wir von der sozialen Marktwirtschaft. Das ist ein mit vernünftigen Leitplanken ausgestatteter Kapitalismus. Da geht es für die Kinder um den Zugang zu Bildung unabhängig von der Ausgangslage im Elternhaus. Da geht es um soziale Teilhabe für Menschen, die unter einer Einschränkung leiden. Da geht es – um ein weiteres Beispiel anzuführen – um die Errungenschaften bei der Arbeitssicherheit und um lebensbejahende Arbeitszeiten. Die soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt. Sie hat uns in Deutschland den Wohlstand gebracht, den wir heute haben.

Ralf M. Ruthardt | … und den wir als Gesellschaft verzehren, also durch unvernünftiges politisches Handeln abbauen.

Katja Adler | Man braucht sich nur die beiden deutschen Staaten angucken: Wo stand 1989 die ehemalige DDR und wo stand zeitgleich die Bundesrepublik Deutschland. Auf der einen Seite ein sozialistisches System und auf der anderen Seite der Kapitalismus in der Ausprägung einer sozialen Marktwirtschaft. Das kann man bestens vergleichen und das Ergebnis ist offensichtlich: Die Bundesrepublik Deutschland war damals der klar überlegene Partner. Und so hat der Westen gegenüber dem Osten in der Wendezeit ja auch agiert. Aber das ist ein anderes Thema.

Jedenfalls erklärt sich an diesem Punkt der Titel meines Buches: Wollen wir wirklich wieder eine Rolle rückwärts machen und den Sozialismus – in welcher modernisierten Form auch immer – haben? Ich sage ganz klar: Nein, auf gar keinen Fall!

Ralf M. Ruthardt | Jetzt könnten wir noch weitere Beispiele heranziehen, wie meinetwegen Südkorea und Nordkorea.

Wir haben vorher über Solidarität gespro-

chen. Sie hatten erwähnt, dass Menschen aus dem Wohlstand heraus die Bereitschaft entwickeln, davon etwas abgeben zu wollen – und dann war von Solidarität die Rede. Mir sind soeben – und man betrachte es bitte nur als einen Einschub, den ich nicht verdrängen will – zwei Begriffe in den Sinn gekommen: Spende und Opfer. Es ist schön, wenn Menschen von dem reichlichen Hab und Gut etwas erübrigen und anderen Menschen in deren Not etwas abgeben. Gleichwohl fühle ich mich dem Begriff „Opfer" deutlich mehr zugetan. Denn beim Opfer geht es darum, etwas zu geben, was man nicht erübrigen kann, sondern wofür man sehr wohl einen eigenen Bedarf hat. Man spricht auch davon, dass ein Opfer „schmerzt"; man verzichtet. – Wir lassen das so stehen und man fühle sich frei, ob dieser Gedanke einem etwas zu sagen hat.

Katja Adler | Ich möchte auf einen der großen Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus eingehen. Gleichberechtigung oder Gleichstellung. Im Kapitalismus setzen wir uns für Gleichberechtigung ein.

Ralf M. Ruthardt | Gleiche Rechte. Gleiche Chancen. Und somit weitgehend gleiche Möglichkeiten für jeden einzelnen Menschen. Selbstredend haben wir als Individuen unterschiedliche Ausgangslagen – aber es geht hier um die Rahmenbedingungen; das habe ich soweit verstanden.

Katja Adler | Im Gegensatz dazu will der Sozialismus alle Menschen gleichstellen. Quasi alle Menschen auf eine Stufe stellen. Das ist für mich der wesentliche Unterschied.

Das Erfolgsrezept des Kapitalismus sehe ich darin, dass die Unterschiede der Menschen nicht staatlich verordnet nivelliert werden. Vielmehr sind die Unterschiede der Menschen das, was Nutzen entfaltet und den Fortschritt bringt. Jeder bringt sich in Wirtschaft und Zivilgesellschaft nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten ein. Und die Leitplanken der sozialen Marktwirtschaft sorgen dafür, dass man selbstbestimmt und mit der Chance auf angemessenen Wohlstand sich etwas erarbeiten kann.

Konkret: Manche werden studieren und als Ärzte, Physiker, Ingenieure und was auch immer beruflich tätig. Andere Menschen wollen ins Handwerk und wieder andere finden in sozialen Berufen ihre Erfüllung. Ja, etwas idealisiert formuliert, aber in einer Gesellschaft gibt es vielfältige Optionen – wenn der Staat sich, von Leitplanken abgesehen, raushält und nicht den allwissenden Planer gibt.

Alle stehen – von den ganz oben abgesehen – auf einer Stufe, im Arbeiter- und Bauernstaat. Das war der Sozialismus. Das war so in der DDR. Leistung zu belohnen ist im Sozialismus auf Planerfüllung fokussiert. Belohnt wird Haltung.

Ralf M. Ruthardt | Klar, das ist keine Strategie, um eine Gesellschaft im globalen Wettbewerb so zu positionieren, dass Wohlstand entstehen kann.

Nun, wir haben vor Achtsamkeit geredet, ob wir noch frei sind. Wir haben davon geredet, dass Freiheit Verantwortung mit sich bringt, und wir haben über die Leitplanken, die sozialen Komponenten, gesprochen. Jetzt kommt mir noch ein weiterer Punkt in den Sinn: „Etwas aushalten müssen."

Damit meine ich, dass kein erfolgreiches Gesellschaftssystem in der Lage ist, all-

seits gerecht und fair im weitesten Sinn zu sein. Dies gilt es auszuhalten. Um es zu veranschaulichen: Da kommt ein Mensch auf die Welt – und er kann nichts dazu, wenn er mit Einschränkungen geboren wird. Er ist im Nachteil. Er hat es schwerer als andere Menschen. Er erlebt Restriktionen in seinen Möglichkeiten, die von der Gesellschaft nicht ausgeglichen werden können. Das gilt es allseits auszuhalten.

Ich merk es an mir selber, wenn ich als Arbeiterkind und mit meinen Möglichkeiten den zweiten Bildungsweg gegangen bin. Die Gesellschaft hat mir diese Chance gegeben. Gleichwohl merke ich heute noch, dass mein Weg und meine Möglichkeiten nicht zur gleichen Bildung geführt haben wie die bei anderen Menschen aus Elternhäusern mit hohem Bildungsniveau. Ich muss das als gegeben akzeptieren und damit umgehen. Da kann ich doch keinem Dritten ein Versäumnis zuweisen. In diesem Sinne, meine ich, dürfen wir als Gesellschaft Ungerechtigkeit aushalten.

Katja Adler | Da möchte ich ein Stück weit widersprechen. Nicht Ungerechtigkeiten sind auszuhalten, sondern die Ungleichheiten. Menschen sind nicht gleich, und Gleichberechtigung und Gleichheit sind zwei völlig verschiedene Paar Schuhe.

Nicht Ungerechtigkeiten müssen wir aushalten, denn da können wir über bestimmte Bildungsmaßnahmen – Sie haben vom zweiten Bildungsweg als Beispiel gesprochen – versuchen, dass nämlich genau diese Ungerechtigkeit ausgeglichen werden kann.

Aber Ungleichheit, die müssen wir aushalten. Menschen sind nicht gleich. Menschen sind völlig unterschiedlich, absolut individuell – und das versucht der Sozialismus unsinnigerweise auszugleichen. Der Sozialismus versucht, alle Menschen gleich zu machen, und subsumiert dies als Solidarität. Das funktioniert nicht.

Ralf M. Ruthardt | Ein herzliches Dankeschön für das inspirierende und engagiert geführte Gespräch, liebe Katja Adler, und alles Gute.

Katja Adler

wurde 1974 in Eisenhüttenstadt geboren. Nach dem Abitur machte sie an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Bernau ihren Abschluss als Dipl.-Verwaltungswirtin (FH). Neben ihrer Vollzeitbeschäftigung studierte sie an der FU in Hagen Psychologie, Politik und Recht, mit Abschluss als Magister Artium. 2010 trat sie in die FDP ein und arbeitete bis zu ihrer Wahl 2021 in den Deutschen Bundestag in verschiedenen Landesministerien in Schwerin und Mainz. Bis 2025 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an. Sie ist zweifache Mutter.

Foto: Max von Eicken

Zwischen Shoah und Emigrationskoffer: Jüdische Unternehmer im Schatten der Geschichte

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Andreas E. Mach

Das Wort „Holocaust“ kommt vom griechischen Wort „holókaustus“ und bedeutet „völlig verbrannt“. Der Begriff steht für die systematische Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen während des Nationalsozialismus. Im Hebräischen wird von „Schoah“ gesprochen, was für die „große Katastrophe“ steht. – Als die Nationalsozialisten die Herrschaft 1933 übernahmen, begannen sie sofort, einzelne Bevölkerungsgruppen auszugrenzen, so auch die Juden. Diese wurden völlig unberechtigt für viele Missstände verantwortlich gemacht. Berufsverbote, die Wegnahme des Eigentums, der Entzug der Bürgerrechte und viele weitere Angriffe waren die Folge.

Andreas E. Mach hat sich umfassend mit jüdischen Familienunternehmern in München während der NS-Zeit beschäftigt. Sein Buch wurde am 25. Februar 2025 in den Räumlichkeiten der jüdischen Gemeinde zu München vorgestellt. Es bietet einen umfangreichen Einblick in einen wichtigen Teil der Münchner Stadtgeschichte während der NS-Zeit. Dies würdigten unter anderem Dr. h. c. mult. Charlotte Knobloch als Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern in ihrer Begrüßung und Dr. Ludwig Spaenle als Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe in seinem Grußwort.

Ralf M. Ruthardt hat mit Andreas E. Mach am 26. Februar 2025 in München ein Gespräch zu „Jüdische Familienunternehmer in Hitlers München – Entrechtet, beraubt, verfolgt, ermordet“ (erschienen bei ALLITERA, München 2025) geführt.

Ralf M. Ruthardt | Kann ich das Leid begreifen, das jüdischen Menschen während des Holocaust angetan wurde? Worin liegt für mich als deutschem Bürger die Verantwortung, die dieser so schwerwiegende und unerträgliche Teil der Geschichte unseres Landes mit sich bringt? – Führen diese Fragen dahin, was Sie, lieber Andreas E. Mach, zu diesem umfassenden Werk motiviert hat?

Andreas E. Mach | Lassen Sie mich zu Beginn an das erinnern, was Frau Dr. Charlotte Knobloch im Jahr 2006 bei der Einweihung des Jüdischen Zentrums in München gesagt hat. Die langjährige Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde in München und Oberbayern sagte, dass sie jetzt ihren Emigrationskoffer auspacken könne.

Dazu muss man wissen, dass Charlotte Knobloch während der Kriegszeit in einem fränkischen Dorf versteckt wurde. Nur der Pfarrer wusste, wer sie wirklich ist. Nach dem Krieg hat sie versucht zu emigrieren. Nun, die Liebe sorgte dafür, dass sie in Deutschland blieb und heiratete. Später folgten weitere Emigrationsversuche in die USA. Zunächst kam die Geburt des ersten Kindes „dazwischen“, dann die Geburt des zweiten Kindes. Man blieb, worüber wir sehr froh und dankbar sein dürfen.

Wenn man auf diesen und auf andere „Emigrationskoffer“ schaut, dann wird deutlich, dass ganz besonders deutsche Juden eine ganz schwere Last zu tragen hatten und noch zu tragen haben.

Ralf M. Ruthardt | Der Gedanke des Emigrationskoffers ist ein sehr eingängiges Bild. Ein Koffer, in welchem die Fülle von Wehmut, Verzweiflung, Trauer, Wut und dem Ruf nach Gerechtigkeit und nach einem Nie-wieder

beinhaltet sein können. Lässt uns dieser Koffer das Leid besser begreifen?

Andreas E. Mach | Ich möchte es so sagen: AUSCHWITZ kann man nicht begreifen. Etwas über den Holocaust zu sagen, ist schwer. Wir können den Nationalsozialismus erklären, wir können den Hitlerputsch und den Aufstieg des Diktators in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg erklären, wir können den 2. Weltkrieg erklären, aber wir können zwei Dinge nicht wirklich erklären: den Antisemitismus und den Holocaust.

Die Ausgrenzung, die völlige Entrechtung, der systematische Raub jüdischen Vermögens und die Auslöschung großer führender Köpfe in Wissenschaft, Wirtschaft und Literatur – es ist unbegreiflich. Der Völkermord an den Juden, den unsere Vorfahren begonnen haben, lässt uns sprachlos zurück. Sprachlos, obwohl die Geschichtswissenschaft sich in unterschiedlicher Intensität in den letzten 50 Jahren damit beschäftigt. Es hat lange gebraucht, bis sich – in unterschiedlichen Wellen – eine Erinnerungskultur in Deutschland etablieren konnte. Mit Blick auf die Gegenwart stellt sich die Frage, ob diese Ausschlaggebendes bewirkt hat.

Ralf M. Ruthardt | Lassen Sie uns an das erinnern, was jüdische Familienunternehmen – in Ihrem Buch am Beispiel München herausgearbeitet – geschaffen und gewirkt haben.

Andreas E. Mach | Wir haben vor einiger Zeit mit Unternehmern die Gedenkstätte von Auschwitz-Birkenau und das Lager Plaszow besucht, wo unser Freund Emil Schustermann geboren wurde. Es gehört zu den wenigen Wundern dieser dunklen Zeit, dass er unter unvorstellbaren Bedingungen überlebt hat.

Die Familie kam aus Breslau, einem wichtigen jüdischen Zentrum im Deutschen Reich. Sie hatten einen Tuchhandel. Nach der Verhaftung der Eltern von Emil Schustermann haben sie die Shoah überlebt, der Vater bei Partisanen, die Mutter in diversen Lagern, darunter in Plaszow, das einer breiten Öffentlichkeit aus dem Film Schindlers Liste bekannt ist. Nach dem Krieg hat sie ihr Kind Emil in Krakau gesucht und tatsächlich bei einer polnischen Familie gefunden. Die Familie wurde in Bayern wieder vereint und der Vater hat seinen Tuchhandel neu in München und Nürnberg gegründet und einen Partner aufgenommen, sodass das Unternehmen seither *Schustermann & Borenstein* heißt und zum führenden europäischen Onlinehändler *Best Secret* für Off-Price-Markenmode wurde. Emil Schustermann wurde zu einem der wichtigsten Textilunternehmer Deutschlands. Er repräsentiert eine Art von deutschem Judentum, wie sie vor dem Nationalsozialismus als kleine, aber bedeutende und einflussreiche und um das Gemeinwohl bemühte Minderheit in Deutschland existierte.

Ein weiterer Unternehmer sei erwähnt. Joseph Schülein machte *Löwenbräu* zur größten Brauerei Münchens, indem er sie 1921 mit derMünchner Kindl Brauerei fusionierte. Als erfolgreicher Bierbrauer und Mäzen war er in der Stadt hoch angesehen, bis die Nationalsozialisten ihn und seine Familie ins Visier nahmen. Unter dem Druck der Verfolgung musste er seinen Betrieb aufgeben und zog sich ins Privatleben zurück. Kurz vor der Reichspogromnacht im Jahr 1938, in der sein Lebenswerk zerstört wurde, verstarb Joseph Schülein.

Viele Münchner Familienunternehmer in jüdischem Besitz standen für typisch bayerische Produkte: die Wallachs haben das Dirndl als Gesellschaftskleidung erfunden, das Juden später verboten wurde zu tragen, Eberhardt war der größte Enzianhersteller Deutsch-

lands und die schönsten Bierkrüge machte der Fayencen-Hersteller Martin Pauson.

Ralf M. Ruthardt | Wie lassen sich die Menschen charakterisieren, die als Unternehmerfamilien in München gelebt und gewirkt haben? Welches Bild entsteht, wenn wir Ihr Buch lesen?

Andreas E. Mach | Mit wenigen Worten lässt es sich so beschreiben: Kultiviert, kosmopolitisch, erfolgreich, liberal. Dazu passt ein Zitat von Milan Kundera: „Die Juden waren das verbindende, das kosmopolitische Element ihrer Mehrheitsgesellschaften." Unsere Vorfahren haben in der Zeit des Nationalsozialismus dieses Miteinander zerstört. Europa ist dadurch intellektuell und gesellschaftlich verarmt. Exemplarisch sei der jüdische Kunsthandel in München genannt, der die Kunststadt München von internationalem Rang ausmachte. Dieser ist unwiederbringlich ausgelöscht worden.

Ralf M. Ruthardt | In Ihren Reden und Veröffentlichungen legen Sie konsequent den Finger des Geschichtsbewusstseins in die Wunde, welche die Zeit des Nationalsozialismus gerissen hat. Ist es eine Wunde, die weder – global gesehen – für die Juden noch für uns Bürgerinnen und Bürger in Deutschland verheilen kann?

Andreas E. Mach | Der Irrtum, selbst wohlmeinender und geschichtsbewusster Menschen, denen man sicherlich keinen Antisemitismus vorwerfen kann, besteht darin, dass sie Auschwitz als ein historisches Ereignis verorten. Das Judentum sieht verständlicherweise darin mehr als ein historisches Ereignis: Es ist die Shoah. Das Wort Shoah kommt aus dem Hebräischen und bedeutet so viel wie „Untergang" oder „Katastrophe". Shoah oder Holocaust wird zur Bezeichnung der Massenvernichtung der europäischen Jüdinnen und

Foto: Max von Eicken

Juden während der nationalsozialistischen Herrschaft verwendet.

Der Begriff kommt interessanterweise auch in der Unabhängigkeitserklärung Israels von 1948 vor, nicht jedoch in den deutschen Übersetzungen. Ich habe noch keine Abendgesellschaft in Münchens High Society in meinem Leben erlebt, in der über die Shoah gesprochen wurde. Die Abwehr des Erinnerns ist groß, auch wenn es viele löbliche Initiativen gibt, wie die sehr gut kuratierten Ausstellungen des Jüdischen Museums.

Ralf M. Ruthardt | Wenn wir Ihrem Gedanken, lieber Herr Mach, weiter folgen, dann wird Ihre Motivation zum Buch vollends deutlich.

Ja, es ist ein gut recherchierter Blick auf jüdische Familienunternehmen. Und ja, der Fokus liegt auf der Stadt München. Aber beim Lesen ist mir klar geworden, dass es exemplarisch oder repräsentativ ist: Es geht Ihnen offensichtlich um das Begreifen dessen, was unsere Vorfahren in der Zeit des Nationalsozialismus zugelassen haben: Eine Blütezeit des deutschen Judentums in Deutschland wurde mit Stiefeln zertreten, und das verursachte unfassbare Elend ist uns heute und in der Zukunft eine Mahnung zur Wachsamkeit.

Andreas E. Mach | Es ist still geworden um das Thema, obwohl es heute die vielleicht größte Brisanz hat. Mir scheint, dass das hart errungene jüdische Leben in Deutschland gefährdet ist.

Da gibt es viel Abwehr des Erinnerns. Geschichtsvergessenheit und Ignoranz kommen hinzu: Nach den Forsa-Umfragen zwischen 2006 und 2019 können gleichbleibend knapp 50 % der befragten 14- bis 16-Jährigen den Begriff „Auschwitz" nicht einordnen. Hier hat die deutsche Bildungspolitik bei allen Beteuerungen, dass dies nicht so sei, vollkommen versagt. Das Gegenargument, wir haben das ausführlich im Geschichtsunterricht behandelt und haben Dachau besucht, kann ich nicht mehr hören, denn selbst bei der einfachsten Nachfrage, wie es dazu kam und was damals vor den Augen aller passiert ist, herrscht meist Schweigen, allenfalls sprachlose Betroffenheit. Deutschland ist das Land der Täter, hier darf das nicht sein.

Ralf M. Ruthardt | Sie denken vermutlich an die aktuellen Ereignisse im Frühjahr 2025 auf Straßen und Plätzen in Deutschland, wo man sich verwundert – und womöglich unangemessen schweigend – über die Einlassungen

Foto: Max von Eicken

so mancher Gruppierungen wundert, wenn es sich um die Positionierung gegenüber Israel handelt.

Andreas E. Mach | Philipp Peyman Engel, der Chefredakteur der *Jüdischen Allgemeinen*, Sohn einer im Iran geborenen und nach Deutschland migrierten Jüdin, hat vor knapp einem Jahr ein Buch herausgegeben: *Deutsche Lebenslügen: Der Antisemitismus, wieder und immer noch.*

Er schreibt darin, dass der Terroranschlag der Hamas zu einer Nagelprobe politischer und moralischer Haltung in Deutschland geworden ist. Er schreibt vom Schweigen weiter Teile der Bevölkerung bis zum Jubel muslimischer Einwanderer, der Unterstützung der Palästinenser durch die Klimaaktivistin Greta Thunberg, die abgerissenen Plakate der Entführten in London und anderswo. Philipp Peyman Engel spricht über das Entsetzen der Politiker, wie dem deutschen Bundespräsidenten, die die Aufnahmen der Täter gesehen haben, und meint, dass der 7. Oktober viele Gewissheiten erledigt habe. Sowohl in Deutschland als auch anderswo – im Land der Täter wiegt das allerdings besonders schwer.

Ralf M. Ruthardt | Engel kritisiert die deutsche Politik, die seiner Meinung nach zwischen Anbiederung an muslimische Gemeinschaften und rituellem Holocaustgedenken schwankt, ohne die eigene Verlogenheit zu erkennen. Er beschreibt diese Haltung als Teil einer moralischen Krise Deutschlands im Umgang mit Antisemitismus.

Andreas E. Mach | Überall zeigt sich der Antisemitismus wieder offen und nimmt zu. Man mag verwundert zusammenfassen, woher kommt dieser Anstieg des Antisemitismus? Die Antwort kann nur sein: Warum so tun, als wäre er nie weg gewesen, wohin soll er denn auch gegangen sein? Er war natürlich immer da, aber gerade die Deutschen haben sich gerne als Anti-Antisemitismus-Weltmeister gefeiert. Es ist schockierend zu beobachten, dass die Empörung in Deutschland so zögerlich zum Ausdruck kommt, und wer weiß, wie lange sie noch hält, bei der weltpolitisch instabilen und unkalkulierbaren Lage. Auch Peyman Engel kommt, wie Sie bereits erwähnt haben, zu dem Schluss, dass diejenigen, die zum Terror schweigen, Repräsentanten einer moralischen Krise dieses Landes sind. Der Antisemitismus ist unter uns, und wir haben keine Antwort darauf. Das ist für das Land der Täter ein Armutszeugnis.

Ralf M. Ruthardt | Gibt es aus Ihrer Sicht ein in seiner Glaubhaftigkeit herausragendes Ereignis, das auf der politischen Bühne in Deutschland zur aktiven, andauernden Erinnerungskultur beizutragen suchte?

Andreas E. Mach | Da denke ich an unseren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Als erster führender Politiker hat er sich 1985 klar zur historischen Verantwortung der Deutschen geäußert. Zur Einordnung: Es war 40 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz. Unvorstellbar, dass es Jahrzehnte dauerte, bis ein deutscher Politiker zu einer solchen Aussage fähig war. Von Weizsäcker sagte, dass das Leid, das die Deutschen anderen Menschen, vor allem den Juden, angetan haben, steht über dem Leid, das die Deutschen durch den Krieg und Vertreibung erleiden mussten.

Ralf M. Ruthardt | Es ist wichtig zu vergegenwärtigen, dass die Gräueltaten der Nationalsozialisten nicht von einigen wenigen Akteuren verbrochen wurden. Gerade darin liegt etwas besonders Erschreckendes: Quasi alle Leute waren – in unterschiedlichem Umfang und unterschiedlicher Intensität – mit dabei – beim Verbrechen.

Andreas E. Mach | Ja, unsere Vorfahren sind

eben nicht mehrheitlich den Nationalsozialisten entgegengetreten, sondern man hat das Gegenteil gemacht. Sie waren Teil der von den Nationalsozialisten beabsichtigten „Gefälligkeitsdiktatur“ und haben von der Shoah profitiert. Da wurden die jüdischen Nachbarn ausgeplündert, beraubt und deren Immobilien und Unternehmen zu Schnäppchenpreisen gekauft. Manchmal war es die größere Wohnung des jüdischen Nachbarn mit schöneren Möbeln und wertvollen Bildern. Manchmal waren es große Repräsentationsbauten. Und manchmal eben nur ein Silberservice, das sich das Leihamt für die Stadt München unter den Nagel gerissen hatte.

Damit bin ich bei der Motivation für dieses Buch angekommen. Es ist ein Forschungsprojekt, das wir selbst finanziert haben. Als Unternehmer sollte ich ja weder die Zeit dazu haben noch wissenschaftlich forschen können. Nun, mir halfen zwei Elemente: Ich habe auch einen Master in Geschichte und Politikwissenschaft und während der Pandemie plötzlich Zeit, in den digitalen Archiven zu forschen nach all den unternehmerischen Zeitgenossen der Bernheimers, dieser großen, weltberühmten Kunsthändlerdynastie, die wie viele Münchner jüdische Unternehmer seit der Mitte des 19. Jahrhunderts aus schwäbischen und fränkischen Landgemeinden nach München gekommen waren.

Trotz ihres geringen Bevölkerungsanteils von unter 2 %, wie in ganz Deutschland, gelang es ihnen, in manchen Branchen führende Positionen einzunehmen. Über das jüdische Unternehmertum im Deutschen Reich vor Hitler sagte der Historiker und Spross der jüdischen Verlegerfamilie aus Berlin, George Mosse: „Wer jahrhundertelang keine Karrieren machen konnte in Verwaltung, Justiz, Militär oder Wissenschaft, sondern zum Landjudentum und Handel mit Gebrauchtwaren, Schrotthandel, Schneiderzubehör oder Hofbanker verdammt war, konnte unternehmerische, wissenschaftliche und kunstschaffende Talente entwickeln, die um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert in Deutschland dazu führten, dass 80 % des Textilhandels, die Mode, der Kunsthandel, die Banken, die Wissenschaft und Kultur Deutschlands trotz ihres geringen Bevölkerungsanteils von deutschen Juden hervorragend und herausragend dominiert wurden.“ Sie waren besser ausgebildet und unternehmerischer als die nicht-jüdischen Deutschen, die seit jeher eine sichere Laufbahn bei der öffentlichen Hand freiem Unternehmertum vorzogen.

Das Buch soll ein Dokument gegen Geschichtsvergessenheit sein. Die Sicht auf Familienunternehmer ermöglicht es, dass wir Konkretes damit verbinden können.

Ralf M. Ruthardt | Was meinen Sie, lieber Herr Mach, mit „konkret verbinden“ …

Andreas E. Mach | Denken Sie an die heute bekannten Kaufhäuser *HIRMER* oder *Breuninger*. Denken Sie an das Gebäude der *IHK München- und Oberbayern* am Maximiliansplatz. Oder an das schöne Palais gegenüber vom *Bayerischen Hof* am Promenadeplatz. Denken Sie an die zum Dom zeigende Rückseite des Luxuskaufhauses *Loden Frey* oder an das Wallach-Haus neben *Louis Vuitton* …

Ralf M. Ruthardt | … alles bekannte Gebäude oder Geschäfte, die die urbane Erscheinung Münchens bis heute prägen und die ehemals jüdischen Unternehmern und Eigentümern gehörten. Ich hab’s verstanden. Auf diese Weise bringen Sie uns heute mitten in München ein Stück Erinnerungskultur aktiv nahe.

Andreas E. Mach | Genau. Wenn Sie die einzelnen Geschichten näher kennenlernen wollen, müssen Sie das Buch lesen.

Ein Punkt ist mir noch wichtig. Wenn man nach dem Leben und der Integration und dem Erfolg jüdischer Familienunternehmer vor dem Nationalsozialismus forscht, stößt man unweigerlich auf die größte Einzeldeportation von der Rampe Milbertshofen am 21. November 1941, die erste Deportation der Shoah aus München. Da sind 1.000 Münchnerinnen und Münchner aus allen sozialen Schichten zuvor aus ihren Häusern und Wohnungen rausgezerrt und in Massenunterkünfte geworfen worden. Einige wenige konnten es sich noch leisten, in Hotels zu wohnen, soweit diese überhaupt noch Juden aufnahmen. Anschließend ging es für die rund 1.000 Menschen ins Arbeits- und Durchgangslager Milbertshofen. Dort mussten sie sogenannte „freiwillige Spenden" für das Lager leisten, wenn sie zu diesem Zeitpunkt noch Vermögen hatten.

Oft kommt das antisemitische Vorurteil, die Juden seien ja immer schon reich gewesen. Das stimmt nicht! Bei der völlig irrsinnigen sogenannten Judenvermögensabgabe nach der Pogromnacht vom 9. November 1938 konnten die Finanzämter bei 20 % der jüdischen Bevölkerung zwangsweise 25 % ihres Vermögens zur Sanierung des klammen Staatshaushaltes ratenweise einziehen. Es waren nämlich nur diese 20 % der ohnehin kleinen jüdischen Minderheit, die ein Vermögen von mehr als 5.000 Reichsmark hatten.

Freilich gehört es zur Staatsräson Deutschlands, an der Seite Israels zu stehen, aber ich frage Sie, wie lange noch?

Ralf M. Ruthardt | Muss es eine Renaissance der Erinnerungskultur gerade bei jungen Menschen geben? Geht es auch darum, bei zugewanderten Menschen die Pflichtschuldigkeit einzufordern und es zur Bedingung des Hierseins in Deutschland zu machen?

Andreas E. Mach | Ich sehe vor allem eine Verpflichtung für die deutsche Bildungspolitik, zu erinnern und auf die Gefahren hinzuweisen, die von ausgrenzenden Diktaturen ausgehen. Wenn Juden sich unsichtbar machen oder eine Baseballkappe über der Kippa tragen, um nicht angepöbelt zu werden, dann ist der Satz „Wehret den Anfängen" nicht mehr nötig. Dann müssen wir dringend von „Nie wieder ist jetzt" sprechen.

Andreas E. Mach

ist Politikwissenschaftler, Historiker und Unternehmer. Er stammt aus einer süddeutschen Unternehmerfamilie und arbeitete unter anderem im Investmentbanking. 2005 gründete er eine Beratung für Familienunternehmen sowie das internationale Netzwerk ALPHAZIRKEL. Seit 2016 forscht er zur Geschichte jüdischer Familienunternehmen in Deutschland und Österreich.
https://alphazirkel.de/

Foto: Jona Ruthardt

Der Liberalismus als Daueraufgabe

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Prof. Dr. Stefan Kooths

Die *Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e. V.* wurde 1998 gegründet und steht für einen Freiheitsbegriff in der Tradition des klassischen Liberalismus. In meiner Zeit als mittelständischer Unternehmer waren Hayek und die Österreichische Schule eher nicht auf meinem Radar. Nun, nachdem wir in den vergangenen Jahren zunehmend Freiheiten wahrnehmbar einbüßen und große gesellschaftspolitische, geostrategische und wirtschaftliche Herausforderungen zu besprechen sind, habe ich mich damit beschäftigt.

Ja, dabei sind mir auch die durchaus bewegten vergangenen Jahre der Hayek-Gesellschaft aufgefallen. Was mich jedoch vielmehr interessiert, sind die Inhalte. Dazu habe ich am 17. April 2025 mit Prof. Dr. Stefan Kooths gesprochen. Er ist Vorsitzender der Hayek-Gesellschaft in Berlin. Öffentlich bekannt ist er vor allem als Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am *Institut für Weltwirtschaft* in Kiel.

Ralf M. Ruthardt | Wofür steht, lieber Herr Prof. Dr. Stefan Kooths, die Hayek-Gesellschaft, wenn wir auf den Liberalismus und auf die aktuellen wirtschaftlichen Kontexte in Deutschland schauen?

Stefan Kooths | Die Hayek-Gesellschaft ist so etwas wie der Maschinenraum für klassisch liberales Denken im deutschsprachigen Raum. Wir sind eine wissenschaftliche Gesellschaft, die vor allen Dingen die unterschiedlichen Strömungen, die es auch im liberalen Denken gibt, zusammenführt. Von daher haben wir erst mal eine Netzwerkfunktion und bringen liberale Denker zusammen. Zudem richten wir uns an die Unternehmerschaft und an die Publizistik.

Es geht uns also auch darum, die liberalen Ideen nach außen zu tragen – allerdings nicht als Kampagneninstitut. Kampagnen macht die Hayek-Gesellschaft nicht, sondern die einzelnen Mitglieder sollen in deren Umfeld als Botschafter für die Ideen der Freiheit auftreten. Die Argumente dafür können sie innerhalb der Hayek-Gesellschaft schärfen und so die Idee der Freiheit weiterentwickeln.

Ralf M. Ruthardt | Heutzutage kann man den Eindruck gewinnen, dass nahezu jede politische oder gesellschaftspolitische Organisation Wert auf ein starkes Kampagnenmanagement legt. Und insofern meine Nachfrage, weshalb dies bei der Hayek-Gesellschaft nicht so ist?

Stefan Kooths | Zum einen gibt es ausreichend liberale Thinktanks, die das bereits tun. Dort sind sehr oft auch Mitglieder der Hayek-Gesellschaft unterwegs. Dass wir selber keine Kampagnen machen, heißt nicht, dass wir Kampagnen nicht für richtig halten. Wir sehen hier vielmehr eine gewisse Arbeitsteilung.

Wir wollen im eigenen Haus das Meinungsspektrum möglichst groß halten. In dem Moment, wo man beginnt, bestimmte Kampagnen zu machen, legt man sich dann eben doch stärker fest. Dann kann man nicht mehr alle Beteiligten mitnehmen. Also, grundsätzlich sind Kampagnen wichtig, aber wir arbeiten vor allem auf der wissenschaftlichen Ebene. Dazu gibt es selbstverständlich den Austausch von Ideen und entsprechende Publikationen.

Besonders hervorheben möchte ich vor diesem Hintergrund die umfassende Bildungsarbeit, die wir als Hayek-Gesellschaft leisten. Diese richtet sich im Wesentlichen an

die junge Generation. Das sind unsere Juniorenkreise für Wissenschaft, für Publizistik und für Politik. In unserer Akademie der Freiheit erfahren ganz junge Menschen, die zwischen Schulabschluss und der weiteren Ausbildung stehen, viel über die Ideen des klassischen Liberalismus.

So lässt sich die Grundidee der Hayek-Gesellschaft in kurzen Worten beschreiben.

Zurück zum Begriff „Kampagne“: Das hochskalierte Multiplizieren ist nicht die Aufgabe der Hayek-Gesellschaft; das sehen wir bei den jeweiligen individuellen Akteuren.

Ralf M. Ruthardt | Wenn Sie Kampagne so breit fassen wollen, dann ist das, was wir tun, eine Dauerkampagne für die Ideen der Freiheit auf der Grundlage des klassischen Liberalismus. Ich habe jetzt mit Kampagnen eher verbunden, dass man sich ein Thema herausgreift und dann für eine bestimmte Position – meistens im tagesaktuellen Geschäft – Partei ergreift. Letzteres machen wir eben nicht.

Stefan Kooths | Uns kommt es auch gar nicht darauf an, dass wir am Ende in der Hayek-Gesellschaft zu einer einheitlichen Auffassung kommen. Die Idee des Meinungsstreits ist ja gerade das Wesentliche. Anders als etwa vor Gericht sollen nicht Gewinner und Verlierer dastehen. Es geht uns um das Bündeln von verteiltem Wissen. Der Austausch macht am Ende alle zu Gewinnern: Alle haben mehr Erkenntnis, als bevor sie in die Debatte reingegangen sind.

Ralf M. Ruthardt | Dann besteht die quasi Dauerkampagne der Hayek-Gesellschaft darin, die Österreichische Schule und das liberale Denken gut argumentiert in den öffentlichen Diskurs zu bringen.

Stefan Kooths | Ja, genau. Dazu gehört, dass wir unseren Wissensschatz nicht einfach nur immer wieder durchkauen; also keine rückwärtsgewandte Textexegese. Die Grundidee des klassischen Liberalismus ist es, sich immer wieder an eine sich wandelnde Welt anzupassen. Es gilt zu hinterfragen, was möglicherweise an bisherigen Erkenntnissen und Methoden zu revidieren ist. Darin sehe ich eine Kernaufgabe.

Das würde dann auch so Richtung dieses weiten Kampagnenbegriffs gehen: Wo erkennen wir im Heute Fehlentwicklungen, die unter einem neuen Gewand daherkommen? Neue Fehlentwicklungen, die am Ende wieder dieselben Muster aufweisen wie die vielen, zum Teil ja dann auch desaströsen Fehlentwicklungen, die wir in der Menschheitsgeschichte durchlitten haben. Desaster und Tragödien, weil Einzelne geglaubt haben, sie könnten sich zu so einem Sozialingenieur aufschwingen, der in konstruktivistischer Manier ganze Gesellschaften – also hoch-

komplexe Gebilde – in ein sehr primitives Staatsverständnis zwingen. Darum gilt es, ein Seismograph dafür zu sein, wo die individuelle Freiheit bedroht wird. Es gilt, vor den Folgen immer wieder neu zu warnen. Schließlich kommt ja keine Sozialphilosophie mit dem Anspruch daher, den Einzelnen zu unterdrücken, die Welt schlechter zu machen, für Kriege zu sorgen und so weiter. Im Gegenteil: Auf der Meta-Ebene sind sich praktisch alle Sozialphilosophien einig. Ihre Ziele sind Frieden, Freiheit und Wohlstand. Auf dieser Meta-Ebene können sich, so glaube ich, alle miteinander verständigen. Aber nicht alle Sozialphilosophien führen zu diesem Ziel, sondern einige führen nachgerade ins Gegenteil: in die bittere Unterdrückung und die ökonomische Verarmung. Nur sehen das die Menschen nicht direkt am Anfang, sondern erst im Laufe der Zeit.

Ralf M. Ruthardt | Wir Menschen sind für Verheißungen und Heilsbotschaften offensichtlich sehr anfällig. Aber das ist ein weites Feld, um mit Fontane zu sprechen.

Stefan Kooths | Das hat mit unserer Menschheitsentwicklung zu tun. Wir hatten über lange Jahrtausende eine Sozialisation in Kleingruppen. Diese Sozialisierung hat uns natürlicher Weise immer wieder glauben gemacht, wir könnten auch anonyme Großgesellschaften nach denselben Maximen konstruieren, wie wir sie aus der kleinen Gruppe kennen. In unserer modernen, vernetzten und arbeitsteiligen Welt brauchen wir aber einen ganz anderen sozialen Kit. Dieser kommt oftmals nicht so sympathisch daher …

Ralf M. Ruthardt | … also nicht beispielsweise in der Person eines Sympathieträgers, wie es beispielsweise aktuell Robert Habeck für viele Menschen ist.

Stefan Kooths | In einer komplexen Welt ist ein sozialer Kitt notwendig, der auf abstrakten Institutionen beruht – Sitten, Gebräuche, Normen – und gerade nicht auf charismatische Anführer angewiesen ist. Es gilt, die individuelle Freiheit und damit verbunden den Wohlstand zu schützen. Diese Botschaft muss immer wieder neu erklärt werden. Das scheint mir eine Daueraufgabe zu sein. Vielleicht liegt hier auch das größte Versäumnis der Liberalen in jüngerer Zeit. Man hat sich nach dem Fall der Mauer, also nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, weitgehend zurückgelehnt und gemeint, nun hätte die Geschichte endgültig entschieden. Die westlichen Ideen der Freiheit und der Marktwirtschaft haben gewonnen, so war weitgehend die Überzeugung. Daraufhin ist man ziemlich unvorsichtig geworden und hat das weitere Geschehen einfach laufen lassen. In der Zwischenzeit haben wir leider gesehen, dass sich die unterschiedlichen Formen des Autoritarismus einmal geschüttelt haben und Boden zurückerobert haben. Deshalb sind Liberale jetzt leider wieder in der Defensive. Vor knapp 40 Jahren hat man sich das kaum vorstellen können.

Ralf M. Ruthardt | Geschichte wiederholt sich – kommt mir gerade in den Sinn. Braucht es mehr Achtsamkeit und die Bereitschaft zur Selbstreflexion, damit man als Einzelner und als Gemeinwesen nicht anfängt, auf einem Status verharren zu wollen? Zu verharren, weil es sich in diesem Moment so gut und so angenehm anfühlt. Liegt einer solchen fehlenden Achtsamkeit und fehlenden Selbstreflexion quasi der Beginn des nächsten Fehlers und damit verbunden der Start für den Entzug von Freiheit und Wohlstand inne?

Stefan Kooths | Ja, das kann man so sagen. – Das Problem der Marktwirtschaft und einer politischen Freiheitsordnung lässt sich in ein Bild fassen: Menschen finden es völlig normal, dass sie in den Supermarkt gehen und dort genau die Produkte in den Rega-

len finden, die sie gerade kaufen wollen. Das scheint den Leuten selbstverständlich zu sein, und deshalb kommt vielen von ihnen das Verständnis dafür abhanden, was die Grundlagen für diese vermeintlich selbstverständlichen Annehmlichkeiten sind. Und so ist das auch mit der Sensibilität und dem Bewusstsein, was die Grundlagen für ein politisch freies System sind. Letztendlich sind es immer wieder die gut gemeinten, aber eben doch kollektivistischen Irrtümer, die dann die individuelle Freiheit bedrohen.

Ralf M. Ruthardt | Man könnte jetzt die Begriffe Religion, Ideologie und Philosophie strapazieren und hierzu Vergleiche suchen. Sagen wir so: Dort, wo Einzelne das Gefühl haben oder die Erkenntnis für sich in Anspruch nehmen, sie müssten über ein Gemeinwesen bestimmen, ging es am Ende in der Regel schief. Daraus lässt sich ableiten, dass der Liberalismus und seine freiheitliche Ordnung die Stärke haben, dass die Einzelnen aus ihrer individuellen Freiheit heraus eine bedeutende Wirksamkeit für das Gesamte haben.

Um einen „hinkenden" Vergleich zu suchen: Sozialismus ist ähnlich, wie wenn ich als Unternehmer der Meinung wäre, ich mache jede operative Ansage, weil nur ich weiß, was gut und richtig ist.

Stefan Kooths | Ja, genau.

Ralf M. Ruthardt | Das Gegenteil ist meine Erfahrung: Nur dann, wenn ich als Unternehmer die Fülle der Fähigkeiten der Mitarbeitenden und deren klugen Gedanken gelten lasse und Verantwortliche mit der Kompetenz zur Gestaltung ausstatte, kommt es zu einer positiven und produktiven Wirksamkeit. Das bedeutet, dem Einzelnen eine Verantwortung aufzuerlegen, ihm aber auch die Kompetenz – sprich, die gestalterische Freiheit – beim Handeln zu geben.

Stefan Kooths | Absolut. Das gefällt mir sehr, sehr gut. – Hinzu kommt, dass man als Liberaler sich eben nicht anmaßt, die Zukunft perfekt vorher bestimmen zu können. Es ist zu akzeptieren, dass eine offene Gesellschaft eben auch ergebnisoffen ist. Da ist man natürlich in der Kommunikation hin zu den Menschen vor einer Herausforderung. Diejenigen, die einen Masterplan für eine heile Welt meinen vorweisen zu können, haben es einfacher. Wir haben hier eine kommunikative Herausforderung – was jedoch kein Grund zum Pessimismus ist.

Foto: Jona Ruthardt

Der Interventionismus entlarvt sich ja permanent, indem er eben dann genau die Missstände provoziert, die Liberale nicht überraschen können. Insofern liefern uns die aktuellen Entwicklungen in Deutschland eine Fülle von Fallstudien für solche kollektivistischen Irrtümer. Meines Erachtens liegt eine Aufgabe für Liberale darin, genau diese Beispiele aufzugreifen. Es ist konkretes Anschauungsmaterial, welches die abstrakten Prinzipien in der breiten Kommunikation verständlich macht. Das führt viele Menschen sehr überzeugend an liberale Argumente heran. Daher sollten wir Liberalen uns die Mühe machen und an der Lebenswirklichkeit aufzeigen, warum die gut gemeinten kollektivistischen Absichten sehr oft zu desaströsen Ergebnissen führen.

Ralf M. Ruthardt | Man betrachte mich, lieber Herr Kooths, als einfachen Bürger und als kleinen Unternehmer. Als solcher nehme ich seit Jahren wahr, dass von Liberalen oftmals kluge Sätze formuliert werden, diese aber zu oft nicht im weiten Feld der journalistischen und medialen Landschaft ankommen. Erkenntnisse und Argumente bleiben in engen Zirkeln und werden dort unter ihresgleichen diskutiert.

Ist das einer parlamentarischen Demokratie angemessen? Schließlich haben alle Bürgerinnen und Bürger als Souverän die Aufgabe und Chance, sich bei Wahlen zu positionieren. Gilt es nicht, die kommunikative Herausforderung seitens der Liberalen anzunehmen und eben auch in einer Alltagssprache mit den Menschen zu reden?

Dass man mit den liberalen Argumenten und Fallbeispielen bisher (noch) nicht durchdringt, erscheint mir als etwas tendenziell Fatales. Da dominieren von politisch linker Seite die Narrative den gesellschaftlichen bzw. politischen Diskurs. Es erscheint mir sehr einseitig und damit auch als ein manipulierendes Momentum. Die Auseinandersetzung des Einzelnen mit der Lebenswirklichkeit unserer Ökonomie ist weitgehend durch die mediale Berichterstattung oftmals auf geradezu banale und erkenntnisfreie Nachrichten verkürzt.

Wenn ich auf den sogenannten Speckgürtel von Stuttgart blicke, dann begreifen die Leute, dass Mercedes-Benz Produktion nach Ungarn verlagern wird. Da fragt dann schon mal einer, wie das politische Bashing in Deutschland und der EU sowie weite Teile der medialen Berichterstattung über Ungarn zu den strategischen Standortentscheidungen von Mercedes-Benz passen.

Und hier noch ein Gedankensprung: Da freuen sich Leute über eine reichliche Abfindung, und es scheint ihnen zugleich ziemlich egal zu sein, dass die nächste Generation, die beim Abendbrot am Tisch sitzt, den verlorengegangenen Arbeitsplatz nicht als Opportunität hat. Da lässt man sich dann von Winfried Hermann (DIE GRÜNEN), dem baden-württembergischen Verkehrsminister, trösten. Dieser sagt zu den von Mercedes-Benz verlagerten Jobs aus Baden-Württemberg nach Ungarn: „Das schmerzt mich nicht“; und meinte im Landtag darauf angesprochen, dass es zukünftig quasi alternative Jobs beispielsweise im Kontext der Energiewende geben werde. Meine Meinung ist, dass wir – am Beispiel der Region um Stuttgart – auf eine infantil unverschämte Weise mit unserem Wohlstand umgehen. – Bin ich in meiner Bewertung ungerecht bzw. was gilt gegen diese den Wohlstand vernichtenden Tendenzen zu tun?

Stefan Kooths | Ja, es gibt einen gewissen Nachlauf, das ist so. Die Marktwirtschaft ist die Wohlstandsmaschine und produziert zum Teil ihre eigenen Probleme dadurch, dass der Wohlstand eben so groß ist. Da können dann andere Gesellschaftsmodelle erst mal eine

Weile davon zehren, bis die tatsächlichen Folgen allseits klar werden. Zuerst die Euphorie des Interventionismus. Nach einem gewissen Nachlauf kommt die Erkenntnis, dass es nicht funktionieren wird. – Da ist es sehr schwer, dagegen anzukommen. Es gilt, einen kühlen Kopf zu bewahren, die Prinzipien zu erklären und dann auch am Ball zu bleiben. Vor allem gibt es keinen Grund, sich von Interventionisten einschüchtern zu lassen.

Aktuell sehen wir ja bereits beispielsweise so einige Subventionsruinen, die wir mittlerweile nennen könnten. Meiner Erfahrung nach beeindruckt das die Menschen sehr wohl, wenn man an die Verheißungen und den Optimismus erinnert und dann aufzeigt, wie das Ganze ausgegangen ist. Dabei gilt es zu erklären, warum das Scheitern *kein Zufall* ist.

Ich möchte noch auf die sozialen Netzwerke hinweisen. Dort muss man nicht durch die wenigen Redaktionsschleusen hindurch, um überhaupt ein größeres Publikum zu erreichen. Es gibt eine Vielfalt von Podcasts, von Websites und von Videoformaten, die sich mittlerweile etabliert haben. Gerade weil eben diese Informationen, die Sie angesprochen haben, in weiten Teilen der Massenmedien kaum noch bedient werden, suchen sich viele Menschen neue Wege. Es ist geradezu ein Fallbeispiel dafür, dass sich auch die Freiheit und freiheitliche Ideen immer wieder den Weg bahnen, um Menschen zu erreichen, und sie treffen dann ja auch auf ein entsprechendes Interesse beim Publikum. Von daher kann man mit diesen Marktlücken entsprechend umgehen.

Ralf M. Ruthardt | Ein Großteil der Wählerschaft ist im Alltag auf Unterhaltung bei TikTok, Instagram und so weiter fokussiert. Ich habe – nicht repräsentativ – mich beispielsweise auf Buchmessen mit Menschen über deren mediales Konsumverhalten und deren Interesse an Politik und Wirtschaft unterhalten. Das passte ziemlich gut zu Erkenntnissen der *German Longitudinal Election Study* (GLES) bezüglich politischen Wissens und des Verhaltens der Wählerschaft. Das politische Interesse und der Informationsstand korrelieren eng mit dem Bildungsniveau und der sozialen Lage der Wähler. Wo möglich, ist der Liberalismus doch ein Stück weit etwas, was sich sehr stark ans Bildungsbürgertum wendet.

Stefan Kooths | Ja, das war aber vermutlich immer schon so. Gerade dort, im Bildungsbürgertum, werden die Multiplikatoren ausgebildet, die hoffentlich in die breitere Bevölkerung hineinwirken können. Deshalb ist ja die Publizistik so wichtig. Es braucht diese Multiplikatoren, die in allgemeinverständlicher Sprache die Botschaften des Liberalismus an den Mann bringen können. Klar, das ist nicht einfach. Das ist aber früher auch nicht einfach gewesen.

Es ist kein Grund zu sagen, es sei alles so schwierig. Die Möglichkeiten, Menschen zu erreichen, sind heutzutage viel größer. Wir brauchen in unserem Wirtschaftssystem ja auch nicht 100 % Unternehmer. Es reicht, dass es eine kritische Anzahl an unternehmerischen Akteuren gibt, die immer wieder erkennen, wo die aktuelle Koordination noch Lücken hat, und diese dann immer wieder schließen. Das muss ein Großteil der Konsumenten gar nicht mitbekommen, und trotzdem stabilisiert sich dieses System dann immer wieder.

Man kann die Menschen mit gesundem Menschenverstand abholen. Viele Botschaften des Liberalismus sind nicht so geartet, dass man sie den Menschen nicht erklären kann. Insbesondere deshalb, weil man immer wieder das Argument auf seiner Seite hat, dass der Liberalismus die Menschen so nimmt, wie

sie sind. Menschen mit ihren Eigeninteressen und mit ihren Fehlern. Für Liberale muss sich die Sozialphilosophie dem Menschen anpassen, nicht umgekehrt.

Wir brauchen *keinen neuen* Menschen, um eine liberale Gesellschaftsordnung zum Erfolg zu führen. Die Leute verstehen, dass das eine sehr realistische Herangehensweise an soziale Phänomene ist. Die kollektivistischen Verheißungen postulieren dagegen, dass es einen neuen Menschen zu formen gilt. Dieser soll sich dem Kollektiv unterordnen und fortwährend an das Gemeinwohl denken. Die Menschen merken instinktiv, dass das unrealistisch ist. Das sollte einen nicht zu pessimistisch stimmen, mit liberalen Botschaften nicht durchdringen zu können.

Ralf M. Ruthardt | Ich habe eine Formel für mich gefunden, die ich mal in den Diskursraum werfe: Kapitalistische Systeme sind in der Lage, nennenswert Wohlstand aufzubauen. Dabei gibt es Begleiterscheinungen wie Chancen, Risiken und die Tendenz zu einer sozialen Ungerechtigkeit. Quasi ein gesellschaftliches Ungleichgewicht, insbesondere an der Vermögensverteilung festzumachen. Irgendwann, wenn die Kühlschränke (als Ausdruck für Wohlstand) gefüllt sind, kommen die Ideen kollektivistischer Systeme. Deren Versprechen ist soziale Gerechtigkeit – wobei man sich dann tendenziell in die Gleichmacherei versteigt. Zumeist werden solche kollektivistischen Ideen von Akteuren propagiert, die keinerlei Beitrag zum Wohlstand geleistet haben. Diese partizipieren an der vorhandenen Wertschöpfung, versuchen ein Idealbild zu formen, gleich einer Religion, und nach einer Phase der Hoffnung kommt das große Scheitern. Oftmals einschließlich eines gesellschaftlichen Desasters. Anschließend kommt die Renaissance liberaler, freiheitlicher Gedanken – und ein Zyklus beginnt von vorne.

Stefan Kooths | Absolut. Da gehe ich komplett mit. Das Pendel schwingt hin und her. So entstehen diese Zyklen, weil eben die Wohlstandsmaschine der Marktwirtschaft über dezentrale Koordination funktioniert. Dann kommt es zu dem Punkt hohen Wohlstands, und jetzt verteilt man diesen einfach um und setzt dabei implizit voraus, dass dadurch der Wohlstand gar nicht geschmälert würde. Es braucht dann eine Weile, bis die Leute merken, dass die Interventionisten an ihren Verheißungen scheitern und der Kühlschrank zusehends leerer wird. Damit geht den Interventionisten die Verteilungsmasse aus.

Jetzt ganz konkret heruntergebrochen auf die Energiewende: Es lassen sich mit der Politik der vergangenen Jahre eben keine doppelten und dreifachen Dividenden versprechen: Dass die Energie billiger wird. Dass die Wirtschaft stärker wächst. Und wenn sich die Protagonisten ehrlich machen, wissen sie auch, dass ohne internationale Koordination auch der Emissionseffekt nicht eintritt.

Ralf M. Ruthardt | Im liberalen Lager gibt es einige Leute, die Katastrophenszenarien kommunizieren. Frei nach dem Motto, dass sowieso nichts mehr zu retten sei und alles den Bach runtergehe. Man spricht dann von den großen Krisen. Wie stehen Sie dazu?

Stefan Kooths | Damit kann man Menschen natürlich nicht von liberalen Ideen begeistern. Ich finde genau das, wie Sie es formuliert haben, plausibel: Es sind diese Zyklen, diese Pendelentwicklungen. Das impliziert ja, dass ein Umdenken und eine Veränderung des Handelns möglich sind. Das ist ja gerade die Grundvoraussetzung liberaler Ideen: Wir Menschen sind grundsätzlich vernunftbegabt. Wenn wir das nicht wären, dann könnten weder ein demokratisches Gemeinwesen noch ein marktwirtschaftliches System rechtfertigen.

Ralf M. Ruthardt | Zwei Gedanken: Der eine Gedanke bezieht sich auf die Grundidee meines Magazins *MIT***MENSCHEN***REDEN*. Es ist der Perspektivenwechsel. Darin liegt die Chance, zu einem Zeitpunkt Lösungen zu erarbeiten und zu realisieren, bevor etwas in den Brunnen gefallen ist; also bevor etwas eskaliert.

Der zweite Gedanke: Sie haben davon gesprochen, dass man den Leuten Vernunft unterstellt. Also die Fähigkeit, kraft Erkenntnis nicht einen bequemen oder gedankenlosen Weg zu gehen. Nun, sind wir seit einigen Jahren in der Situation, dass vernünftige Leute sich nicht durchsetzen können, weil Vernunft immer auch etwas Konstruktives und damit etwas Anstrengendes bedingt? Im Gegensatz dazu verbreiten sich Heilsversprechen von womöglich auch bildungs- und erfahrungsfernen Akteuren leichter – mindestens so lange, bis die Realität offen erkennbar diese Lügen straft?

Stefan Kooths | Sie beschreiben hier ein strukturelles Problem. Zwei Dinge dazu: Dass Menschen bereits ins Umdenken kommen, bevor die Probleme offen erkennbar sind, ist eher eine optimistische Annahme. Eine gewisse Form von Problemeskalation wird man wohl hinnehmen müssen.

Aber es hilft überhaupt nicht, auf Politiker einzureden, um ihnen ökonomische Theorien zu erklären. Ein Teil von diesen versteht diese übrigens viel besser, als man das aus deren öffentlichen Statements erkennen kann. Diese sind aber in einem ganz anderen Anreizkorsett unterwegs.

Als unabhängiger Wissenschaftler kann ich sagen, was ich für richtig halte. Ob das populär ist oder nicht, muss mich nicht kümmern. Ich kann diese Situation somit nicht mit der eines Politikers vergleichen, der alle vier Jahre wiedergewählt werden möchte. Von Helmut Kohl stammt der berühmte Satz, er möchte die nächsten Wahlen gewinnen und nicht den Ludwig-Erhard-Preis. Man muss sich schon überlegen, ob es bestimmte strukturelle Bedingungen gibt, die das besonders stark prägen. Darüber sollten gerade auch wir Liberalen immer wieder nachdenken.

Ralf M. Ruthardt | Gibt es konkrete Vorschläge dazu?

Stefan Kooths | Man kann beispielsweise über fünfjährige Legislaturperioden nachdenken, für die man die Leute dann auch gut bezahlt. Vielleicht sollte man analog zu dem bezahlen, was sie vorher im außerpolitischen Bereich verdient haben. Das wäre noch ein bisschen raffinierter und würde die weniger fähigen Leute potentiell fernhalten.

Wichtig erscheint mir, dass von vornherein ein Mandat oder Regierungsamt temporär ist. Sagen wir, zwei Legislaturperioden, in denen man politisch in einem Parlament sitzt und dafür angemessen und gut bezahlt wird. Jedenfalls sollte es nicht zu einer politischen Dauerkarriere führen. Es gibt heutzutage zu viele Leute, die sich vom Hörsaal in den Plenarsaal retten und dann in die Rente wechseln.

Ralf M. Ruthardt | Haben wir nicht auch das Problem, dass im Grunde genommen ich als gemeiner Bürger mich gefälligst parteipolitisch zu engagieren habe? Nur so lässt sich doch verhindern, dass in den Parteien aus einem Kreis von wenigen Leuten irgendwelche, die jetzt diese politische Karriere womöglich für sich identifiziert haben, in die Plenarsäle kommen. Schließlich sollten wir als Bürgerinnen und Bürger mit dafür sorgen, dass die fähigsten Leute in den Plenarsälen landen. Vielleicht sind „wir“ als allgemeine Bevölkerung zu sehr mit der Arbeit oder mit unserem nächsten Urlaub oder Smartphone

beschäftigt, als dass wir uns um das kümmern, was uns inneren und äußeren Frieden erhält und uns Wohlstand ermöglicht.

Stefan Kooths | Nun, jede Bevölkerung bekommt in einem demokratischen Gemeinwesen die Parlamente und die Regierung, die sie verdient.

Ralf M. Ruthardt | Das haben Sie hart formuliert, aber es klingt richtig.

Stefan Kooths | Eine Demokratie kann niemals funktionieren, wenn die Stimmbürger sich darauf beschränken, alle vier Jahre zur Wahlurne zu schreiten. Das wäre das falsche Mindset, und als Liberale können wir dazu beitragen, dass es einen lebendigen, konstruktiven Diskurs gibt.

Ralf M. Ruthardt | Danke für das Gespräch, Herr Prof. Dr. Stefan Kooths.

Prof. Dr. Stefan Kooths

Stefan Kooths ist seit 2014 Konjunkturchef am Kieler *Institut für Weltwirtschaft* und Professor für Volkswirtschaftslehre an der *BSP Business and Law School* Berlin/Hamburg. Er ist Vorsitzender der *Hayek-Gesellschaft* und Vizepräsident des *Internationalen Wirtschaftssenats* (IWS).

Foto: Michael Stefan – IfW Kiel

Anzeige

GESELLSCHAFT
IM SPIEGEL

Untergang der »GREEN«

Dieser Roman wirft Fragen zu klimabewegten NGOs auf und endet in einem gnadenlosen Überlebenskampf auf hoher See. Die Gischt der Unvollkommenheit klatscht dem Gutmenschentum eiskalt ins Gesicht.

Das laute Schweigen des Max Grund

Max Grund, ein Bürger wie du und ich, ist irritiert.
Er ist mit vielen politischen Entscheidungen nicht mehr einverstanden. Und zu oft wird er von Politik und Medien belehrt, was er denken und wie er leben soll.

Samstags bringe ich dir Worte

Ein geliebter Mensch taucht in eine Welt des Schweigens ab. Dieser bewegende Roman zeigt, wie Freundschaft und Hingabe selbst dann bestehen können, wenn schwere Krankheit den Alltag völlig umkrempelt. Das Buch ist ein Mutmacher.

Mensch sein - Mensch bleiben

Lektionen über Menschlichkeit, Unvollkommenheit, Versöhnung und den wahren Wert des Lebens.
Diese bewegende Sammlung von Kurzgeschichten nimmt Sie mit auf eine emotionale Achterbahnfahrt.

WWW.RUTHARDT.DE

bös**artig** – Ein Kaleidoskop

Ein Kaleidoskop unbequemer Wahrheiten. Es geht um Macht, um Moral und um die Menschlichkeit.
Diese Kurzgeschichten bieten eine mehrfache Spiegelung auf Unerhörtes und Unglaubliches.

WortFarben

Eine farbenfrohe lyrische Reise um die Welt.
Die melodischen Texte zaubern Bilder ferner Kulturen und Landschaften vor das innere Auge.
Für Momente der Meditation in einer unruhigen Welt.

WortFluss

Mitleid, Respekt, Intelligenz, Freundschaft und Vertrauen. Die lyrischen Texte fangen flüchtige Momente ein und verwandeln sie in zeitlose Erkenntnisse. Jedes Gedicht ist eine Einladung, die Welt aus einer neuen Perspektive zu betrachten.

Hedwig und das Chaos im Hühnerstall

Romane. Kurzgeschichten. Lyrikbände. Und jetzt auch noch ein bebildertes Kinderbuch. Ralf M. Ruthardt bedient die Genres mit fröhlicher Leichtigkeit. - Das Chaos im Hühnerstall wurde von Saskia Thurner illustriert.

WWW.RUTHARDT.DE

MENSCHEN IM PORTRÄT

Foto: Florian Peljak

Kultur - zwischen Haltung und Hunger

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit Andreas Lechner

In dieser Rubrik *MENSCHEN IM PORTRÄT* sprechen wir mit Menschen, deren gesellschaftliches Engagement oder kulturelles Wirken uns als Leserinnen und Lesern eine Quelle der Inspiration für unser eigenes Tun sein kann. Die Zuwendung zu unserem Nächsten und die Bereitschaft, ein zeitliches, finanzielles oder emotionales „Opfer" zu bringen, sind mit gesellschaftlichem bzw. sozialem Engagement verbunden. Als Menschen können wir unsere Gesellschaft bereichern.

Andreas Lechner ist ein vielseitiger Kulturschaffender: Musiker, Autor, Regisseur und Mitbegründer des Berliner TOR218 Artlab. Seit Jahrzehnten bringt er gesellschaftspolitische Themen auf die Bühne, in den Film und in die Literatur – oft unbequem, stets wach und mit einem klaren Blick für gesellschaftliche Bruchstellen. In unserem Gespräch spricht er über den Wandel der Kulturszene, über Anpassungsdruck, Zensurmechanismen und die Frage, ob Kunst heute überhaupt noch frei ist – oder nur noch finanziert. Lechner bleibt ein unbequemer Zeitzeuge, der Kultur als Ort des Widerspruchs verteidigt.

Ralf M. Ruthardt | Es freut mich sehr, lieber Andreas Lechner, mit Ihnen als einem „Urgestein" der gesellschaftspolitisch aktiven Kulturszene über die Wirksamkeit von Kultur sprechen zu dürfen. Mein Eindruck ist, dass viele derer, die in der Kultur einen solchen Anspruch an sich haben, am Ziel ihrer politischen Träume angekommen sind – und jetzt von kritisch hinterfragenden Köpfen zu Beifallklatschenden mutiert sind. Liege ich Ihrer Ansicht nach völlig falsch in meiner Wahrnehmung?

Andreas Lechner | Das ist natürlich eine „heiße" Frage. Ich komme aus einer sozialdemokratischen Zeit, wo die SPD – gerade in Bayern – „aufmüpfige Kultur" sehr gefördert hat. In der damaligen Zeit ist die SPD im Bund in die Regierung gekommen.

Nun, das Interesse an dieser kritischen politischen Kultur hat nach der Wiedervereinigung nachgelassen und die Künstler haben sich dem angepasst.

Ralf M. Ruthardt | Kann man sagen, dass durch den Wegfall des „eisernen Vorhangs" und mit der Wiedervereinigung für die Kulturschaffenden die elementare Angst vor dem nächsten Krieg weggefallen ist – was ja zu begrüßen war – und damit verbunden auch der Klassenkampf und das Ringen um die Systemfrage?

Andreas Lechner | Man kann das natürlich schon sagen. Es ist jedoch so, dass ab 1968 die Kultur in Literatur und Film ihr Politisches Stück für Stück eingebüßt hat. Sie wurde durch Unterhaltung ersetzt, die – vor allem aus den USA kommend – mit dem Fernsehen und später dann noch weiter verstärkt durch das private Fernsehen Einzug gehalten hat. Das sind dann schon tolle Ergebnisse gewesen, wenn man den Marktinvest und die Einschaltquoten anschaut.

Da sind schon auch sehr gute, gesellschaftskritische Filme mitgekommen. Aber das, was man damals schon kritisch gesehen hat, ist heute natürlich sehr, sehr einseitig geworden. Durch die Entspannungspolitik von Willy Brandt …

Ralf M. Ruthardt | … und Egon Bahr sei hinzugefügt …

Andreas Lechner | … hat sich das Feindbild durch intensiven Dialog verändert. Dann, wenn Menschen miteinander reden, bekommt man ein anderes Bild *voneinander*

und aus Feinden können dann auch Freunde oder wenigstens friedlich zusammenlebende Menschen werden.

Ralf M. Ruthardt | Kann man sagen, dass Politiker wie Willy Brandt und Leute wie Egon Bahr dafür Sorge getragen haben, dass aus dem Feindbild Menschen herausgetreten sind, mit denen man *reden* und *zusammenarbeiten* kann? Denken wir beispielsweise später an die Gespräche von Helmut Kohl und Michail Gorbatschow.

Andreas Lechner | Ja schon, wobei man natürlich auch die wirtschaftlichen Interessen nicht vergessen darf, die es auf beiden Seiten gegeben hat. Die waren natürlich auch ein Motor, um miteinander klarkommen zu wollen. Einerseits in der damaligen UdSSR der sich abzeichnende wirtschaftliche Untergang und auf der anderen Seite die Hoffnung auf eine Friedensdividende, die ja auch eine wirtschaftliche Komponente für den Westen hatte.

Interessant finde ich, dass neuerdings aus dem globalen Süden eine Generation von Politikern hervorkommt, die selbstbewusst auftreten und sich vom Westen nicht mehr alles vorschreiben lassen wollen. Ich bin kein Politikwissenschaftler …

Ralf M. Ruthardt | … aber Sie sind jemand, der viel Erfahrung aus der Kulturszene mitbringt und da stellt sich mir schon die Frage, ob wir dort noch eine adäquate Wirksamkeit zu politischem Handeln haben? Eine Wirksamkeit, die aus dem kritischen Fragen und nicht aus dem Beifälligen kommt.

Andreas Lechner | Ich habe bis 1990 eine kritische Volksmusikgruppe – die Guglhupfa – gehabt. Damals sind wir auch mit Dieter Hildebrandt und im Fernsehen aufgetreten. Und schon damals wurden kritische Passagen herausgeschnitten und zwar elegant, so dass ich es zunächst kaum bemerkte. Ich erinnere mich an eine Textpassage in einem Lied, die ging so: „Dass da ein Drache sitzt im Weißen Haus, der heizt uns tüchtig ein. Rennen wir ihm doch ein bisschen einen Stachel rein". Der Song wurde durch diese Zensur tatsächlich konsumierbarer, er eckte weniger an. Man hatte da das Gefühl, dass so mancher Redakteur sich zweimal überlegte, ob er eine heftige Provokation mitverursachen wollte oder lieber nicht. Aber wir in der Kulturszene hatten das Selbstbewusstsein, uns dagegen auch zu wehren. Nicht immer, aber durchaus.

Heute gieren die Leute danach, im Fernsehen oder Radio vorzukommen. Man strebt nach Wahrnehmung und ist wohl vor allem auch wirtschaftlich motiviert. Man will ja konsumorientiert leben – auch überleben. Ich sehe da eine neue Generation von Kulturschaffenden, die nicht von den gesellschaftspolitischen Umständen getrieben sind, sich über ihr Kunstschaffen zu positionieren, eher aus einer Sehnsucht heraus im Rampenlicht zu stehen, ihr Ego zu befriedigen und getrieben sind mit der vagen Aussicht, wirtschaftlich teilhaben zu können. Früher waren die Leute mehr vom gesellschaftspolitischen Anspruch her denkend mit einer Vision, die Welt besser zu machen. Ja, man hatte auch ein Geschäftsmodell im Kopf, aber man hat sich nicht verbogen. Ein bekannter Autor soll gesagt haben: „Die Kunst, sich der Macht zu unterwerfen". Aber stimmt das?

Wenn ich jetzt an die Corona-Zeit denke: Da hatten wir von einem Tag auf den anderen eine völlig andere Gesellschaft. Du hast gemerkt, dass die Stimmung sich voll gedreht hat – und der Gedanke kam auf, wie sich wohl 1933 die Gesellschaft verändert hat und plötzlich andere an der Macht waren. Ich habe anfangs der Pandemiezeit einen befreundeten Journalisten angerufen und ihn gefragt, warum macht ihr nix? Die

Theater machen nichts. Ihr in den Medien übt keinen Widerspruch. Was ist da los? – Die Kulturschaffenden haben den Kopf in den Sand gesteckt, vielleicht, weil sie fürchteten, dass ihnen der Kulturgeldhahn abgedreht wird. Fördermittel versiegen? Engagements gekündigt werden?

Das ist eh ein großes Problem: Der Staat – und da reden wir dann natürlich von Politikern in ihren Ministerien – haben die Hand auf dem Geldsack. Die verteilen und da musst du als Kulturschaffender dir schon überlegen, ob du das Geld willst oder ob du in deinem Schaffen frei sein möchtest. In Summe ist das doch immer schlimmer geworden – geradezu zum Kadergehorsam. Da wurden bei der Pandemie im vorauseilenden Kulturgehorsam gegenüber der Politik die Stühle aus den Sälen gerissen, damit das mit dem Abstand eingehalten werden konnte. Da waren viel Eifer und wenig kritisches Hinterfragen am Werk. Oder doch eher, hat man am Finger geleckt und in die Luft gehoben, um zu spüren, woher der Wind nun weht, ob er sich gedreht hat, so wie mir es ein pensionierter Beamter aus dem Auswärtigen Amt, der an den Botschaften in Islamabad und im Kongo wirkte, erzählte. Denn nur so bleibt man im Sattel und seine Karriere im Blick.

Oder nehmen wir heute den Krieg in der Ukraine. Das ist ja eigentlich eine Steilvorlage für die Kultur! Aber was spürt man heute davon? Früher hat sich eine Rosa Luxemburg mit den Machthabern angelegt – und verlor ihr Leben. Aber was ist heute in der Kulturszene los? Nichts oder wenig.

Ralf M. Ruthardt | Haben wir aus der Pandemie, ohne nachzudenken, die Handlungslogik übernommen, dass, wenn jemand der Mehrheit in Politik und Medien widerspricht, er sogleich ein böser Mensch ist? Wir kategorisieren ihn dann als rechts oder rechtsextrem oder keine Ahnung was …

Andreas Lechner | … ein Schwarz-Grün-Gelb-Rot-Blau-Denken … in der Vermengung braun.

Ralf M. Ruthardt | Ja, genau.

Andreas Lechner | Ich empfinde das auch so. Es hat ja schon Glaubensbezüge: Was der Staat macht, ist gut und wer eine andere These hat, der ist zu bekämpfen. Aber das ist ja nicht nur eine lokale Sache, sondern wir haben hier weltweit ähnliche Tendenzen.

Dies trifft nicht nur auf die Pandemie zu, sondern auch auf zum Beispiel die Klimakrise. Da gibt es ja auch unterschiedliche Sichten. Klar, die Klimakrise und den -wandel gibt es, aber es gibt in der Wissenschaft auch Stimmen, die den kausalen Zusammenhang mit einem menschengemachten Klimawandel so nicht sehen. Da traust du dir ja nicht mal mehr darüber nachzudenken, weil das nicht ungefährlich ist. Man könnte meinen, dass da auch Geschäftsmodelle dahinterstehen und Geschäftsleute die Politik dazu motivieren, den Widerspruch oder das Darübernachdenken auszuschalten.

Ralf M. Ruthardt | International haben wir auch beim Umweltschutz viel hinbekommen. Da gibt es mit FCKW und so weiter sehr positive Beispiele. Ich meine damit zu erkennen, dass wir als Staatengemeinschaft sehr wohl gute Dinge hinbekommen.

Aber heute ist die Frage, ob irgendwelche Finanz- und Geschäftsinteressen gar keine Lösung eines Problems anstreben, sondern einfach wie Raubritter durch die Landschaft ziehen und mitnehmen, was sie gar nicht ehrlich erwirtschaftet haben. Und wer will sich schon mit „Raubrittern“ anlegen? Wo sind die Kulturschaffenden, die hier mit Mut und Risikobereitschaft ans Werk gehen?

Andreas Lechner | Man schaut schon *aufs*

Geld und wer sich mit denen, die auf dem Geld hocken, anlegt, muss sich im Klaren sein, dass es *Konsequenzen* hat.

Nochmals ein Rückblick: Bis 1990 gab es schon eine Utopie, dass eine Gesellschaft zum Besseren gewendet wird. Sicheres Einkommen. Frieden. Gleichberechtigung. Und so weiter. Aber heute merken die Leute, dass das nichts gebracht hat.

Das, was Kleist, Büchner und andere geschrieben haben – das hat in den Augen der Leute nichts gebracht. Die Menschen haben den Eindruck, dass die Wenigen, die politische und finanzielle Macht haben, das alles aussitzen. Natürlich ist durch die Kunst wahrscheinlich keine Veränderung möglich, aber es verändert das Denken, und das ist ihre Aufgabe.

Ralf M. Ruthardt | Interessant. Die Linksintellektuellen haben in der Literatur, Kunst und im Theater alles formuliert – und es hat fast nichts gebracht.

Andreas Lechner | Es fehlt uns ein Konfuzius, wie er in China auch heute noch eine Wirksamkeit hat. Bei uns tut sich doch heute keiner mehr so etwas an, weil die Gesellschaft eh nicht gleichlautend agiert. Jeder schaut nur nach sich selbst – und damit hat der Kapitalismus erreicht, was er erreichen wollte.

Vor der Wende hatte das Geld eine Spiegelung gebraucht. Das ist heute nicht mehr so. Im virtualisierten Kapital brauchst du keine Kultur mehr.

Ralf M. Ruthardt | Das Vertrauen in das virtuelle Geld oder Kapital ist eine Frage von Technologie – schauen wir auf die Schöpfung des *Bitcoin* – und damit haben sich die Menschen auf zwei Dinge reduziert: Produktivitätsfaktor und Konsument – frei von Seele.

Andreas Lechner | Heute haben wir kein Mäzenatentum mehr. Klar, manche Reiche haben eine Stiftung und engagieren sich. Aber früher wurde Kultur von Mäzenen gestaltet. Da hatte ein privater Mäzen sein Theater. Ein anderer hatte auch eines. Und beide waren unterschiedlicher Überzeugung – und damit hat Kultur sich gerieben, und es ist ein Diskurs entstanden. Das haben wir doch heute nicht mehr. Der Nationalsozialismus ist auf dem Geldsack gesessen und hat diesen entsprechend der eigenen Interessen in die Kulturlandschaft verteilt. Hat sich das zu heute verändert? Woher kommt heute das Geld? Welche Freiheit haben heute Kulturschaffende? Hungern oder sich willfährig anpassen, könnte man sagen.

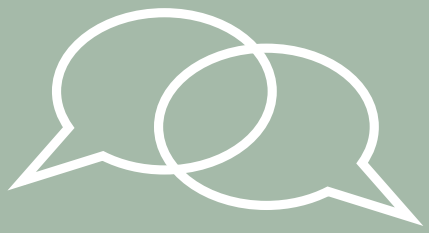
Ralf M. Ruthardt | Ich finde, lieber Andreas Lechner, dass das ein sehr nachdenkenswerter Punkt ist, den wir so stehen lassen. Dann haben Leserinnen und Leser etwas, worüber es sich unbedingt nach- und weiterzudenken lohnt.

Ich danke herzlich für Ihre Zeit, für den Perspektivenwechsel zur Kulturszene und für die offenen Worte.

Andreas Lechner

ist Autor, Regisseur, Produzent, Komponist und Schauspieler. Bekannt durch Auftritte mit seiner Musikkabarettgruppe „Guglhupfa" u. a. mit Dieter Hildebrandt. Der vielseitige Kulturschaffende erhielt Aufträge als Librettist und Komponist im Rahmen der Münchener Biennale für zeitgenössisches Musiktheater. 2019 erschien sein Roman „Heimatgold" im Münchner Volk Verlag. Er betreibt in Berlin die „Galerie & Bar Tor218Artlab". Er ist Initiator der Veranstaltungsreihe zum *Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust*.

www.andreaslechner.eu
https://www.tor218artlab.de/



Freiheit.

Ideen & Risiko.
Leistung & Verantwortung.
Erfolg & soziales Engagement.

Ralf M. Ruthardt

Wie Liberalismus Menschen erreicht

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Dr. Dr. Rainer Zitelmann

Man kennt ihn als Autor von bislang 29 Fachbüchern, in denen er sich mit Armut, Reichtum, Kapitalismus und mit der Politik beschäftigt. Seine Analysen sind brillant argumentiert. Der promovierte Historiker und Soziologe war zudem ein erfolgreicher PR-Unternehmer. Nun hat Dr. Dr. Rainer Zitelmann als Autor das Genre gewechselt und einen Roman geschrieben. Anfang April 2025 war er mit Ralf M. Ruthardt im Gespräch.

Ralf M. Ruthardt | Ihr neues Buch ist ein Roman geworden, lieber Dr. Dr. Rainer Zitelmann. Da drängt sich die Frage geradezu auf: warum ein Roman?

Rainer Zitelmann | Der erste Grund war, dass ich einfach eine gute Idee hatte. Die Idee kam mir an einem Freitagnachmittag. Da habe ich mich spontan hingesetzt und bis zum Sonntagmittag waren 50 Seiten zu Papier gebracht – die komplette Story bis zum Ende, die ich dann in den Monaten danach ausgebaut habe.

Zurück zu Ihrer Frage: Mit Sachbüchern argumentiert man ja auf einer rationalen Ebene. So habe ich beispielsweise ein Buch geschrieben, das sich mit den Irrtümern der Antikapitalisten beschäftigt. Ein Rezensent schrieb dazu, dass ich ein Faktenfanatiker sei. Ja, ich liebe Fakten. Aber ich weiß auch, dass man alleine mit Fakten Menschen nicht überzeugt. Lassen Sie es mich anhand eines Erlebnisses veranschaulichen:

Ich war in 20 Monaten in 30 Ländern, um über meine Bücher zu sprechen, unter anderem war ich in Griechenland. Kurz vor meiner Ankunft hatte es ein Zugunglück gegeben, bei dem rund 50 Menschen umkamen. Da gab es Demonstrationen vor dem Parlament in Athen, in dessen Nähe mein Hotel lag. Ich beobachtete, wie tausende Kommunisten mit roten Fahnen durch die Straßen zogen. Die haben die Hälfte der Zeit ihre Lieder gesungen. Sehr schöne Lieder. Ich konnte den Text nicht verstehen, weil ich kein Griechisch kann. Aber die Melodie und der schöne Klang haben das Herz erwärmt. Ich sagte dann zu meiner Freundin: „Ich erkläre den Lesern: Das GDP per capita ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten p.a. um soundsoviel Prozent gewachsen. Und die haben die schönen Lieder. Wer wohl mehr Menschen erreicht?“ Das war so ein „Aha“-Moment.

Ralf M. Ruthardt | Wer möglichst viele Menschen erreichen will, der darf sich nicht auf das Kommunizieren von Zahlen, Daten – sprich Fakten beschränken. Es braucht die niederschwellige Erzählung und es braucht die Emotionen.

Rainer Zitelmann | Ayn Rand, die libertäre Romane schrieb wie ATLAS SHRUGGED, verkaufte insgesamt 37 Millionen Bücher, etwa zehnmal mehr als die erfolgreichsten Bücher von Milton Friedman und Friedrich August von Hayek zusammengenommen, obwohl die Botschaft von deren Sachbüchern eine ähnliche war.

Oder schauen wir uns libertäre Thinktanks an, mit denen ich in über 30 Ländern gesprochen habe. Da wird oft sehr theoretisch argumentiert haben und deswegen sind es meist nur kleine Zirkel, übrigens oft zu 90% Männer. Javier Milei in Argentinien hat es dagegen verstanden, auch die Emotionen der Menschen anzusprechen.

Ralf M. Ruthardt | Haben Sie sich während des Schreibprozesses zu Ihrem Roman von Menschen reflektieren lassen? Alleine schon der Titel „2075 – wenn Schönheit zum Verbrechen wird“ lässt auf ein weites Feld schließen,

in welchem man auf den ersten Blick Sie als Autor nicht vermuten würde.

Rainer Zitelmann | Ich habe das Manuskript 34 Freunden und Bekannten geschickt. Und viel Kritik und Anregungen bekommen. Darunter war natürlich auch viel, was mich nicht überzeugt hat, aber auch viele hilfreiche Kritik von sehr unterschiedlichen Menschen. Einerseits ging es mir um deren Expertise. Ist das von mir plausibel erzählt? Es ist mir wichtig, dass der Handlungsrahmen nicht beliebig ist, sondern plausibel. Ein Beispiel: Ich hatte über sportliche Wettkämpfe auf dem Mars geschrieben und dabei erwähnt, dass die Menschen wegen der Schwerkraft, die nur ein Drittel der Schwerkraft auf der Erde ist, drei Mal höher springen können. Mein Freund Eugen Reichl, der beste Weltraumexperte in Deutschland -er hat 47 Bücher dazu geschrieben - wandte darauf ein, dass ja auf der Reise zum Mars die Muskeln zurückgehen, was auch durch Training nicht ganz kompensiert werden kann. Ich habe das dann berücksichtigt und die Sportler springen jetzt in der Endfassung nur doppelt so hoch wie auf der Erde statt drei Mal so hoch.

Es gab auch Rückmeldungen, dass ich die unterhaltsame und spannende Szene intensivieren solle. Einer sagte mir am Telefon: „Bei Ihnen fehlt das Blut." Gegen blutige Gewaltszenen habe ich in der Tat eine Aversion, jetzt gibt es aber einen blutigen Terroranschlag in einem Club in New York, wo sich die Reichen und Schönen treffen.

Ralf M. Ruthardt | Ist Ihre Kritik an der Gleichmacherei und an den totalitären Entwicklungen etwas, was Sie als eine hochaktuelle Warnung an uns als Gesellschaft verstanden wissen wollen? Beschreibt dies eine Ihrer Motivationen zu diesem Roman?

Rainer Zitelmann | Ich habe den Roman als Historiker geschrieben. Ich glaube, dass Historiker besser über die Zukunft schreiben können als andere Menschen, weil sie eben die Geschichte kennen, in der sich vieles wiederholt. Jahrzehnte meines Lebens habe ich mich mit totalitären Systemen wie dem Nationalsozialismus und Kommunismus, beschäftigt. Wie konnten diese entstehen? Wie sind die Akteure an die Macht kommen? Welche Dynamiken kann man bei totalitären Bewegungen beobachten? All das hat Einfluss auf meine Erzählung gehabt.

Ralf M. Ruthardt | Somit ist „2075" ein stückweit auch ein Sachbuch – oder sagen wir, ein sachlich fundierter Roman.

Rainer Zitelmann | Ich sag mal, es ist ein Sachbuch aus der Zukunft. Die Handlung ist nicht an den Haaren herbeigezogen. Sie ist vor allem das Ergebnis der Beschäftigung mit geschichtlichen Entwicklungen und – was mir heute eine besonders relevante Fragestellung scheint – wie sich eine freiheitliche Gesellschaft sukzessive in eine unfreiheitliche Gesellschaft verwandelt. Nicht über Nacht. Also nicht so, wie das unter anderem bei der russischen Revolution war, wo durch den gewaltsamen Staatsstreich die Kommunisten an die Macht gekommen sind. Mein Thema ist, wie langsam aus einer freien eine unfreie Gesellschaft wird. Darum geht es in dem Roman. Ich finde, das Thema ist aktuell, in vielen Ländern.

Ralf M. Ruthardt | Scheinbar positiv klingen die Gerechtigkeitsideen. Wie ein Kampf gegen ungerechtfertigte Privilegien und nicht aushaltbare Ungerechtigkeiten. Die Gerechtigkeitsideen scheinen wissenschaftlich gut begründet.

Rainer Zitelmann | Ich habe das Standardwerk über Vorurteile und Stereotype über Reiche geschrieben, „Die Gesellschaft und ihre Reichen", in Englisch heißt es „The Rich in Public Opinion". Das Buch beschäftigt sich

also mit einer Minderheit, mit der man sich normalerweise nicht als Minderheit befasst. Es gibt Tausende von Büchern über Vorurteile über Schwarze, über Homosexuelle, über Behinderte, über Juden und viele weitere Gruppen. Es gab jedoch kein Standardwerk

zum Thema Vorurteile gegenüber Reichen, obwohl diese ja auch eine Minderheit sind, die von Vorurteilen belegt ist. Ebenso gibt es nach wie vor kein Buch zum Thema Vorurteile über schöne Frauen. Ich wollte vor einigen Jahren mal ein Sachbuch dazu schreiben und habe mich damals mit wissenschaftlicher Attraktivitätsforschung befasst und viele Stunden mit den Top-Experten auf diesem Gebiet diskutiert. Es gibt Professoren, die sich schwerpunktmäßig damit befassen, einer hat auch den Roman gelesen. Ich habe oft von schönen Frauen erfahren, dass sie mit Vorurteilen und Neid zu kämpfen haben, ähnlich wie Reiche.

Ralf M. Ruthardt | Okay, von solchen Vorurteilen gibt es einige: Der Professor ist intelligent, aber unbeholfen – und fliegt dreimal bei der praktischen Führerscheinprüfung durch.

Rainer Zitelmann | Viele Menschen glauben, dass wir am Ende alle gleich seien. Hat jemand auf einem Gebiet offensichtlich Pluspunkte, gibt man ihm daher auf anderen Gebieten Minuspunkte: Der Reiche sei reich, aber unehrlich und unmoralisch, der Fußballer kickt gut, ist aber nicht der Hellste, die Frau ist schön, aber wahrscheinlich nicht die Klügste. Das ist alles Blödsinn, aber so denken viele Menschen. Man gibt dem Überlegenen einen oder am besten mehrere Minuspunkte, um sich als gleich oder sogar überlegen zu fühlen. Das tut dem Selbstwertgefühl desjenigen gut, der nicht über den Durchschnitt hinausragt.

Ralf M. Ruthardt | Was würden Sie jemanden erwidern, der das Thema optische Gleichheit für an den sprichwörtlichen Haaren herbeigezogen hält?

Rainer Zitelmann | Da kann ich Heather Widdows für mich sprechen lassen. Sie ist Professorin für angewandte Ethik an der Universität Warwick. Vor dem britischen Parlament hat sie unter anderem ausgeführt: „Schönheit ist zu einem ethischen Ideal geworden, nach dem man sein Leben auszurichten hat. Das hat zu einer Epidemie der Angst um die eigene Erscheinung (‚body image anxiety') geführt und sollte deshalb als ein Problem der öffentlichen Gesundheit behandelt werden."

Ralf M. Ruthardt | Ich verstehe das so, dass Heather Widdows den Staat in der Verantwortung sieht, hier für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Rainer Zitelmann | Ja. der Staat soll auch in diesem Bereich für mehr „Gerechtigkeit" sorgen. Die „Süddeutsche Zeitung" kommentierte die Rede von Widdows, diese sei möglicherweise „ein geschichtsträchtiger Anfangsmoment einer zukünftigen anti-lookistischen Massenbewegung." Zur Erklärung: „Lookismus" bezeichnet die Diskriminierung von Personen deren Körper von „gesellschaftlich gesetzten Normen" abweichen. Bei diesen Normen, so heißt es, handele es sich um vielfältige Körper- und Schönheitsnormen die z.B. suggerierten, dass Normkörper, gesund, schön und leistungsfähig seien und zu sein haben.

Was soll man gegen diese „Ungerechtigkeit" tun? Die Süddeutsche schreibt: „Wer attraktiv ist, wird in vielen Lebensbereichen

bevorzugt. Lässt sich das mit Body Positivity überwinden? Oder mit Operationen für alle?“ Ich habe das erst gelesen, als mein Roman fertig war, aber das zeigt doch, dass die Idee nicht an den Haaren herbeigezogen ist.

Ralf M. Ruthardt | Das sympathische erscheinende Bemühen um Gleichheit hat bei genauer Betrachtung seinen Ursprung im Neid; Sie hatten vorher darauf hingewiesen. Somit hat die Gleichmacherei mit so etwas, wie der Chancengleichheit oder mit Gerechtigkeit, nichts oder nur wenig zu tun. Könnte man eine Parallele beispielsweise zu den extremen Teilen der Klimabewegung ziehen? Wo möglich sind dort ebenfalls die niedrigen Beweggründe ausschlaggebend für das, was dort gefordert und als gut dargestellt wird.

Rainer Zitelmann | Totalitäre Bewegungen haben nicht nur niedere Beweggründe, sondern nutzen auch den Idealismus und hehre Motive aus. Der Kommunismus kam nicht mit der Ankündigung daher, den GULAG zu errichten, sondern mit der Utopie der gerechten und klassenlosen Gesellschaft. Und Hitler wurde nicht von Millionen unterstützt, weil sie wollten, dass er einen Weltkrieg beginnt und sechs Millionen Juden ermordet, sondern sie waren angezogen von seiner Idee einer Volksgemeinschaft, in der traditionelle Klassenunterschiede und Standesschranken aufgehoben wären. Ich habe das in meiner Dissertation „Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs“ herausgearbeitet.

Das heißt, es wird zum Teil an niedere Instinkte, wie Neid appelliert, zum Teil aber auch an positive, idealistische Emotionen. Die Hölle kommt meist in Form der Versprechung des Paradieses daher.

Ralf M. Ruthardt | Nun greift Ihr Roman tiefgehende, gesellschaftskritische Kontexte auf und will zum Nachdenken anregen. Oder habe ich da eine eindimensionale Sicht auf die Erzählung, weil diese mit meiner gesellschaftspolitischen „Brille“ gelesen habe?

Rainer Zitelmann | Man kann es durchaus auch wörtlich lesen. Ich bekam Rückmeldungen von einigen prominenten Influencerinnen, die das Buch vorab gelesen haben. Schöne Frauen, die sich mit der Heldin des Romans, der schönen Alexa, identifizieren. Eine der ersten, die es gelesen hatte, war Carina Zavline, die durch „Germanys Next Top Model“ bekannt wurde. Sie sagte sofort, sie könne sich 100% mit der Heldin Alexa identifizieren. Alexa spricht über ihre ambivalenten Erfahrungen als schöne Frau. Einerseits bringt Schönheit Vorteile, andererseits hat man mit Neid und negativen Stereotypen zu tun. Ich darf mal eine Bloggerin zitieren, die mir zu dem Roman gesagt hat: „Ich finde 2075 so relevant, weil es endlich ein Thema anspricht, über das viele schöne Frauen schweigen – aus Angst, nicht ernst genommen zu werden. Auch ich habe erlebt, wie Schönheit schnell mit Naivität oder Oberflächlichkeit verwechselt wird. Wer offen über Neid spricht, eckt an – Zitelmann tut es trotzdem. Und genau deshalb sollten wir dieses Buch lesen und die Debatte führen, die längst überfällig ist.“

Ralf M. Ruthardt | Wer war das?

Rainer Zitelmann | Celine Nadolny. Sie zählt zu den einflussreichsten Sachbuchkritikern im deutschsprachigen Raum. Als Gründerin des mehrfach ausgezeichneten Blogs *Book of Finance* hat sie sich auf Rezensionen von Finanz- und Wirtschaftsliteratur spezialisiert. Neben ihrer publizistischen Tätigkeit wurde sie als *Leader of Tomorrow* beim St. Gallen Symposium ausgezeichnet und steht auf der renommierten *Forbes 30 Under 30*-Liste. Aber sie ist auch sehr schön, 2022 war sie Vize-Miss Germany.

Ralf M. Ruthardt | Dann hat der Roman zwei völlig verschiedene Ebenen …

Rainer Zitelmann | … ja genau. Je nach Perspektive ergibt sich eine gesellschaftskritische Erzählung mit entsprechenden Erkenntnissen oder eine sehr persönliche Wahrnehmung, weil man das Geschehen mit eigenem Erleben zusammenbringt. Aber auch das hat gesellschaftliche Relevanz, also Neid gegen Menschen, die über den Durchschnitt hinausragen.

Ralf M. Ruthardt | Sehr interessant. Das habe ich so nicht im Blick gehabt. – Lassen Sie uns auf die Entwicklung innerhalb der Erzählung eingehen. Es wird kein eskalierter Zustand einer Gesellschaft erzählt, sondern der Weg dorthin.

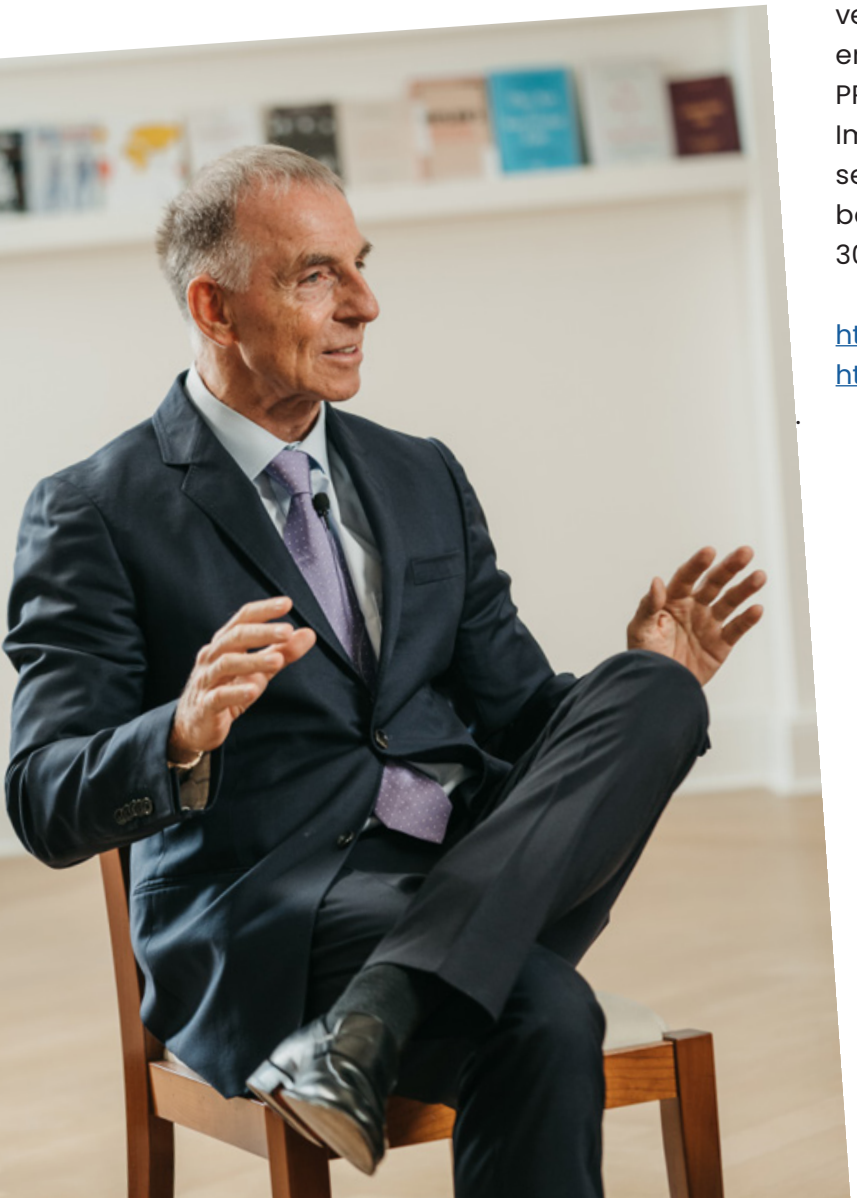
Rainer Zitelmann | Dystopien sind oft so angelegt, dass die Diktatur bereits etabliert ist und alle in Unfreiheit leben. In meinem Roman ist das anders. Hier sehen wir zu, wie sich sukzessive eine Demokratie in eine Diktatur wandelt. Da gibt es zu Beginn immer noch Freiheitselemente: Es finden Demonstrationen statt. Es gibt alternative Medien. Mein Buch zeichnet zudem eine Mischung aus Zukunftspessimismus und Zukunftsoptimismus aus. Viele Zukunftsromane sind düster, da leben Menschen etwa wie Sklaven auf dem Mars und die Erde ist vom Klimawandel zerstört. Bei mir sind die großen Probleme wie Armut, Hunger, Klimawandel weitgehend bewältigt und die Technik erleichtert das Leben sehr. Aber andererseits ist das soziale Zusammenleben der Menschen bedroht durch eine egalitäre Ideologie.

Ralf M. Ruthardt | Mir ist beim Lesen ab und an der Roman „Die Welle“ von Morton Rhue in den Sinn gekommen. In „Die Welle“ geht es um ein Experiment, das Ben Ross, ein Highschool-Lehrer, ins Leben ruft, um seinen Schülern zu beweisen, wie schnell sich faschistoides Denken und Handeln verbreitet. Als die Bewegung, die er auslöst, außer Kontrolle gerät, wird ihm bewusst, wie schwer es

ist, das Experiment zu stoppen. Was halten Sie von meinem inhaltlichen Vergleich?

Rainer Zitelmann | Es ist lange her, dass ich „Die Welle" als Film auszugsweise angeschaut habe. Aber diesen Vergleich habe ich von einem meiner Testleser auch gehört.

Ralf M. Ruthardt | Danke, dass wir zu Ihrem tiefgründigen, aktuellen und lesenswerten Roman sprechen konnten. Die Motivation, etwas Gesellschaftsrelevantes – also über die reine Unterhaltung hinausgehendes – beitragen zu wollen kann ich sehr nachvollziehen und freue mich sehr darüber.



Dr. Dr. Rainer Zitelmann

ist Historiker und Soziologe. Zitelmann studierte Geschichte und Politikwissenschaft und promovierte in Geschichte und Soziologie. Unter anderem war er Mitglied der Geschäftsleitung des Ullstein-Propyläen-Buchverlages leitete bei der Tageszeitung „Die Welt" bis zum Jahr 2000 verschiedene Ressorts. Im Jahr 2000 gründete er ein PR-Unternehmen, das er zum führenden PR-Beratungsunternehmen für die deutsche Immobilienbranche ausbaute. 2016 verkaufte er sein Unternehmen. Er hat 30 Bücher geschrieben und herausgegeben, die weltweit in über 30 Sprachen übersetzt wurden.

https://www.rainer-zitelmann.de/
https://schoenheit-2075.de/

Anzeige

Die Sehnsucht nach **Freiheit** und die Bereitschaft zur Eigenverantwortung.

„Der Protagonist denkt über die Lage in Deutschland nach. Das hat Konsequenzen.“

Prof. Dr. Werner J. Patzelt
Politikwissenschaftler

Das laute Schweigen des Max Grund
Roman von Ralf M. Ruthardt
ISBN 978-3982574905

Hardcover | € 23

auch als eBook & Hörbuch

BÜROKRATIE

Die schleichende **Verstaatlichung** unseres Lebens

von Dr. Michael von Prollius

Wurde die Bürokratie zu einem Koordinationsprinzip mit autoritären Zügen? Dr. Michael von Prollius seziert scharf den schleichenden Machtzuwachs des Staates – und plädiert für marktwirtschaftliche Selbstheilungskräfte statt administrative Allzuständigkeit. Ein ordnungspolitischer Weckruf.

Bürokratie ist weit mehr als Vorschriften und deren teure Bewältigung. Bürokratie ist ein Koordinationsmechanismus für Organisationen und eine Verdrängungskonkurrenz für Märkte und Gesellschaften. Das ist der Grund der „so furchtbar" (NZZ) gewordenen Verhältnisse.

Bürokratie ist in aller Munde, Bürokratieabbau eine allfällige Forderung. Der Unternehmer Elon Musk soll in der zweiten Amtszeit von Donald Trump den Staatsapparat verschlanken. In Argentinien warb der Ökonom und heutige Präsident Javier Milei mit einer Kettensäge als Symbol für die Durchforstung des Staatsdickichts. Die „Bürokratieentlastungsinitiative" der deutschen Ampel-Koalition ist wie andere versackt. Warum? Bürokratie ist mehr als eine Vorschriftenflut.

Bereits 1950 kritisierte der leidenschaftliche Wahlschweizer Wilhelm Röpke in seinem von Bundeskanzler Adenauer beauftragten Gutachten einen „Fiskalsozialismus". Röpke hielt eine Staatsquote von 25% für angemessen und erachtete bereits in der Nachkriegszeit Budgetdefizite und Sozialpolitik sowie künstlich zu niedrige Zinsen als kontraproduktiv für Bürger, Wirtschaft und Gesellschaft. Seine Forderungen nach Aufgabe von Wohnungszwangswirtschaft und Zurückdrängen des Wohlfahrtsstaates erscheinen aktuell. Röpke führt uns noch heute auf die richtige Spur.

In ordnungsökonomischer Perspektive lassen sich Koordinationsformen unterscheiden. Idealtypisch sind das die dezentrale, bottom-up Marktwirtschaft und die zentralen, top-down Systeme (sozialistische) Planwirtschaft und (faschistische) Organisationswirtschaft. Freie Marktwirtschaft und offene Gesellschaft stehen Formen des extremen Etatismus gegenüber. Mischformen sind durch staatliche Interventionen gekennzeichnet, die sich system- und anreizbedingt ausdehnen.

Entscheidend ist, dass die (staatliche) Bürokratie, auch in ihrer demokratisch-rechtsstaatlichen Form, ein eigener, grundlegend anderer Koordinationsmechanismus ist, sich darin von Märkten, Netzwerken, Gesellschaften und Gemeinschaften unterscheidet. Das Kardinalproblem ist die Ausdehnung der Prinzipien der Verwaltung auf die Sphäre der spontanen Ordnung. Warum?

Bürokratie oder Freiheit – wir entscheiden

Märkte und Gesellschaften funktionieren nicht wie ein Finanzamt. Bürokratie kann mit einfachen bis komplizierten Sachverhalten umgehen und dazu Sachverständige einbinden, auch aus den eigenen Reihen. Komplizierte Probleme sind beherrschbar, komplexe Probleme sind es nicht. Komplexe dynamische Systeme bestehen aus schwer überschaubaren Feedbackschleifen. Wissen ist per se verstreut und entsteht auf Märkten erst durch ex ante nicht feststehendes Handeln, koordiniert durch das Preissystem. Der Wettbewerb ist ein Entdeckungsverfahren. Disruptive Innovationen plant niemand. Die Bürokratie weiß bereits alles, vermeintlich.

Die Übertragung des ohnehin fast durchweg prekären Expertenwissens auf komplexe Probleme, die Forderung nach Machtworten und Führung in Krisen durch starke Männer und Frauen ist dann ein kategorialer Fehler, wenn die Koordination komplexer Herausforderungen gefragt ist. Nicht Hierarchie und Anweisung, nicht Geld und Gesetze, sondern dezentrale Lösungsfindung in einem Entdeckungsverfahren ist gefragt. Das funktioniert kontraintuitiv im Prozess der Interaktion vieler Menschen, die nicht dasselbe Ziel verfolgen, wie Adam Smith wusste.

Klimawandel, Finanzkrise, Flüchtlingskrise lassen sich nicht als überschaubare Fachthemen organisieren und allein durch Autoritäten beherrschen. Eine Anmaßung von Expertenwissen offenbart in vielen Ländern der Umgang mit der Coronakrise.

Hinzu kommt die Erkenntnis der Public Choice Schule und ihrer Nobelpreisträger: Bürokratie und Regierung verfolgen nicht einfach das Gemeinwohl, sondern ihre persönlichen Interessen und die ihrer Behörden. Bereits die Untersuchung der Kuba-Krise durch Graham T. Allison zeigt zudem, dass Bürokratie und Regierung nicht wie ein Akteur handeln, sondern viele konkurrierende Akteure existieren.

Unterschätzt wird der personale Faktor. Machtpolitik ist ein wesentlicher Teil politischer Alltagsarbeit und der Bürokratie. Henry Mintzberg hat 1990 aufgezeigt, dass Top-Manager den überwiegende Teil ihrer Arbeitszeit nicht mit Strategien, sondern mit Machtpolitik verbringen. Machtpolitik folgt einer anderen Logik, erfordert andere Fähigkeiten, hat andere Auswirkungen und zieht andere Menschen an als Unternehmer und Innovatoren, die sich auf Märkten durchsetzen müssen ohne Hilfe des Staatsapparats.

Fiskalsozialismus ist das Ergebnis eines permanenten Primats von Gesetzen und Geld, von bürokratischer Logik zur Behandlung komplexer Probleme. Symptome sind die permanente Ausgabensteigerung des Staates, eine progressive Sozialisierung der Einkommensverwendung und eine progressive Zuständigkeit für alltägliche Lebensbereiche der Menschen – von der Babyanfangsnahrung über Wohnen, Bildung und Lebensrisiken bis zu Friedhöfen - schließlich Sklerose und Stagnation.

Kann die Bürokratie Terrain zurückgeben und sich selbst schrumpfen?

Dr. Michael von Prollius
ist Wirtschaftshistoriker, Publizist und Gründer von *Forum Freie Gesellschaft*. Er publiziert zu marktwirtschaftlichen, historischen und freiheitlichen Themen und engagiert sich für ökonomische Aufklärung.

Anzeige

Ein Unternehmer sagt, was in Deutschland Sache ist!

„Top Buch, sehr empfehlenswert und aktuell.“

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas
Professor of Economics and Business

Das laute Schweigen des Max Grund
Roman von Ralf M. Ruthardt
ISBN 978-3982574905

Hardcover | € 23

auch als eBook & Hörbuch

„Die Ära Milei – Argentiniens neuer Weg“

Eine Rezension von Christian Langer
zum Buch von Prof. Dr. Philipp Bagus

Bagus' Buch *Die Ära Milei - Argentiniens neuer Weg* porträtiert Mileis Weg zur Präsidentschaft und erläutert wirtschaftsliberale Ideen verständlich. Hier eine Rezension von Christian Langer.

Prof. Dr. Philipp Bagus, Professor für Volkswirtschaftslehre an der spanischen Universität Juan Carlos in Madrid und Mitglied der Hayek-Gesellschaft, hat Ende September ein erfrischendes Buch veröffentlicht mit dem Titel „Die Ära Milei – Argentiniens neuer Weg". Es war auch Bagus' persönlichem Kontakt zu Milei zu verdanken, dass der argentinische Staatspräsident während der diesjährigen Hayek-Tage Ende Juni nach Hamburg kam und die Hayek-Medaille erhielt.

Das Vorwort bildet den Vortrag ab, den Milei zur Verleihung der Hayek-Medaille hielt – das Nachwort schrieb Dr. Markus Krall und geht der Frage nach, ob das neue Modell Argentinien auf Deutschland und Europa übertragen werden kann.

Für einen Ökonomie-Professor ist der Schreibstil flüssig und leicht lesbar verfasst – das war sicher bewusst so geschrieben, da der Inhalt damit einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden kann.

Das Buch ist mit seinen 260 Seiten in fünf Kapitel unterteilt. Das erste Kapitel stellt Milei als Person vor, beschreibt zunächst sein familiäres Umfeld und anschließend sein Ökonomie-Studium an der Universität Belgrano (Buenos Aires). Dabei muss er wie in den meisten Mainstream-Studiengängen die Neoklassik und den Keynesianismus über sich ergehen lassen, den er anfänglich auch annimmt. Alles änderte sich schlagartig, als er Schriften von Rothbard, Mises und Hayek entdeckt, davon „elektrisiert" und Anhänger der österreichischen Schule wird. Es fällt ihm wie Schuppen von den Augen und er erkennt, woher die jahrzehntelange Misere in Argentinien rührt.

Trotz des Risikos, dass Politik den Menschen korrumpieren kann, entscheidet er sich, in die Politik zu gehen. Trotz immenser und teils unfairer Widerstände der bestehenden Politikerkaste wird seine im Jahr 2021 gegründete Partei „La Libertad Avanza" (übers. Die Freiheit schreitet voran) schnell erfolgreich und Milei erreicht sein Ziel im November 2023, mit 56 % Wählerstimmen, argentinischer Staatspräsident zu werden. Die intensive Nutzung der sozialen Medien ist entscheidend dafür, dass sich ein Großteil der jungen Wähler für Milei entscheidet.

Bagus beschreibt die Situation Argentiniens vor Mileis Präsidentschaft. Das Land, Ende des 19. Jahrhunderts zu den reichsten Ländern weltweit gehörend, wurde in den nachfolgenden Jahrzehnten abgewirtschaftet. Dies geschah durch den Peronismus, Militärregierungen und ausufernden Staatsinterventionismus, der gleichzeitig eine korrupte Politikerkaste hervorbrachte.

Milei verstand es, die Inhalte der österreichischen Schule insbesondere den jungen Menschen verständlich zu machen, damit die aktuellen Missstände zu erklären und Lösungen vorzuschlagen. Beherrschend dabei ist die Betonung darauf, dass der Staat nicht die Lösung ist, sondern das Problem. Wie einst Hayek den Begriff der „sozialen Gerechtigkeit" angriff, so sieht Milei den Staat als Hauptverantwortlichen, der die Umverteilung gezielt dafür nutzt, sich unter dem Deckmantel dieser sozialen Gerechtigkeit die Gefolgschaft der Bevölkerung zu sichern. Im zweiten Kapitel (die Symbiose des Paläolibertarismus) schreibt Bagus darüber, wie Javier Milei grundsätzlich „tickt". Er geht auf das heute typische Rechts-Links-Schema

ein und kommt zum Ergebnis, dass Milei sich heute als erster liberal-libertärer Präsident der Welt und Minimalstaatler bezeichnet.

Im nächsten Kapitel macht Bagus einen lesenswerten Ausflug in die Welt des Kulturkampfes und Kulturmarxismus. Statt die Gesellschaft nach marxistischer Manier in Klassen zu unterteilen (funktionierte bekanntlich bisher nicht), gibt es laut Bagus jetzt einen Kampf, um unterdrückte Gruppen zu befreien. Die Erwähnung der Frankfurter Schule darf dabei natürlich nicht fehlen. Kampfbegriffe dabei sind Feminismus, Rassismus, Kolonialismus, Genderismus, Klimawandel und Ökologie. Der weiße Ritter ist in der Folge der Staat, der den Unterdrückten zu Hilfe kommt.

Das vorletzte Kapitel stellt die Auszüge der österreichischen Schule vor, die Milei doch so entscheidend geprägt haben und die in seiner aktuellen Politik eine gewichtige Rolle spielen. Freihandel, Monopole, unternehmerischer Akt – der Unternehmer ist gemäß der diesjährigen Rede Mileis in Davos ein Held – Wirtschaftsrechnung im Sozialismus (Mises), Interventionismus und Fürsorgestaat sind Begriffe, auf die Bagus kurz, aber für jeden verständlich eingeht.

Im letzten Kapitel geht Bagus auf die Frage ein, ob Mileis Erfolge eine globale Blaupause sein können. Er weiß, dass Mileis Politik eine Schocktherapie bedeutet und verweist auf die Situation Deutschlands kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Land ökonomisch, sozial, moralisch und politisch an einem Tiefpunkt war. Ludwig Erhard, mittelbar von den Ideen der österreichischen Schule beeinflusst, setzte sich mit seinen liberalen Ideen durch und verhalf zum deutschen Wirtschaftswunder.

Wird dies auch Argentinien gelingen? Können wir danach etwas von Milei lernen? Bagus beantwortet diese Frage mit „ja“ und gibt in den letzten Seiten fünf Hinweise darauf, was aktuell bei uns getan werden könnte, um aus der Sackgasse zu kommen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass Bagus mit diesem Buch eine beachtenswerte Veröffentlichung gelungen ist. Der Leser versteht nach der Lektüre, wer Milei ist, welche Ideen er vertritt und was ihn antreibt. Gleichzeitig ist es eine gut verständliche Einführung in die österreichische Schule und seine Vertreter.

Daher: eine absolute Leseempfehlung.

Christian Langer
(*1967), Diplom-Kaufmann Univ., ist Mitglied der Geschäftsleitung eines mittelständischen Unternehmens. Er ist Vorsitzender des Hayek-Clubs Trier-Luxembourg e. V. und Mitglied der Hayek-Gesellschaft.

Anzeige

www.saskia-thurner.de
Saskia Thurner | Ölmalerei
© Saskia Thurner

Foto: Ralf M. Ruthardt

Liberale Renaissance

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Thomas L. Kemmerich

*Vor dem FDP-Bundesparteitag im Mai 2025 hat das Gespräch mit Thomas L. Kemmerich stattgefunden. Es geht um liberale Erneuerung, staatliche Übergriffigkeit, Wohnungsbau, Migration und Leistungsbereitschaft. Es ist ein leidenschaftliches Plädoyer für Eigenverantwortung, marktwirtschaftliche Vernunft und freiheitliche Grundprinzipien. Hier geben wir das Gespräch **auszugsweise** wieder.*

Ralf M. Ruthardt | Lieber Herr Kemmerich, danke für Ihre Zeit. Ich habe in einem Strategiepapier von Ihnen gelesen, dass Sie eine liberale Renaissance fordern. Was verstehen Sie unter einer liberalen Renaissance?

Thomas L. Kemmerich | Erst mal vielen Dank, dass wir beide gemeinsam die Zeit haben, darüber zu diskutieren. – Wenn wir auf die Bundestagswahl 2025 blicken, dann haben etwa 38 % der Leute gesagt, dass sie die FDP im Deutschen Bundestag vermissen.

Viele Menschen wollen eine liberale Kraft im Bundestag sehen. Ich sehe die FDP in der Tradition von Walter Scheel, von Hans-Dietrich Genscher, von Otto Graf Lambsdorff und zuletzt natürlich auch von Guido Westerwelle, um nur einige zu nennen. Die Genannten haben den Liberalismus streng aus dem Blickpunkt der Freiheit definiert. Daraus lässt sich viel Gutes und Zukunftsweisendes ableiten.

Ralf M. Ruthardt | Ein von Ihnen erstelltes Papier ist ein Bekenntnis zur Freiheit und zur sozialen Marktwirtschaft sein.

Thomas L. Kemmerich | Ja, in dem Arbeitspapier bekennen Parteifreunde und ich uns eindeutig zur Freiheit und zur sozialen Marktwirtschaft. Wir erleben in Deutschland massive staatliche Eingriffe und man kann daher geradezu von einer gesteuerten Marktwirtschaft sprechen.

Nennen wir einige Beispiele: Der Wohnungsmarkt wird mit einem Mietendeckel versehen, nachdem man mit falschen politischen Maßnahmen den Markt abgewürgt hat und nicht mehr weiterweiß. Oder nehmen wir die freie Meinungsäußerung: Es ist unbegreiflich, wie sehr sich hier Politik einmischt und irgendwelche Tatbestände, die unterhalb des Strafrechts liegen, unter Strafe gestellt werden sollen. Das hat ja leider auch in der FDP um sich gegriffen.

Ralf M. Ruthardt | Es wird zurzeit (Anmerkung der Redaktion: im April 2025) viel über Zölle gesprochen. Der US-Präsident Donald Trump hat diese Diskussion mit seinen Maßnahmen losgetreten. Gibt es darauf eine liberale Antwort?

Thomas L. Kemmerich | Warum antworten wir darauf nicht mit Vorschlägen für einen wirklich freien Welthandel? Schon längst hätte es zwischen der EU und anderen Wirtschaftsräumen solche Handelsabkommen geben können. Das sind alles keine neuen Botschaften. Ich bin aber überzeugt, dass es dieser politische Sound ist, den viele Menschen vermissen. Deshalb haben uns viele Leute bei der Bundestagswahl nicht mehr gewählt.

Man muss mal auf die Zahlen schauen: Wir haben 2,2 Millionen Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl im Vergleich zu 2021 verloren.

Alleine darin begründet sich das Plädoyer für eine liberale Renaissance. Es soll ein inhaltlicher und nicht nur ein personeller Neustart für die FDP sein. Die Leute suchen eine poli-

tische Kraft, deren Programm ihnen wieder Wachstum, Wohlstand und damit eine gute Zukunft ermöglicht.

Ralf M. Ruthardt | Jetzt sind wir mit den Beispielen, die Sie genannt haben, geradezu im politischen Mikromanagement angekommen. Sie sprachen das Thema Wohnungsbau an. Lassen Sie uns noch kurz beim Wohnungsbau bleiben, weil es – im Vergleich zur Meinungsfreiheit – kein emotional hoch aufgeladenes Thema ist. Ich denke, man kann am Wohnungsbau sehr schön erklären, wie viel Potenzial im Liberalismus steckt.

Thomas L. Kemmerich | Gerade in den Zentren unseres Landes herrscht ein für sehr viele Menschen erlebbarer Wohnungsmangel. Der führt zu einer enormen Preissteigerung. Das ist ein Ergebnis der jahrelangen Fehlsteuerung beziehungsweise einer Überregulierung.

Aus liberaler Sicht ist das ganz klar: Mit überbordenden Vorschriften und viel zu lang dauernden Genehmigungsverfahren ist nunmehr das Kind in den Brunnen gefallen. Am Wohnungsmarkt in Berlin ist das zu beobachten. Dann kamen vor allem die Leute von DIE LINKEN und DIE GRÜNEN auf die Idee, den sogenannten Mietendeckel einzuführen. Das hat dann dem letzten Investor die Freude daran genommen, tatsächlich zu investieren.

Der Wohnungsnot begegnete man mit bauen, bauen und bauen. Dazu braucht es schnelle Genehmigungen im Rahmen eines einfachen, sinnvollen Verfahrens. In vielen Kommunen ist man ja bereits seit Längerem dabei, in den Innenstädten die Lücken zu schließen, den Ausbau von Dachgeschossen zu vereinfachen oder auch eine Bebauung von singulären Geschossen zu ermöglichen. Letzteres meint, dass beispielsweise über einem Discounter wie Aldi oder Lidl Wohnraum entsteht.

Mit solchen einfachen Maßnahmen könnte man zügig am Wohnungsmarkt für Entspannung sorgen, was in der Folge die Situation bei den Mietpreisen entspannt. Das ist überhaupt kein Hexenwerk. Aber das geht natürlich nicht, wenn – wie in Berlin geschehen – die Bauverwaltung zehntausende Einheiten auf dem Tempelhofer Feld verhindert hat.

Das sind Sünden, die wir als Bürgerinnen und Bürger auszubaden haben. Ich erinnere an Katharina Dröge von DIE GRÜNEN. Die Chefin der grünen Bundestagsfraktion meinte dieser Tage, dass es ohne Erbe für junge Menschen kaum noch möglich sei, Wohneigentum zu erwerben.

Ralf M. Ruthardt | Dröge forderte die Union und SPD auf, mehr für eine gerechte Verteilung von Vermögen und bezahlbarem Wohnraum zu tun. Vermögen und Erbschaften seien in Deutschland zu ungleich verteilt. Es stellt sich da die Frage, ob quasi zur „Enteignung“ über die Vermögenssteuer oder Erbschaftssteuer aufgefordert wird.

Thomas L. Kemmerich | Das ist natürlich eine Sache, die die Wähler mit Schmerzen hören. Nochmals: Liberalisiert die Bautätigkeit. Vereinfacht die Genehmigungsverfahren. Konzentriert euch bei den Bauvorschriften auf das elementar Wichtige. Ich glaube, das ist die einzig wirkungsvolle Antwort auf die Wohnungsnot.

Ralf M. Ruthardt | Heutzutage sind viele Themen sehr komplex. Bleiben wir nochmals beim Wohnungsbau. Da liegt die Komplexität unter anderem darin, dass einerseits aus der Klimawende heraus Anforderungen an den Wohnungsbau gestellt werden. Zugleich gibt es einen Mangel an Fachkräften – auch im Bau und im Handwerk.

Zugleich baut die Deutsche Bahn AG gemeinsam mit der öffentlichen Hand geradezu Paläste; dabei brauche ich als einfacher Bürger in Stuttgart keine eleganten Lichtkegel im Bahnhof – mir würde es ausreichen, wenn ich, ohne bei Regen nass zu werden, in einen pünktlichen Zug einsteigen kann. Auch das ist etwas, was die Sache komplex macht: Anstelle sich auf Funktionalität zu konzentrieren, steht kosten- und ressourcenintensive Ästhetik zu oft im Vordergrund.

In der aktuellen Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und der Union ist viel davon die Rede, in was alles investiert werden soll. Da stelle ich mir erneut die Frage, wer das umsetzen, also planen und bauen soll? Wo sind die personellen Ressourcen? Man könnte in der Verzweiflung polemisch werden und die Frage stellen, in welchem Flieger der noch geschäftsführenden Außenministerin diese Fachkräfte eingeflogen werden.

Thomas L. Kemmerich | Sie haben von Komplexität gesprochen. Lassen Sie mich darauf mit drei Punkten eingehen.

Ich fang mal mit dem Einfachsten an, und zwar mit der **Leistungsbereitschaft** dieser Gesellschaft. Viele diskutieren in Deutschland sehr gerne über eine 4-Tage-Woche mit 30 Stunden. Wenn man nach Europa schaut, fällt schnell auf, dass der Deutsche im Durchschnitt etwa 200 Jahresarbeitsstunden weniger arbeitet als ein Franzose, ein Spanier oder ein Italiener. Wir reden hier von EU-Mitgliedern und nicht von exotischen Ländern. Ich bin überzeugt, dass viele Leute einig sind, dass wir aus der Krise nur dann herauskommen, wenn wir alle die Ärmel hochkrempeln. Es gilt also, in die Hände zu spucken und – da gab es doch diesen Song – das Bruttosozialprodukt zu steigern. Die Leistungsbereitschaft dieser Gesellschaft; das ist der Punkt 1. Das hat auch mit so banalen Dingen zu tun, wie die Bundesjugendspiele wieder mit Maßband

und Stoppuhr stattfinden zu lassen – und nicht leistungsfrei und anerkennungsfrei.

Der nächste Punkt ist, dass **unser Staat viel zu fett geworden** ist. Wir haben einen permanenten Aufbau an staatlichen Arbeitsstellen in den Kommunen, den Bundesländern und im Bund. Gleichzeitig wird auf fast allen Ebenen des Staates agiert, wie noch in den 80er- oder 90er-Jahren. Wir als Unternehmer wissen, wenn wir heute noch so agieren würden, wären wir längst weg vom Markt.

Ein Beispiel: Letztens kam eine Meldung vom dbb beamtenbund und tarifunion: „Aktuell fehlen dem Staat demnach mindestens 500.000 Beschäftigte. Vom **Fachkräftemangel** betroffen sind praktisch alle Sektoren der Daseinsvorsorge, etwa Bildung, Gesundheit, Infrastruktur sowie Innere und Äußere Sicherheit." – Ich sage, was für eine tolle Nachricht! Wenn wir endlich hingehen und automatisieren, die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz einsetzen und die Prozesse auf eine moderne, digitale Form stellen, dann brauchen wir – von der Inneren und Äußeren Sicherheit abgesehen – die hunderttausende zusätzlichen Jobs beim Staat nicht.

Mit moderner **Digitalisierung** entlasten wir die öffentlichen Haushalte. Denn eine halbe Million Beschäftigte kosten uns 40 bis 45 Milliarden Euro pro Jahr. Womöglich hätte es die aktuellen Schuldenpakete von Friedrich Merz gar nicht gebraucht.

Mein dritter Punkt ist natürlich eine **Migration**, die uns genau an diesen Stellen stark macht, wo wir die Leute brauchen. Nicht ungesteuert und vor allen Dingen keine illegale Migration. Vielmehr gilt es, die Leute anzuwerben, die uns als Gesellschaft Mehrwerte bringen. Dann lasst uns im Ausland Anwerbezentren eröffnen, wo die Leute aus allen Teilen der Welt sich bewerben können. Wer angemessen die deutsche oder eine

europäische Sprache spricht und über eine bei uns benötigte Qualifikation verfügt, der kann sicher und mit unserer Unterstützung einreisen und ist willkommen.

Ralf M. Ruthardt | Ich muss den Punkt aufgreifen, dass wir in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Nationen 200 Stunden pro Jahr weniger arbeiten. Hier könnte das Gegenargument angemessen sein, dass dafür die Leute in den genannten Ländern deutlich früher in Rente gehen. Die Frage ist, ob wir uns überhaupt vergleichen wollen oder einfach auf unsere Leistung fokussiert bereit sind, einen Zahn zuzulegen.

Wir sprechen über Leistungsbereitschaft und von der Bereitschaft der Menschen, Eigenverantwortung zu übernehmen. Dazu gehört aber auch, dass man den Menschen Handlungsspielraum zubilligt. Ich erinnere mich an eine Management-Methode: Diese besagt, man kann nicht nur die Verantwortung in einer Sache zuweisen, sondern man muss ihm auch die Kompetenzen – also den Gestaltungs- und Handlungsspielraum – geben. Womöglich muss der Staat hergehen und dem einzelnen Bürger wieder deutlich mehr Kompetenzen zugestehen. Nicht nur die Verantwortung geben, sondern eben auch mehr Kompetenz, mehr Gestaltungsspielraum.

Einen zweiten Gedanken möchte ich noch einbringen: Oft wird über die Motivation der Leute und Work-Life-Balance gesprochen. Ich erlebe junge Leute, die wirklich etwas bewegen wollen. Die wollen eine Innovation kreieren, die Herausforderungen annehmen und erfolgreich bewältigen. Die haben Freude in ihrem Job, und Arbeit ist ein erfüllender Bestandteil ihres Alltags. Ich habe den Eindruck, dass die Forderung einer weiteren Reduzierung von Arbeitszeiten womöglich vor allem der Daseinsberechtigung von Gewerkschaften oder anderer Gruppen geschuldet ist.

Thomas L. Kemmerich | Ja, ich kann Ihnen da nur Recht geben. Gott sei Dank haben wir motivierte junge Leute – auch wenn man hier fast schon von Exoten sprechen kann. Wir haben jedoch ein Steuersystem, das extrem leistungsfeindlich ist. Die Leistungsträger, die Sie gerade beschreiben, die kriegen mit ihrer Motivation und Ausbildung überall auf der Welt einen Job. Unsere Abgaben in Deutschland sind kein Beitrag, um solche Leistungsträger zu halten. Wir müssen mit den weltweiten Märkten in Konkurrenz treten. Dazu muss sich unsere Steuer- und Abgabenpolitik grundlegend ändern. Das geht nur, wenn sich der Staat zugleich deutlich verschlankt und unsinnige oder unnötige Ausgaben – ich erspare uns jetzt das Thema Fahrradwege in Peru – unterlassen werden.

Ich sage ganz eindeutig: Der Staat muss da stärker werden, wo er Mehrwerte schafft, etwa beim Thema Bildung. Sie sprachen eben noch von Kompetenzen. Das hat ja auch etwas mit dem Bildungssystem zu tun. Wenn junge Leute in der Schulbildung nicht vermittelt bekommen, dass es sich beim Dreisatz nicht um ein Musikstück handelt, dann ist das einfach zu wenig.

Und stärker muss der Staat auch dort werden, wo er die Sicherheitsstruktur des Landes oder in Europa aufrechterhalten muss. Und auch da haben wir große Defizite. Ja, mit der Infrastruktur als wesentlicher staatlicher Aufgabe können wir hier gleich weitermachen. Nun, auf diese drei Dinge soll sich der Staat konzentrieren und seine Aufgabe richtig und gut machen. Alles Weitere ist zunächst unsere Privatsphäre! Da braucht es niemanden, der den Fleischkonsum regelt. Zu diesen Dingen kann man aufklären, was gesund ist, aber schlussendlich liegen sie in der Freiheit des Einzelnen.

Der Staat ist übergriffig geworden, und das muss sich wieder verändern.

Ralf M. Ruthardt | Ich habe eine Hypothese, und mich interessiert dazu Ihr Kommentar. Meine Hypothese: Dort, wo zu viele Menschen mit einem geringen Bildungs- und Berufserfahrungshintergrund in Parlamenten sitzen oder gar Regierungsämter begleiten, verrennen sich diese Akteure in Nebensächlichkeiten, weil diese scheinbar einfach zu regeln sind.

Damit sind diese Leute dann beschäftigt und können von sich reden machen. Den eigentlichen und großen Herausforderungen gehen sie aus dem Weg oder holen sich Rat von außen, den sie selbst überhaupt nicht werten können. Sie machen somit unsinnige oder nebensächliche Dinge oder sind – bei den komplexen Themen – von Dritten abhängig, die womöglich eine eigene Agenda verfolgen.

Thomas L. Kemmerich | Da gehe ich mit Ihnen einig. Und natürlich haben wir das Problem. Solche Leute lassen natürlich auch keinen zu, der fachlich oder methodisch besser ist als sie selbst. Nur Menschen, die wirklich souverän im Thema stehen, holen sich auch Leute an Bord, die sie herausfordern und die helfen, eine Sache besser zu machen. Wie wäre es, wenn ein Minister über eine Vorqualifikation im jeweiligen Amt haben sollte oder wenigstens sein parlamentarischer Staatssekretär über eine solche verfügt?

Ich erinnere nur an die ewigen Diskussionen mit den sogenannten Wirtschaftsweisen. Spätestens nach der Regierungszeit von Gerhard Schröder stehen die fünf Wirtschaftsweisen permanent im Widerspruch zu den finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der jeweiligen Bundesregierung. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Die fünf Institute mit großem finanzpolitischen und wirtschaftspolitischem Sachverstand mahnen die Regierung – und die politisch Verantwortlichen flüchten sich in Ausreden und ignorieren die Hinweise. Das Ergebnis sehen wir: Aktuell sind wir im dritten Jahr einer Rezession, und Deutschland ist Schlusslicht in allen relevanten Vergleichsstatistiken.

Ralf M. Ruthardt | In unserer parlamentarischen Demokratie haben natürlich die Parteien einen besonderen Einfluss auf die politische Willensbildung. Und sie stellen natürlich die personellen Ressourcen, die nachher in der Regel in Amt und Würden kommen.

Was machen die Liberalen, um mehr Sachverstand in die Parlamente zu kriegen?

Klar, man könnte jetzt ironischerweise anmerken, dass die FDP im aktuellen Bundestag nicht mehr vertreten ist; aber das kann ja etwas Temporäres sein.

Thomas L. Kemmerich | Das ist natürlich eine technische Frage. Wenn wir uns über die Inhalte klar sind, kann man zum Beispiel die Listen öffnen. Wir sind quasi in einer Listendemokratie. Das führt dazu, dass man manchmal nur bedingt geeignete Leute auf der Liste stehen hat.

Im Sinne eines intellektuellen Fortschritts einer Partei und dieser Gesellschaft ist die bisherige Handhabung nicht unbedingt dienlich. Warum also nicht sowohl die Kandidatenlisten als auch durchaus Regierungskabinette tatsächlich für nicht parteigebundenen Sachverstand öffnen? Darüber kann man nachdenken, und andere Länder haben ja durchaus parteilose Experten in die Regierung geholt. Ich will in diesem Zusammenhang auf Robert Habeck zu sprechen

kommen. Der hat das Wirtschaftsministerium übernommen, ohne dass er erkennbar dafür eine fachliche Kompetenz mitgebracht hat. Noch mehr, er hat gleichzeitig Freunde aus den NGOs als Abteilungsleiter in das Ministerium geholt. Es scheint, das eigene Netzwerk war wichtiger gewesen als der im Ministerium vorhandene Sachverstand. Das führte dann zu diesen wahnwitzigen Entscheidungen, die Deutschland wirtschaftlich maßgeblich da hingebracht haben, wo wir heute stehen.

Das gab es früher so nicht. Da hat man zwar die politische Führung an der Spitze eines Ministeriums ausgetauscht, aber die Abteilungs- und Referatsleiter blieben und mit ihnen der Sachverstand – und das war sehr dienlich. Also ich glaube, man muss da neue Formen finden.

Ich glaube, es wäre auch eine große Motivation für Leute mit unternehmerischer Erfahrung zu sagen, ich beteilige mich am Wirken einer Regierung; in welcher Form auch immer. Aber richtig gute Leute, und das muss man ja auch mal ansprechen, sind finanziell ganz anders unterwegs als beispielsweise Abgeordnete im Deutschen Bundestag.

Ralf M. Ruthardt | Für mich stellt sich da die Frage, warum es klugen und erfahrenen Menschen am Ende maßgeblich ums Geld geht. Womöglich gibt es Leute, die eine finanzielle Zufriedenheit haben und mehr die Sache sehen als finanzielle Vorteile oder eitle Ehre.

Jetzt haben Sie ja eine ganze Liste von Themen angesprochen. Es geht um den Umbau von Verwaltung, des Sozialstaats und der Dinge mehr. Wie sehr steht der Föderalismus dabei im Weg?

Thomas L. Kemmerich | Das ist immer eine bequeme Entschuldigung, wenn man nicht weiterkommt. Ich glaube aber, dass alle Ebenen dieses Staates – also Bund, Länder und die Kommunen – am Fortkommen des Landes interessiert sind.

Ich setze auf die Subsidiarität: Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo sie tatsächlich am ehesten wirken. Damit kommt es nicht zu diesem Kompetenzgerangel. Bisher werden zu oft durch die politischen Parteien Entscheidungen nur deshalb blockiert, weil man im Verhandlungsprozess für die eigene politische Idee etwas heraushandeln möchte. Am Ende handeln wir jedoch nicht das Beste für Deutschland heraus, wie man am Beispiel der Digitalisierung sehen kann. Wir merken an allen Ecken und Enden, dass es nicht funktioniert. Dann muss man – sehr vereinfacht gesagt – den Föderalismus dort aufheben, wo er keinen Sinn macht.

Nehmen wir eine Autozulassung. Die ist heute so organisiert, dass die Abwicklung der Zulassung eines Kraftfahrzeugs vom Bund auf die Länder und weiter auf die Kommune übertragen ist. Deshalb gibt es eine Kfz-Zulassung in Ihrer und meiner Stadt. Das ist in Anbetracht der digitalen Möglichkeiten – völliger Unsinn. Warum stellen wir nicht eine zentrale IT-Infrastruktur, also die Server, beispielsweise nach Flensburg? Es ist ja völlig unerheblich, wo die Dinger stehen. Sobald ein Kraftfahrzeug erstmals für den deutschen Markt relevant wird, weil hier produziert oder nach hier importiert, wird es einmalig angemeldet und bekommt eine Kennzeichnung. Der Rest geht dann online mit den entsprechenden Nachweisen. Damit kann jedes Auto in seiner Laufzeit in Deutschland umgemeldet werden. Wenn es den deutschen Markt verlässt, wird es einmal abgemeldet. Mit dem skizzierten Vorgehen wird deutlich, welche beträchtlichen Möglichkeiten wir haben, um den Staat schlanker zu machen und zugleich den Servicegrad gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen.

Ralf M. Ruthardt | Wir haben in Deutschland

1994 das Postministerium aufgelöst – da sind dann Zehntausende von Beschäftigten mehr oder weniger bei vollem Lohn rausgenommen worden. Ohne jetzt auf die Details einzugehen, kann gesagt werden, dass wir heute eine respektable Deutsche Telekom AG und Deutsche Post AG (DHL) haben.

Wir bekommen also schon etwas wirtschaftlich Erfolgreiches hin, wenn wir denn den gesellschaftlichen und politischen Willen haben. - Ein Gedankensprung: Sie und die FDP!

Thomas L. Kemmerich | Ich möchte in der FDP – ganz im Geiste von Genscher, Westerwelle und so weiter – einen Beitrag leisten, damit wir uns erfolgreich auf eine konsequente liberale Neubesinnung fokussieren. Bei den inhaltlichen Diskussionen müssen wir den Menschen in Deutschland zeigen, dass wir deren Bedarf an einer wahrhaftig liberalen Kraft verstanden haben. Hier kann und soll die FDP ein politisches Angebot an die Menschen formulieren und es konsequent im politischen, medialen Diskurs vertreten.

Eine Rückbesinnung auf die liberalen Werte. Auf die Werte der Freiheit. Auf die Werte der sozialen Marktwirtschaft. Wir sind die Verteidiger der Freiheit, das andere sind linke oder rechte Sozialisten.

Ralf M. Ruthardt | Danke für das Gespräch.

Thomas L. Kemmerich

Thomas L. Kemmerich ist Unternehmer und FDP-Politiker, ehemaliger Ministerpräsident Thüringens, Mitglied des Landtags .

Anzeige

Dennis Jung ist endlich auf Erfolgskurs. Jedenfalls, was seinen Job anbelangt, hat er es schon weit gebracht. Als Chef einer NGO kümmert er sich um die Klimakrise – bis er, völlig überraschend, selbst in eine Überlebenskrise gerät. Auf hoher See sieht seine Welt plötzlich ganz anders aus.

Einmal mehr wagt sich Ruthardt an ein gesellschaftspolitisches Thema – und wundert sich nicht, das nach der Bundestagswahl 2025 ein Kritikpunkt seines Romans maximal aktuell ist: Die NGOs und deren Mitfinanzierung durch eine Bundesregierung.

»Ein Roman, der Narrative entlarvt – und zum Nachdenken zwingt.«

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas

»Kaum ein Autor in der aktuellen deutschsprachigen Literatur traut sich das, was Ruthardt uns mit Leichtigkeit zumutet. Gerade deshalb lesenswert.«

Nickolas Emrich | SPIEGEL-Bestseller-Autor

Untergang der »GREEN«
Roman
von Ralf M. Ruthardt
Taschenbuch | € 18
180 Seiten
ISBN 978-3982705903
AUCH ALS EBOOK & HÖRBUCH

Illustration: Ralf M. Ruthardt via ChatGPT

Hayek denken heißt, Verantwortung leben

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Prof. Dr. Gerd Habermann

Die *Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.* steht für den klassischen Liberalismus und für die Freiheit. Damit ist, so liest man auf der Internetseite der HAYEK-Gesellschaft, eine Gesellschaftsordnung gemeint, die „individuelle Freiheit schützt und der Kraft der Ideen Raum gibt. Sie agiert überparteilich und wendet sich an Meinungsführer in Wissenschaft, Publizistik und Unternehmerschaft. Mit vielfältigen Bildungsangeboten trägt sie die klassisch-liberale Sozialphilosophie im Geiste ihres Namenspatrons insbesondere an die junge Generation weiter." Der allgemeinen Öffentlichkeit, so scheint es Ralf M. Ruthardt, sind die HAYEK-Gesellschaft und die Argumente der sogenannten Österreichischen Schule zu wenig bekannt. Hier das Gespräch mit Prof. Dr. Gerd Habermann, das Ende März 2025 geführt wurde.

Ralf M. Ruthardt | Lieber Herr Prof. Dr. Gerd Habermann, danke für Ihre Zeit. – Wenn man über die HAYEK-Gesellschaft etwas erfahren möchte, dann ist man bei Ihnen als Initiator offensichtlich in besten Händen. Lassen Sie uns bitte zunächst verstehen, was Sie mit der Österreichischen Schule verbindet.

Gerd Habermann | Schon in der Schulzeit wurde ich über Zeitungsartikel auf Hayek und besonders auch Wilhelm Röpke aufmerksam. Während der neomarxistischen Studentenrevolte in den 60ern und 70ern des vergangenen Jahrhunderts gab mir dann die Österreichische Schule von Menger über Böhm-Bawerk, dann Mises und Hayek das geistige Rüstzeug zum Streit mit den aggressiven Studenten. Auch sprach mich der (methodisch) individualistisch-verstehende Ansatz an – gegen die realitätsfernen makroökonomischen Modelle des damals bis heute grassierenden Keynesianismus.

Ralf M. Ruthardt | In der Beschäftigung mit der HAYEK-Gesellschaft hat sich mir der Eindruck aufgedrängt, dass diese sich eher als eine elitäre oder wissenschaftsnahe Einrichtung versteht. Was möchte die HAYEK-Gesellschaft sein?

Gerd Habermann | Wir sind eine Gesellschaft zur Förderung liberaler Wissenschaft und Bildung, namentlich von Jugendbildung. Zwar sind wir für jedermann grundsätzlich offen, wenden uns aber vor allem an Publizisten, Wissenschaftler, Unternehmer und vielversprechende junge Leute. Darüber verbreiten wir unsere Botschaften, über „opinion leaders" also. Wir sind keine Massenbewegung, keine Agitprop-Truppe, natürlich sind wir auch überparteilich. „Elitär" insoweit; meinetwegen.

Ralf M. Ruthardt | In den vergangenen Jahren sind liberale oder liberal-konservative Argumente nicht unbedingt im Zentrum medialer Berichterstattung gestanden und keinesfalls als Leitlinie politischen Handelns in Deutschland wahrnehmbar gewesen. Was bedeutet dies konkret für die HAYEK-Gesellschaft? Wie erlebt man dort das Agieren von Medien und Politik?

Gerd Habermann | Die Hayek-Gesellschaft wurde (1999) ja eben gegründet, weil die Lage so war und ist, wie Sie sie beschreiben. Inzwischen hat sie sich weiter „destruktionistisch" (Mises) zugespitzt. Immerhin gibt es Gegenbewegungen, die in einigen Ländern sogar durchdringen (jüngst Milei in Argentinien). An der ökonomischen und sozialen Freiheit hängt das Überleben unserer Zivilisation. Durch die Verschlechterung unserer Lebensverhältnisse wird dies bald allgemein offenkundig werden, durch „pathologisches Lernen", Lernen durch Leiden eben. Wir zeigen

die ordnungspolitischen Alternativen zum Destruktionismus, besonders Egalitarismus, den „Weg aus der Knechtschaft“.

Ralf M. Ruthardt | Wenn man Rechercheplattformen nutzt, dann wird über die eine und andere Streitigkeit innerhalb der HAYEK-Gesellschaft berichtet. So titelte der SPIEGEL am 31. Januar 2021 „AfD-Streit zerreißt liberale Hayek-Gesellschaft“. Wie sehr wirken die vergangenen Jahre noch nach? Hat man sich neu sortiert? Wie präsentiert sich und wie wirkt die HAYEK-Gesellschaft in 2025?

Gerd Habermann | Ja, man wollte und will uns in die „rechte Ecke“ drängen. Wenn „Rechts“ Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Unternehmertum bedeutet, lassen wir uns das gern gefallen. Parteipolitisch sind wir nicht fixiert. Wir freuen uns über freiheitliche Elemente in allen Parteien. Eine echte Freiheitspartei haben wir in Deutschland derzeit nicht, von libertären Splittergruppen abgesehen.

Ralf M. Ruthardt | Welche zentralen Erkenntnisse oder Leitlinien lassen sich heute aus der Österreichischen Schule für die Politik in Deutschland ableiten? Haben Sie zwei, drei konkrete Beispiele für Hayek’sche Argumente beziehungsweise Impulse?

Gerd Habermann | Vor allem: dass bürokratischer Interventionismus als „Anmaßung von Wissen“ in die Sackgasse, in Armut und sozialen Niedergang führt, ja führen muss. Das wird ja nun immer offenkundiger. Mittelfristig bin ich optimistisch. Kurzfristig wird es steil bergab gehen.

Ralf M. Ruthardt | Die Zeiten sind nunmehr für die Mittelschicht erlebbar wirtschaftlich schwieriger geworden und die geostrategischen Verwerfungen können – trotz des Rückzugs vieler Menschen ins Private – von uns als Gesellschaft kaum mehr ignoriert werden. Erwarten Sie vor diesem Hintergrund, dass die Leute sich vermehrt politisch einbringen? Welche Plattformen bietet die HAYEK-Gesellschaft, auf denen sich Menschen austauschen oder einbringen können?

Gerd Habermann | Es geht vor allem um die „richtigen“, lebensfreundlichen Ideen. Wir verbreiten sie in Seminaren, etwa 40 regionalen Clubs, öffentlichen Veranstaltungen wie den Hayek-Tagen und dem „Forum Freiheit“ und auch über soziale Medien, individuellen Podcasts, über die private „Influencer-“ Arbeit jedes unserer Mitglieder. Wir haben etliche vorzügliche Streiter, die jeder für sich das Wichtige tun, die als Publizisten und Wissenschaftler – jeder ein Thinktank für sich – unsere Ideen verbreiten, und wir haben einflussreiche Verbündete.

Ralf M. Ruthardt | Danke für die Einblicke und Ihnen alles Gute!

Prof. Dr. Gerd Habermann
ist Wirtschaftsphilosoph, Publizist und Honorarprofessor an der Universität Potsdam. Er ist Initiator der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft, deren langjähriger geschäftsführender Vorstand er ist. Seit April 2025 ist er Ehrenvorsitzender. Er ist Träger des Roland-Baader-Preises 2022 und Mitglied der Mont Pelerin Society.

https://hayek.de/

Anzeige

„Immer wieder lesenswert!“

Simon Riese

Kurzgeschichten: Literarische Snacks für Zwischendruch.
Impressionen über die Vielfalt des Menschlichen.
Ironisch. Berührend. Unterhaltsam.
Das **besondere Geschenk** für
Freunde & Geschäftspartner.

Mensch sein - Mensch bleiben
Ralf M. Ruthardt
ISBN 978–3982574950
Taschenbuch | nur € 15

Hayek-Gesellschaft: Wege zur Freiheit?

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Nickolas Emrich

Foto: Ralf M. Ruthardt

Er hat Rechtswissenschaften studiert, war unter anderem als Unternehmer tätig und ist zuletzt als Autor bekannt geworden. Im Sommer 2024 hat er es mit „Gier nach Privilegien“ auf die SPIEGEL-Bestsellerliste geschafft. Nickolas Emrich bringt nun seine vielseitigen Erfahrungen und sein Engagement in die Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e. V. (Berlin) ein. Hierzu hat Ralf M. Ruthardt ein Gespräch mit Nickolas Emrich geführt. Die beiden kennen sich u. a. im Kontext ihrer Autorentätigkeit seit einigen Jahren.

Ralf M. Ruthardt | Die HAYEK-Gesellschaft steht für die Österreichische Schule und damit verbunden für Freiheit und den klassischen Liberalismus. Du bist, lieber Nickolas Emrich, Mitte März 2025 in den Vorstand der HAYEK-Gesellschaft gewählt worden. Gib uns bitte zwei, drei Hinweise, was dich mit der Österreichischen Schule verbindet und welche Bedeutung für uns in Deutschland die Lehren Hayeks haben.

Nickolas Emrich | Beim Schreiben meines Buches wurde mir noch einmal deutlich, wie stark die Ideen der Österreichischen Schule die richtigen Antworten auf die Fragen unserer Zeit liefern. Was mich besonders mit ihr verbindet, ist ihr tiefes Vertrauen in die Fähigkeit des Einzelnen, Verantwortung zu übernehmen und die eigene Lebenssituation zu gestalten.

Die Österreichische Schule erinnert daran, dass Ordnung aus Freiheit wächst, nicht aus Planung. Hayeks Warnung vor der schleichenden Aushöhlung der Freiheit durch gut gemeinte, aber übergriffige Politik ist heute aktueller denn je. Seine Mahnung, dass kein Zentralorgan die Vielfalt, das Wissen und die Lebensrealität der Menschen überblicken kann, ist für unser Land eine zentrale Lehre: Wir brauchen wieder Vertrauen in die spontane Ordnung der Gesellschaft, in die Vielfalt an Lebensentwürfen und in die Kraft, die entsteht, wenn Menschen ihre Angelegenheiten eigenverantwortlich regeln dürfen – nicht, weil der Staat sie allein lässt, sondern weil er ihnen Raum lässt. Hayek, der vor knapp 50 Jahren seine Nobelpreisrede hielt, erklärte es so: „Dass in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen von Tatsachen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst irgendeine Organisation wissen kann, ist der entscheidende Grund, weshalb die Marktwirtschaft mehr leistet als irgendeine andere Wirtschaftsform.“

Ralf M. Ruthardt | Welche Motivation hast du, dich in der HAYEK-Gesellschaft zu engagieren?

Nickolas Emrich | Ich glaube nicht, dass wir uns aus der aktuellen gesellschaftlichen Schieflage herausregulieren können – wir brauchen wieder Vertrauen in Selbstverantwortung und freie Strukturen. Die Hayek-Gesellschaft bietet dafür Raum – nicht für Parteipolitik, sondern für geistige Orientierung. Mich motiviert der Gedanke, dass gute Ideen nur dann Wirkung entfalten, wenn Menschen sie vertreten, verteidigen und lebendig halten.

Die Hayek’sche Idee von Ordnung durch Freiheit ist keine nostalgische Reminiszenz, sondern eine Antwort auf viele Fragen der Gegenwart. Ich sehe die Gesellschaft auch als Ort der Verantwortung: Wenn man überzeugt ist, dass bestimmte Denkansätze dem Land guttun würden, dann sollte man sie nicht nur denken, sondern auch sichtbar machen. Deshalb schreibe ich Bücher und deshalb engagiere ich mich in der Hayek-

Gesellschaft. Um es wieder mit Hayek zu sagen: „Die Freiheit kann nur erhalten werden, wenn sie nicht bloß aus Gründen der erkennbaren Nützlichkeit im Einzelfalle, sondern als Grundprinzip verteidigt wird."

Ralf M. Ruthardt | Die HAYEK-Gesellschaft hat ja durchaus bewegte Jahre hinter sich, in denen es um die Ausrichtung des Vereins ging. Welchen Beitrag möchtest du als Mitglied des Vorstands leisten? Wo siehst du das Potenzial beziehungsweise die Chance, etwas zu bewirken?

Nickolas Emrich | Die Hayek-Gesellschaft hat in der Vergangenheit zweifellos Herausforderungen durchlebt, besonders in Bezug auf ihre Ausrichtung und die Frage, wie sie sich für die Zukunft positionieren möchte. Als Mitglied des Vorstands möchte ich vor allem dazu beitragen, die Gesellschaft zu einer noch schlagkräftigeren Institution zu machen, die sowohl in ihrer wissenschaftlichen Arbeit als auch in ihrer öffentlichen Wahrnehmung an Bedeutung gewinnt. Ich sehe großes Potenzial in der systematischen Nutzung moderner Kommunikationskanäle. Gerade junge Menschen sind zunehmend in digitalen Räumen wie Instagram, LinkedIn und vor allem auf Plattformen wie YouTube aktiv. Die Hayek-Gesellschaft sollte dort stärker vertreten sein, um nicht nur ein breiteres Publikum zu erreichen, sondern auch den Dialog mit der jüngeren Generation zu fördern, den Nachwuchs zu mobilisieren und den Austausch über die Österreichische Schule der Nationalökonomie und die Prinzipien des klassischen Liberalismus auf eine neue Ebene zu heben.

In Bezug auf die inhaltliche Ausrichtung der Hayek-Gesellschaft sehe ich eine Möglichkeit, den Fokus auf die Kernthemen der Österreichischen Schule zu verstärken und gleichzeitig exklusive Formate für Mitglieder zu entwickeln. In diesem Zusammenhang halte ich es für wichtig, dass die Gesellschaft nicht nur als wissenschaftliches Netzwerk, sondern auch als Plattform für den Austausch von Ideen, die den politischen und wirtschaftlichen Diskurs beeinflussen können, wahrgenommen wird. Ich bin überzeugt, dass die Hayek-Gesellschaft noch viel Potenzial hat und würde mich freuen, meinen Beitrag dazu zu leisten, dass wir als moderne, zukunftsorientierte und dynamische Institution noch mehr Wirkung entfalten.

Ralf M. Ruthardt | Welche Veranstaltungen der HAYEK-Gesellschaft erscheinen dir für die Leserschaft als nennenswert?

Nickolas Emrich | Die Hayek-Gesellschaft hat eine Vielzahl von Veranstaltungen, die nicht nur für ihre Mitglieder, sondern auch für die breitere Öffentlichkeit von Bedeutung sind. Besonders hervorzuheben sind natürlich die Hayek-Tage. Ich erinnere mich an die letzten Hayek-Tage, bei denen der argentinische Präsident Javier Milei die Hayek-Medaille verliehen bekam.

Ich hatte das Privileg, seine Rede live zu erleben, und es war eine beeindruckende Erfahrung. Milei, eine umstrittene Persönlichkeit, hat nicht nur als Politiker, sondern auch als Denker und Kenner zahlreicher bedeutender Werke die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich gezogen. Seine Rede war sehr persönlich, mit einer Klarheit und einer humorvollen Leichtigkeit, die ihn als pragmatischen Denker und überzeugten Verfechter der individuellen Freiheit präsentierte. Trotz seines markanten Slogans „Viva la libertad – carajo!" vermittelte er eine tiefe Nachdenklichkeit und Sensibilität.

Was mich besonders beeindruckt hat, war, wie Milei seine eigene politische Entwicklung beschrieb und den Wert von Märkten und freiem Unternehmertum betonte, um Wohlstand und Freiheit zu fördern. Diese Rede

hat mir erneut verdeutlicht, wie relevant und wichtig es ist, dass die Hayek-Gesellschaft solchen Persönlichkeiten eine Plattform bietet, die nicht nur für ökonomische Theorien eintreten, sondern auch praktisch die Prinzipien der Freiheit verteidigen.

In einer Welt, in der Freiheit und individuelle Rechte zunehmend herausgefordert werden, ist es unerlässlich, diese Stimmen zu hören und zu stärken. Natürlich gibt es auch viele andere Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft, die ebenfalls sehr bedeutend sind, wie das Forum Freiheit, das eine hervorragende Gelegenheit für den Austausch und die Diskussion von freiheitlichen Ideen bietet, sowie die Juniorenkreise, die eine wichtige Plattform für den Nachwuchs schaffen. Diese Formate sind entscheidend, um die nächsten Generationen von Liberalen und Libertären zu fördern und den Austausch innerhalb der Szene zu intensivieren.

Nickolas Emrich

verzeichnet beeindruckende Erfolge als Franchisenehmer, renommierter Autor und engagierter Polizist. Studium der Rechtswissenschaften, anschließend Unternehmer u. a. als Franchisenehmer bei immergrün. Anschließend eine Ausbildung bei der Polizei und eine Laufbahn bis zum Ausbilder. Autor von mehreren Büchern, darunter sein aktueller Bestseller „Gier nach Privilegien“ (FBV Verlag).

#HASHTAG

von Markus Coenen

Foto: Nimrod Oren, Israel (Pixabay)

#TeamGehtImmer – Weil echtes Miteinander mehr schafft als Einzelkampf

Wir müssen reden. Miteinander – nicht übereinander. Denn das wahre „Wir" beginnt nicht in der PowerPoint-Präsentation, sondern im echten Gespräch.

Klar: Unterschiedliche Meinungen, Perspektiven, Stile – das nervt manchmal. Aber es ist auch die Grundlage für alles, was Substanz hat.

Zusammen geht mehr. Und es geht besser.

#Miteinander #TeamSpirit #Zuhören #GemeinsamStark #TeamGehtImmer #ZukunftIstGrün #EnergieDerZukunft

#WirSindNichtDummWirSindNurUnterschiedlich – Warum Reibung nicht gleich Streit ist

Miteinander ist leicht gesagt. Aber manchmal fühlt es sich an wie eine Pflichtübung mit vorgeschriebenem Lächeln.

Klar, Konsens ist bequem – aber der bringt uns selten weiter. Viel spannender ist die Frage: **Wie bleiben wir in Verbindung, obwohl wir uns reiben?**

Vielleicht sollten wir aufhören, Harmonie zu erzwingen. Und anfangen, Unterschiedlichkeit auszuhalten.

#Miteinander #KulturDerUnterschiede #Wertschätzung #Kommunikation #WirSindNichtDummWirSindNurUnterschiedlich

#FakeHarmony – Wenn Miteinander zur Fassade wird

„Wir leben Miteinander."
„Wir hören einander zu."
„Wir sind ein Team."

Steht alles im Leitbild. Klingt gut. Nur: Spürt man das auch?

Manchmal ist das größte Hindernis fürs Miteinander genau das: die Illusion, dass es längst da ist. Dabei wird in Wirklichkeit nicht miteinander geredet, sondern taktvoll geschwiegen. Oder hintenrum.

Echtes Miteinander braucht Ehrlichkeit. Nicht PR.

#FakeHarmony #MiteinanderOhneMaske #GegeneinanderImTeamlook #Transparenz #RedetMiteinanderNichtÜbereinander

JETZT abonnieren!

https://edition-pjb.de

NUR 18,90 €
pro Jahr

UNTERSTÜTZEN **SIE** AKTIV DEN PERSPEKTIVWECHSEL

„Ich begrüße es,
wenn verschiedene Sichtweisen und Perspektiven
in EINEM Magazin zu Wort kommen.
Das sollte immer so sein,
ist aber eine Seltenheit.“

Prof. Dr. Florian Becker

Das Jahresabo (online/PDF) erhalten Sie für nur 18,90 €.
Es umfasst mindestens vier Ausgaben pro Jahr.
Es ist Ihr Beitrag, damit sich dieses politisch neutrale und um den Wechsel von Perspektiven bemühte Magazin entwickeln und etablieren kann.

Schön, dass Sie sich mit einem Abo gesellschaftlich engagieren!

PS: Verschenken Sie zusätzlich ein Abo. Zum Beispiel an junge Menschen aus Ihrem persönlichen Umfeld.
Hier geht es zum Geschenkgutschein:
https://edition-pjb.de

JETZT abonnieren!

https://edition-pjb.de

Foto Ralf M. Ruthardt

Fusion statt Frust unterm Kirchturm

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit Bertram Haas

Der demografische Faktor und eine sinkende aktive Beteiligung von Menschen am Geschehen in den großen Kirchen in Deutschland machen Veränderungen notwendig. Es sind Strukturen anzupassen, damit Gemeindeleben stattfinden kann. Bertram Haas von der Evangelischen Landeskirche Württemberg hat viele Veränderungsprozesse in den örtlichen Kirchengemeinden begleitet. Er gibt Einblicke in die Herausforderungen und zeigt die Chancen von Veränderungen auf.

Ralf M. Ruthardt | Es freut mich sehr, lieber Bertram Haas, dass wir uns zu einem für die Kirchengemeinden naheliegenden, aber in der allgemeinen Öffentlichkeit nur punktuell präsenten Thema austauschen dürfen: der Zusammenlegung von Kirchengemeinden und den damit verbundenen Veränderungen.

Bertram Haas | Ja, eine breite Öffentlichkeit hat womöglich wenig mit den strukturellen Herausforderungen kirchlichen Gemeindelebens zu tun. Gleichwohl sind viele unserer haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden in den örtlichen Kirchengemeinden in Württemberg seit einigen Jahren von den vielfältigen Veränderungsprozessen in der württembergischen Landeskirche betroffen und müssen damit umgehen.

Ralf M. Ruthardt | Aus meinem persönlichen Erleben in Kirchengemeinden einer anderen Konfession kenne ich das Gefühl, dass alles weniger wird und zurückgeht. Bei genauer Betrachtung ist es primär ein quantitatives Momentum. Kann man sagen, dass die Antwort auf quantitative Veränderungen die strukturellen Anpassungen ist, um die Qualität der Seelsorge, der Wortverkündigung und des kirchlichen Gemeindelebens als solches aufrechtzuerhalten?

Bertram Haas | Ob „Quantität" oder „Qualität" die geeigneten Begrifflichkeiten sind, lassen wir an dieser Stelle außen vor. Fakt ist, dass wir uns um die Zukunftstauglichkeit kümmern müssen. Konkret bedeutet dies, die Zahl der Gemeindeglieder, die Finanzen (Kirchensteuer), die Zahl der Pfarrstellen und der Ehrenamtlichen und nunmehr auch noch die Gebäude anzuschauen. Auch die kirchlichen Verwaltungen auf Kirchenbezirksebene werden umstrukturiert, was wiederum Auswirkungen auf die Personen in den Verwaltungen der örtlichen Kirchengemeinden hat.

Diesen oft schmerzhaft erlebten Reduktionen will begegnet werden. Es sind zudem formale Antworten darauf zu finden, denn oft stehen Fusionen von Kirchengemeinden auf der Agenda. Solche Fusionen tragen dazu bei, dass für die Haupt- und Ehrenamtlichen vor Ort eine spürbare Entlastung im Bereich der Gremienarbeit und des Haushaltsplanes erreicht wird.

Ralf M. Ruthardt | … was zur Zukunftsfähigkeit beiträgt.

Bertram Haas | Ja, richtig. Zudem führt die Zusammenlegung zweier Kirchengemeinderatsgremien (KGR) zu Synergieeffekten und zu einer Wissenserweiterung – ganz nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stärker". Diese neu gewonnene Stärke bzw. Kraft wird für die anstehenden Veränderungen im Kirchenbezirk und in der Landeskirche dringend benötigt.

Eine Fusion ist im Grunde eine formale Klammer um zwei oder mehr Kirchengemeinden. Selbstverständlich kann da „mehr" daraus werden und eine fruchtbare, ortsübergrei-

fende Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen der Gemeindearbeit entstehen.

Ralf M. Ruthardt | Welche Rolle nehmen Sie dabei ein? Wie lässt sich Ihre beratende Tätigkeit beschreiben?

Bertram Haas | Die Aufgabe der Vernetzten Beratung und auch meine als Fachberater für Rechtsformen ist es, Menschen unterstützend zu befähigen, Veränderungen anzunehmen und möglichst positiv und zukunftsweisend zu gestalten. Ziel sollte sein, dass die so wichtige und nicht ersetzbare Gemeindearbeit vor Ort mit den Gruppen, Kreisen und Chören weiterhin stattfinden kann und Menschen in den Kirchengemeinden Heimat und Zugehörigkeit finden.

Meist sind Rechtsformänderungen eine Folge der gemeinsamen Überlegungen auf Distrikts- oder Kirchenbezirksebene, wie die Reduzierung von Pfarrstellen oder Pfarrstellenanteilen auf struktureller Ebene ansatzweise kompensiert werden können. Dabei konzentrieren sich diese Überlegungen zum größten Teil auf Fusions- oder Verbundbildungen von zwei oder mehr Kirchengemeinden.

Veränderung braucht Vertrauen

In der Beratung wiederum zeigt sich, wie wichtig grundlegende Informationen über die neuen Rechtsformen sind. Vor allem das Halbwissen darüber vor Ort muss angegangen werden. Die Vernetzte Beratung wird da gerne in Anspruch genommen, um das Wissen zu aktualisieren und konkrete Einzelfragen zu besprechen. Die Anzahl und die Verteilung der Mitglieder des neuen KGR spielen eine wichtige Rolle. Fast immer können nach einigen Diskussionen gute und passende Lösungen gefunden werden.

Ralf M. Ruthardt | Was treffen Sie zu Beginn des Beratungsprozesses an? Ich könnte mir vorstellen, dass die betroffenen Menschen zunächst auf den eigenen Kirchturm schauen. Das erscheint mir auch naheliegend, da es sich ja in der Regel um seit vielen Jahrzehnten funktionierende Kirchengemeinden handelt – und die von mir als quantitativ bezeichnete Veränderung erst seit rund einer Generation eine spürbare Auswirkung mit sich bringt.

Bertram Haas | Zu Beginn der Prozesse wird oft eher ein „kirchturmbezogenes" Denken vorgefunden. Im Laufe der Beratung wird daraus zunehmend „kirchturmübergreifendes" Denken und Handeln vor Ort erlebt. Vertrauen spielt da sicherlich eine große Rolle. Selbstverständlich stehen immer gewisse Grundsorgen im Raum: Die größere Kirchengemeinde könnte den kleineren Partner erdrücken. Oder: Wir werden als kleinerer Partner einfach überstimmt.

Diese Sorgen lösen sich mit zunehmender Beratungs- und Fusionszeit erfreulicherweise meistens auf. Ortsbezogene Identität und raumbezogene Identität (z. B. Distrikt) müssen sich also nicht ausschließen, sondern können sich fruchtbar ergänzen. Bis zu einem gewissen Grad können Widerstände auch als Kraftquelle und Ressource gesehen werden.

Ralf M. Ruthardt | Bei der Gestaltung von Veränderungen braucht es die Einsicht in die Notwendigkeit, und es braucht Menschen, die maßgeblich und positiv verstärkend die Gestaltung vorantreiben. Dies trifft quasi auf Projekte in vielen Lebensbereichen zu – auch in Unternehmen.

Bertram Haas | Für die hier besprochenen Veränderungen werden ebenfalls Schlüs-

selpersonen benötigt. Diese sind neben den Pfarrpersonen oft die gewählten Vorsitzenden und ehrenamtlichen Kirchengemeinderäte. Beides sind Motoren und Erfolgsfaktoren für eine gelingende Strukturänderung.

Positive Erfahrungen wie auch „Zerrbilder" von Fusionen treten öfter im Beratungsprozess auf. Da gibt es auch negative Beispiele von Kommunen, Genossenschaften und Vereinen. Diese müssen aber nicht hinderlich sein. Tatsache und Erfahrungswert ist: In der Kirche geht es meistens anders. Auch „merger of unequals" können gelingen.

Das Motto und Leitbild eines neuen, gemeinsamen Kirchengemeinderats mit Beginn einer Fusion kann dann z. B. lauten: „Alle denken, planen, entscheiden alles gemeinsam". Eine wahrhaft große Aufgabe, die mit zunehmender Zeit durch entstehendes Vertrauen leichter wird.

Die Bedenken der Gemeindeglieder betreffen oft eher solche Fragen: „Ist die Pfarrperson noch erreichbar?" und „Finden die Gottesdienste noch statt?". Hier wird zwar immer wieder auf die unterschiedlichen Ebenen, das sind die kirchengemeindliche Ebene (Körperschaft) und die pfarramtliche Ebene (landeskirchliche Dienststelle), hingewiesen, gleichwohl werden die Bedenken ernst genommen. Der Kirchengemeinderat ist das Leitungs- und Entscheidungsorgan, die Gemeindeglieder werden dann in Form einer Gemeindeversammlung angehört. Auf ihre Fragen wird eingegangen, sie können aber keine Beschlüsse fassen.

Ralf M. Ruthardt | Können Sie uns noch einige weitere Impressionen geben, die uns das Geschehen auf dem Weg zur Fusion aufzeigen?

Bertram Haas | Es wird von den Beteiligten viel Vertrauen in die Qualität der Fach- und Prozessberatung gesetzt und erlebt. Die hilfreiche Fachinformation und die sensible Begleitung werden als wohltuend empfunden. Wenn die im Veränderungsprozess involvierten Menschen wahrnehmen, dass die Prozessberatenden bei ihrer Beratung ergebnisoffen sind und kein Druck „zu müssen" besteht, kann dies eine besondere Wirksamkeit entfalten.

Das Anschauen alter und auch „versäumter" Themen in der Kirchengemeinde wird oft durch den Beratungsprozess gefördert und kann somit auch eine Hilfe zum „Anschauen und Bearbeiten" oder auch „Loslassen oder Verändern" sein.

Eine neue Rechtsform und Struktur dient – wie gesagt – vor allem der Verwaltungsvereinfachung für die Pfarrpersonen und für die KGR-Gremien. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Eines der Ziele soll weniger Gremienarbeit durch schlankere Strukturen und effektiveres Arbeiten sein. Die Gemeindeglieder bekommen in der Regel wenig von diesen Umstrukturierungen mit.

Besonders wichtig sind neben den formalen Themen natürlich die Haltungen der Beteiligten. In Beratungen ist immer wieder sehr stark die Haltung der Offenheit wie aber auch der Nichtoffenheit gegenüber Veränderungen zu finden. Auf diese Haltung möchte ich gerne etwas eingehen. Die Wortherkunft von Haltung bedeutet: halten und bewahren. Bei der Wortschöpfung wurde natürlich nicht an eine beraterische Skalierung von eins bis zehn und die dazwischen liegenden Grauzonen gedacht. „Bewahren, Traditionen halten, wenig Neues, auch kirchturmbezogenes Denken" verbunden mit einer großen Sorge vor dem Neuen. Diese sorgenvolle Haltung ist oft am Anfang einer Beratung vorzufinden, aber manchmal auch schon eine offenere Haltung, also eine zarte halboffene Pflanze, wie jetzt Krokusse im Frühjahr.

Mit zunehmender Beratungsdauer verändert sich langsam die Haltung Richtung mehr Offenheit bei den beteiligten Personen. Sonst könnte ja auch kein Zusammenschluss erfolgen. Es ist aber oft ein „Hin und Her Mäandern" zwischen „Verändern und Bewahren": zwei Schritte vor, einer zurück.

Neulich erlebt: „Wir möchten ja fusionieren, aber: Was ist mit den Finanzen? Die anderen bringen ja viel weniger Geld in die künftige gemeinsame Kasse mit ein." Wieder dieses Vor und Zurück als Normalität in Beratungen.

Ich frage mich: Wie könnte eine offenere Haltung bei den Entscheidungspersonen gefördert werden? Eine Idee wäre, veränderungsfreudige Typen (Beschleuniger) in die örtlichen Leitungsgremien zu berufen. Also Fachleute der anderen Art dazu zu wählen.

Veränderungsfreudige Typen sind aber auch die Beratungspersonen. So erlebe ich uns – und mich – jedenfalls oft im Beratungstandem unterwegs.

Unsere Beraterhaltung im Bereich „Kommunikation/Interaktion/Wertschätzung/Sensibilität für das Tempo" sowie die eigene innere Veränderungsbereitschaft können wie ein Spiegel wirken und somit zum Veränderungsanstoß und zur Starthilfe für das Klientensystem werden. Wenn möglich, sollte dies synchron erfolgen und auch passend zur Aufnahmebereitschaft und Verarbeitungstiefe des Klientensystems.

Die Vernetzte Beratung unterstützt auch im Bereich der Kommunikation, der Konsensbildung in der Gremienarbeit, welche sich zwischen maximalem Konsens und sogenannten „Brexit"-Abstimmungen bewegt. Sie versucht, die Art und Weise der Entscheidungsfindungen in den Gremien voranzubringen, sowie auch das Besprechen der Themen Macht, Konflikte, Widerstand und Mikropolitik in Organisationen. Dazu gehören selbstverständlich die verschiedenen beraterischen Kompetenzen: Fach-, Sozial-, Methoden-, Interaktions-, Prozess-, Selbst- und Systemkompetenz.

Ralf M. Ruthardt | Welcher Moment im Beratungsprozess ist für Sie der, an welchem man das Gelingen vor Augen hat?

Bertram Haas | Ich bezeichne ihn als den Kipppunkt im Beratungsprozess, an welchem nach in der Regel anfänglichen Widerständen und Blockaden die Einsicht in die Notwendigkeit der organisationalen Veränderung erfolgt. Das ist oft verbunden mit dem Erkennen der positiven Seiten, also dem Mehrwert der Veränderungen. Dann sehe ich, dass „die Murmel über den Berg ist". (lacht)

Ralf M. Ruthardt | (lacht) „Und jedem Anfang" einer Organisationsveränderung „kann auch ein Zauber innewohnen", um Hermann Hesse zu bemühen und ein weiteres Bild hinzuzufügen.

Bertram Haas | … und um Jeremia zu bemühen, kann man sagen: Wir suchen der Stadt bzw. Region Bestes.

Bertram Haas
ist seit 2017 Fachberater von Rechtsformen bei der Vernetzten Beratung in der Evangelischen Landeskirche Württemberg. In dieser Zeit hat er rund 95 Fusionsprozesse und circa 280 Kirchengemeinden begleitet.

Anzeige

„… ein rührender Roman über die schwierige Erfahrung,
einen geliebten Menschen mit Demenz zu begleiten.
Max besucht seinen Freund Moritz,
der nach einem Schlaganfall kaum noch sprechen kann.

Trotz der Stille versucht Max,
ihm mit eigenen Geschichten Nähe zu schenken.
Das Buch zeigt,
wie wichtig Worte und menschliche Verbindung sind,
auch wenn Erinnerungen verblassen.
Eine berührende Geschichte, die zum Nachdenken anregt.
Sehr lesenswert!“

Rezension von Britta Gielow

Samstags bringe ich dir Worte
Roman von Ralf M. Ruthardt
ISBN 978–3982574936
Taschenbuch | nur € 11,90

auch als eBook & Hörbuch

Mogelpackungen im **Gesundheitswesen**

von Andrea Würtz

Die Pflegeexpertin Andrea Würtz bringt das ans Licht der Öffentlichkeit, was womöglich manche Leute lieber im Verborgenen halten möchten. So hat sie 2020 den Skandal um die Seniorenresidenz Schliersee öffentlich gemacht. Außerdem begleitete Andrea Würtz als Pflegeexpertin zwei Team-Wallraff-Reportagen zu Pflegemissständen in der Altenpflege und veröffentlichte im April 2024 gemeinsam mit Bastian Klamke ihr Buch „Altenpflege – Kämpfen statt Kündigen: Wie Pflegekräfte ihren Berufsalltag nachhaltig verbessern können" (Schlütersche, 2024).

Bis heute setzt sie sich im Dialog mit KollegInnen, Medien, Gesellschaft und Politik für eine nachhaltige Veränderung im Bereich der (Alten-)Pflege ein.

Oh – das ist aber eine provokante Überschrift, das mögen Sie, liebe LeserInnen vielleicht denken. Ich finde, diese braucht es tatsächlich, um ein schwieriges Thema nicht nur auf die Fachebene – sondern eben auf genau jene alltagstaugliche und gesellschaftlich relevante Priorisierungsliste zu bringen.

Also dann – nein, die Komplexität der Problematik passt nicht in diesen Artikel, aber wenn Sie am Ende einige Denkanstöße mitnehmen können, bin ich zufrieden. Wenn Sie sich einen gewissen Grad so dringend benötigten Aktionismus vorstellen können, dann bin ich umso glücklicher. Sie kennen sicher Aufregungswellen in Ihrem Alltag. Erboste KundInnen melden sich zunächst über Social Media, vielleicht in den lokalen Zeitungen, später über den Verbraucherschutz.

Die Chips-Packungen, das Toilettenpapier, Nüsse, Kaffee, Schokolade und vieles mehr. Neue schicke Verpackung, vielleicht sogar nicht gerade „klimaneutral", weniger Inhalt, höhere Preise. Eine „echte" Mogelpackung eben. Schon nimmt die Empörung ihren Lauf, Hersteller rechtfertigen oder entschuldigen sich, nehmen Anpassungen vor – auf jeden Fall ist das Thema präsent.

Der „Kunde" in der freien Marktwirtschaft kann auf einige Kontrollmechanismen setzen, diese funktionieren intern und extern, auch nicht immer mit ganz zufriedenstellenden Ergebnissen, aber – sicher sehr umfangreich, weswegen die Chips-Mogelpackung am Ende in jedem Supermarkt in Deutschland gleich aussehen wird – und nur im harten Preiskampf vielleicht das ein oder andere Sonderangebot bestreiten wird.

Und wie mächtig Schlagzeilen über Mängel in der Lebensmittelindustrie sein können, nun – das könnte man ganz sicher als sehr nachhaltig ansehen. Denken Sie an einen gewissen Fast-Food-Riesen oder eine namhafte Bäckereikette, die nach Insekten- und Ekelalarmen schwere wirtschaftliche Folgen bis hin zu Insolvenzen erfahren musste.

Erhebliche Konsequenzen – bitte merken – das wird für den nun folgenden Übergang wichtig: Es sind schwierige Zeiten, vor denen wir innen- und außenpolitisch stehen, viele von Ihnen überlegen genau, welche Polit-Talkshow oder ggf. welche Zeitungen Sie lesen, welche Nachrichten Sie wie verfolgen. Schlagzeilen und Empörungen aller Art – positiv denken, ja – das fällt oft nicht leicht, so geht es mir jedenfalls.

Daher ist die nachfolgende Frage keine „leichte Kost":

Wann haben Sie eigentlich das letzte Mal darüber nachgedacht, dass Ihre Gesund-

heit das wichtigste und höchste Gut ist, das Sie haben? Und – ist Ihnen bewusst, wie viele „Mogelpackungen“ unser Gesundheitswesen, welches eines der teuersten der Welt, aber faktisch eines mit dem schlechtesten Äquivalenzfaktor ist?

Da wünsche ich mir bis heute einen viel klareren und gesamtgesellschaftlich nachhaltigen Aufschrei, der die hohe politische und juristische Entscheidungsebene zum Handeln zwingt, aber – der Reihe nach:

Wie viel Bedeutung schenken Sie Ihrer Gesundheit? Welche Erfahrungen tragen Sie mit sich, was Ihre hausärztliche oder gar fachärztliche Versorgung anbelangt? Bei Ihnen, Ihrer Familie oder innerhalb Ihres Freundes-, Bekannten- oder Kollegenkreises? Und – für mich untrennbar – welche Akteure aus dem Gesundheitswesen beeinflussen Ihre Gesundheit mittel- oder unmittelbar? Denken Sie beispielsweise an Physiotherapie, Ergotherapie, Massagen, Psychotherapie, professionelle Zahnreinigung, Mammographien, Prostata-Check-up oder gar Darmspiegelungen?

Vielleicht nutzen Sie die sogenannten „Health-Apps“, diverse Anbieter, die Ihnen Gewichtsreduktion versprechen, vielleicht eine „Food-Watch“ oder Ähnliches?

Ah – da wäre ja noch etwas – wer von Ihnen hat sie schon benötigt oder erlebt es in der Familie – den großen Bereich der „Pflege“ – und was bedeutet das eigentlich genau? Es herrscht schließlich „Pflegenotstand“ und die stets vergessene und zahlenmäßig sehr große Gruppe der pflegenden Angehörigen gibt es ja auch noch. Immer mal wieder tauchen die Worte demografischer Wandel oder drohende Pleiten der Pflegekassen auf, dazwischen abwechselnd höchste Anerkennung für die gebeutelte und dauerüberlastete Pflege, das Klatschen auf dem Balkon – oder eben unschöne Skandale in Einrichtungen der Langzeitpflege.

Meine logische Zwischenfrage an Sie, liebe LeserInnen kommt nun: Hochmoderne (Zweiklassen-)Medizin, dramatische Lücken in der Akut- und Langzeitversorgung quer durch alle Alters- und Versorgungsstufen mit teilweise strafrechtlich relevanten Qualitätsmängeln, die einen furchtbaren Schaden der Menschen mit Hilfebedarf als Konsequenz mit sich bringen. Vollmundige Versprechen in der Langzeitversorgung, Hochglanzprospekte und die Mär der Erfüllung gesetzlich verpflichtender sozialer Teilhabe für SeniorInnen unabhängig des Hilfebedarfes.

Sind das auch Mogelpackungen, die wir da schulterzuckend und anhaltend billigend in Kauf nehmen?

Zeit, ein paar Missverständnisse im Gesundheitswesen auszuräumen. Allem voran – „Die Pflege“ gibt es nicht. Darauf lege ich – gemeinsam mit vielen meiner KollegInnen – sehr viel Wert. Seit Dekaden – aber nicht unbedingt erst seit der Erfindung der Pflegeversicherung – vermischen wir Laienpflege und Berufs(fach)pflege auf großer Bühne. „Irgendwie“ kann das doch jeder, oder? Wenn PolitikerInnen immer neue Ideen aufbringen, wer alles in „der Pflege“ arbeiten kann, wird das besonders deutlich, unlängst zum Beispiel nach einer Aussage eines Politikers, alle MitarbeiterInnen, die in diversen Autowerken in der Produktion von Verbrennermotoren mitarbeiten würden – die könnten doch nach dem gewünschten „Verbrenneraus“ ganz prima in unseren Seniorenheimen arbeiten.

Unser Land – und damit insbesondere wir als Gesellschaft – haben den (Mehr-)Wert von Gesundheit und Krankheit (übrigens durchaus auch aus wirtschaftlichem Blickwinkel) leider nicht verstanden – und schon gar nicht die so wichtige interprofessionelle

Kommunikation und „Verzahnung“ oder gar den Wert von Prävention oder Salutogenese, den wir unter gar keinen Umständen nur mit dem ärzte- oder pflegelastigen Schwerpunkt betrachten dürften.

Das betrifft auch die allgegenwärtige große Frage, wer in unserem Land welche Aufgabenverteilung in dem Erhalt oder der Wiederherstellung von Gesundheit und der Handhabung von Krankheiten und/oder die damit verbundenen Einschränkungen aller Art hat? Und welche Priorität hat die Finanzierung in Bezug auf die Milliardengeschenke der neuen Bundesregierung?

Wer muss eigentlich „vorsorgen“, warum braucht es in unserem Land 94 verschiedene gesetzliche Krankenkassen und die stark vereinfachte, aber hartnäckige Meinung der vorherrschenden „Zweiklassen-Medizin“?

Und – Achtung, Ironie – die Pflegeversicherung sorgt allumfassend zugegeben etwas „knirschend“ mit dem „Rundum-sorglos-Paket“ für Ihr (modernes) Altern mit Pflegebedarf, richtig? Ist das noch so schlüssig, wie Herr Blüm uns mit dem geschichtsträchtigen Satz: „Die Renten sind sicher“ damals so viel Erleichterung vermittelte?

Sie merken selbst – es ist kompliziert.

Unstrittig ist, unser Gesundheitswesen krankt – und das schon sehr lange. Echte und wirklich bahnbrechende Reformen in unserem Land gibt es seit Dekaden nicht. Das Erstaunliche daran ist immer – es ist uns „irgendwie“ allen auf sehr schmerzliche Art und Weise bewusst, jeder weiß dazu eine Geschichte zu erzählen.

Natürlich nicht erst seit gestern, was aber machen wir mit diesen Erkenntnissen? Warum schreibe ich das? Weil ich es seit über 35 Jahren selbst erlebe und in der durchaus vorteilhaften Lage bin, die fachliche Sicht und die schon in frühesten Jahren schmerzlich erlebte Not als pflegende Angehörige zu verbinden.

Die Reihenfolge ist dabei durchaus entscheidend. Meine privaten Erfahrungen in der dreizehn Jahre andauernden und letztlich tödlich endenden onkologischen Erkrankung meiner Mutter haben mich später zu einer sehr empathischen Pflegefachfrau, Stations- und später Pflegedienstleitung gemacht. Hat mich die private Erfahrung geprägt – und habe ich mich bewusst für den Pflegefachberuf entschieden – ja, das habe ich – schon damals mit einem klaren Wunsch nach Veränderung.

Seit Jahrzehnten sehe ich, wie es nicht gelingt, die Berufe aus dem Gesundheitswesen zu einen, zu verstehen, dass eine interprofessionelle Versorgung – verzahnend und vernetzt – das Beste für den Menschen ist, der Hilfe aus unserem leider sehr dysfunktionalen Gesundheitssystem benötigt. Dabei spielt es keine Rolle, wie alt die Person ist oder welcher Versorgungsbedarf im Vordergrund steht. Daher muss auch das „Altern“ mit und ohne Versorgungsbedarf in unserer Gesellschaft vollständig neu definiert werden.

Rund um den Wahlkampf haben sich die Parteien gegenseitig Polemik und zu langes Verweilen in Paralleluniversen vorgeworfen. Das empfinde ich mit dem Wissen unzähliger Mogelpackungen im Gesundheitswesen schon lange. Interessenvertretungen sorgen dafür, dass auf Entscheidungsebene die teilweise sehr bitteren Realitäten anhaltend nicht anzukommen scheinen, weswegen ich nicht müde werde, an die Stärke unserer Gesellschaft zu glauben, dies noch ändern zu können. . Und das müssen wir! Dringend!

Da wäre für alle wirtschaftlich orientierten LeserInnen die Frage, ob man mit Gesund-

heit und/oder Krankheit bzw. unzureichender Versorgung Profit erwirtschaften darf – und sollte das im Sinn eines unlauteren Wettbewerbes unverhältnismäßig passieren – wer prüft das? Und noch wichtiger: Wer sanktioniert das effektiv und nachhaltig? Dabei dürfen wir keinesfalls vergessen, dass der „Medizin- und Pflegemarkt" nicht unbedingt erst seit der Einführung der Pflegeversicherung boomt.

Über diese Frage lässt sich leidenschaftlich streiten. Ich bin der Meinung, dass wir unmöglich in Kürze alles verstaatlichen dürfen, sollten oder müssten. Allerdings brauchen wir handlungsfähige und durchsetzungsstarke Kontrollinstanzen, die das leisten, was in anderen Bereichen durchaus besser funktioniert. Und das – so unbequem diese Wahrheit auch sein mag – gelingt in anderen Ländern deutlich besser als in Deutschland.

Sie haben vielleicht den ein oder anderen Berührungspunkt mit exorbitant steigenden Eigenanteilen in der ambulanten oder vollstationären Langzeitpflege in Ihrem Umfeld. Da frage ich mich schon lange, wo hier der gesamtgesellschaftliche Widerstand ist – wo doch unbequem und genau hier die „Mogelpackungen" hochdramatisch sind!

Viele Kontrollinstanzen zeigen in unserem Alltag durchaus Zähne. Wenn der TÜV Ihr Fahrzeug untersucht und gravierende Mängel feststellt, die Sie als FahrerIn und den Straßenverkehr gefährden, müssen Sie mit einer klaren Frist diese Mängel beseitigen. Das gilt übrigens in ganz Deutschland.

Und wenn Sie Ihre TÜV-Plakette zu lange nicht erneuert haben und die Polizei hält Sie an – dann bleibt Ihr Auto im Ernstfall stehen. Haben Sie im Straßenverkehr mal sehr große Verkehrsdelikte begangen oder sind gar ein hartnäckiger Wiederholungstäter, könnte der Führerschein auch temporär oder sogar ganz entzogen werden. Auch diese Regeln sind klar – und gelten bundeseinheitlich.

Da haben wir im großen Sumpf des Gesundheitswesens großen Nachbesserungsbedarf. Ähnlich wie im Bildungsbereich ist uns der Föderalismus im Weg, und es ist – etwas vereinfacht dargestellt – Glückssache, in welchem Bundesland und ob ländlich oder urban Sie Hilfe aus unserem hochdysfunktionalen Gesundheitssystem benötigen.

Und da wären wir wieder bei einer sehr unsozialen „Mogelpackung", die mit Blick auf einige Gesetze und „Regeln", wie zum Beispiel Art. 1 Grundgesetz, so nicht zulässig ist.

Meine Meinung und klare Belege zur Effektivität der Kontrollinstanzen in so erheblich relevanten Bereichen, in denen es um die Versorgung von Menschen geht, können Sie in unserem Buch „Altenpflege – Kämpfen statt Kündigen" nachlesen. Die Zeichnungen meines Kollegen Bastian Klamke werden so manche harten Fakten sehr anschaulich machen – und damit für alle nachvollziehbar. Wir wissen, wie wichtig das ist!

Warum? Ganz einfach, weil es uns alle und eben nicht nur die FachkollegInnen aus dem Gesundheitssumpf mit Blick auf unsere alternde Bevölkerung ausnahmslos alle angeht. Auch über unsere Landesgrenzen hinweg, denn das „Problem" haben wir weltweit. Da bekommen die seit der Pandemie so häufig eingesetzten Wörter „vulnerable Gruppen" oder „Systemrelevanz" gleich viel mehr Tinte auf den Füller.

Vielleicht können Sie mir die Frage beantworten, wann wir aufgehört haben, die erheblichen Dissonanzen in der Akut- und Langzeitversorgung von Menschen aller Altersklassen so intransparent, föderalismusbedingt regional unterschiedlich und viel zu

häufig unkontrolliert wie unsanktioniert weiterlaufen zu lassen.

Und da habe ich noch gar nicht mit Ihnen das Äquivalenzprinzip intensiver beleuchtet, also die Frage: Was bekommen Sie denn für die exorbitant steigenden Zuzahlungen in der ambulanten, teilstationären oder vollstationären Langzeitpflege?

Und aus Unternehmersicht – würden Sie das in anderen Bereichen so laufen lassen können? Ungebremst und quasi „konkurrenzlos“? Wie positionieren sich denn Interessenvertretungen und Verbände diesbezüglich im Gesundheitswesen? Was tun sie für diejenigen, um die es im Gesundheitswesen eigentlich geht?

Dahinter steckt eine hohe Dramatik und jede Menge Zündstoff, deren Relevanz im Gestern, Heute und Morgen „ganz oben“ bis jetzt nicht angekommen ist.

Das erlebe ich nicht erst seit dem Veröffentlichen unseres Buches. Gestern öffnete ich eine Tüte Chips, schaute gleich, ob auch wirklich das drin ist, was beworben war und auf der Packung stand. Beim Probieren gingen mir die Beatles durch den Kopf: „Will you still need me, will you still feed me, when I’m sixty-four“.

Diesen Ohrwurm pfeifend, ist mein Tipp an Sie abschließend „eigentlich“ ganz leicht:

Schon meinen Kollegen empfehle ich nachhaltig, „hin- und nicht wegzuschauen“ – laut zu werden, wo es gilt, dem schulterzuckend resignierten „Ist halt so“ entgegenzutreten, mit genau so viel Engagement wie sonst in den gesellschaftlich auftretenden Mogelpackungen anderer Wirtschaftsbereiche. Ich bin überzeugt davon, dass wir das in unserer Gesellschaft einander wert sein sollten.

Andrea Würtz

Jahrgang 1977, ist examinierte Kinderkrankenschwester, Study Nurse sowie Stations- und Pflegedienstleitung. Ihre frühen privaten Erfahrungen als pflegende Angehörige ihrer Mutter prägten sie lange vor ihrer Ausbildung.
Sie hat unter anderem langjährige Erfahrungen in den unterschiedlichsten Bereichen der Erwachsenen-, Alten- und Kinderkrankenpflege in der ambulanten, teil- und vollstationären Pflege, OP/Anästhesie, ambulanten und stationären Intensivpflege und Palliativpflege. Zudem war sie Hygienebeauftragte und Pflegedienstleitung einer Tagespflege.

Link zum Buch:
https://amzn.eu/d/0Lk0teh

Lernfreiheit.
Konturen einer krassen Fehlinterpretation

von Prof. a. D. Dr. Heike Egner und
Prof. Dr. Anke Uhlenwinkel

Was bedeutet eigentlich „Lernfreiheit“ – und wer darf sich auf sie berufen? Zwei Professorinnen decken auf, wie ein missverstandener Begriff zum Machtinstrument wurde. Ein scharfsinniger Essay über Fehlentwicklungen an Hochschulen und den Preis intellektueller Bequemlichkeit.

„Lernfreiheit“ dürfte den Wenigsten ein Begriff sein. Uns zumindest war er bislang unbekannt und das, obwohl wir beide als Professorinnen in der universitären Lehre doch unmittelbar damit zu tun gehabt haben sollten. Die Lernfreiheit lernten wir erst kürzlich in einem absurd erscheinenden Kontext kennen: 2022 erhielt ein Hochschullehrer nach einem Personalgespräch eine Ermahnung, in der ihm weitere arbeitsrechtliche Konsequenzen für den Fall angedroht wurden, dass er der von den Studenten vorgebrachten Erwartung nicht entspräche, ihre Lernfreiheit gemäß Art. 5 Abs. 3 GG zu respektieren. Der Text im deutschen Grundgesetz, auf den hier hingewiesen wird, lautet: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Hier geht es also um Wissenschaftsfreiheit, von Lernfreiheit ist nicht die Rede. Der ermahnte Professor wurde in der Folge von der Hochschule entlassen. Für uns Grund genug, der „Lernfreiheit“ auf den Grund zu gehen und zu fragen, was damit gemeint sein soll. Was bedeutet Lernfreiheit und auf welchem Wege wurde sie zu einem vermeintlich verfassungsrechtlich garantierten Anspruch? Um dann auch noch als Grundlage für die Entlassung eines Professors zu dienen, dessen Arbeit doch gerade durch die Wissenschaftsfreiheit geschützt wird? Eine Spurensuche.

Was heißt Lernfreiheit?

Das Wort setzt sich aus zwei Begriffen zusammen – Lernen und Freiheit –, die unmittelbar an aufgeweckte, neugierige, motivierte und interessierte Schüler oder Studenten denken lassen. Wer heutige Schule und Universität kennt, ahnt, dass die dortige Situation eher selten mit dieser Art Lernfreiheit zu beschreiben ist. Weder vonseiten der Institutionen noch vonseiten der Schüler oder Studenten.

Der Blick in die Geschichte lehrt, dass die Lernfreiheit in unterschiedlichen Kontexten diskutiert wurde, was jeweils Einfluss auf die Bedeutung des Begriffs nahm. In einer sehr unmittelbaren Interpretation kann man Lernfreiheit verstehen „als ein Recht, kraft dessen die Studenten bestimmen, was ihnen zu lehren ist“ (Quelle: Zacher, Hans F. (1970): Lernfreiheit contra Lehrfreiheit? Mitteilungen des Hochschulverbandes, 106–113).

Dies entspricht auch in etwa der Auslegung der oben genannten Hochschule, die dabei offenbar vergaß (oder vielleicht sogar vergessen wollte), dass eine solche Lernfreiheit zwangsläufig in Konflikt mit der Freiheit von Forschung und Lehre gerät. Jenem Grundrecht also, dessen Materialisierung durch die Hochschulen selbst genau dadurch garantiert werden muss, indem sie den Hort bilden, an dem Art. 5 Abs. 3 GG umgesetzt wird. Aus einem Beitrag von Hans Zacher in den Mitteilungen des Hochschulverbandes erfahren wir, dass diese Konfliktlage bereits 1970 kontrovers diskutiert wurde. Er macht deutlich, dass es die *Lehrfreiheit* sei, die als ein Grundrecht im Grundgesetz verankert ist, während die *Lernfreiheit* ein überkommenes Prinzip des deutschen Hochschulrechts darstelle. Seit dieser Zeit wurden viele Versuche unternommen, den Begriff der Lernfreiheit gesetzeskonform auszulegen. In den seitdem verstrichenen gut fünfzig Jahren ohne zufriedenstellendes Ergebnis. Es folgt ein kurzer Überblick über die Diskussion.

Lernfreiheit als Ausdruck der freien Berufs- und Ausbildungswahl

Noch zu Beginn der 1970er-Jahre wurde die Lernfreiheit nicht aus der Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) hergeleitet, sondern aus der Freiheit der Berufs- und Ausbildungswahl (Art. 12 Abs. 1 Satz 1): „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen." Die Lernfreiheit eines Studenten wurde auf dieser Grundlage darin gesehen, dass er, wenn er sich für ein Studium entschieden hatte, frei wählen durfte, welche Veranstaltungen er besucht. Diese Freiheit bezog auch Veranstaltungen ein, die nicht unmittelbar sein Studienfach betrafen. So sollte beispielsweise ein BWLer auch Vorlesungen der Slawistik besuchen dürfen. Lernfreiheit bedeutet somit die Freiheit, sich individuell in der gewünschten Breite bilden zu dürfen.

Lernfreiheit aus der Wissenschaftsfreiheit abgeleitet

Art. 5 Abs. 3 GG ist ein Jedermannsrecht: Jeder, der Wissenschaft betreibt, kann für sich die Freiheit von Wissenschaft und Forschung in Anspruch nehmen. Insofern gilt diese Freiheit selbstredend auch für Studenten. Das Bundesverfassungsgericht stellt in einem Urteil von 1980 fest: „Der Student ist jedenfalls kein Schüler und nicht bloßes Objekt der Wissenschaftsvermittlung, sondern er soll ein selbständig mitarbeitendes, an der wissenschaftlichen Erörterung beteiligtes Mitglied der Hochschule sein; das Studium an der Universität ist auf aktive Teilnahme am Wissenschaftsprozeß hin angelegt". Insoweit also, wie der Student Wissenschaft betreibt, kann er auch die Wissenschaftsfreiheit für sich beanspruchen. Dieses Verständnis verweist auf die Tradition der Universität im Sinne des Bildungsideals von Wilhelm von Humboldt: Lehren und Lernen, Lehrender und Lernender stehen in einer wechselseitigen Abhängigkeit (Quelle: Schelsky, Helmut (1963): Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt). Lernfreiheit bedeutet hier insbesondere, dass Studenten das Recht darauf haben, sich an Lehrveranstaltungen aktiv, das heißt: mit ihrer eigenen Meinung zu beteiligen und diese diskursiv zu verteidigen. In diesem Sinne geht die Lernfreiheit „als die Freiheit der Studierenden wie der Lehrenden zur gemeinsamen Erkenntnissuche und Beteiligung an der Wissenschaft als immer unabgeschlossenem Prozess der Lehrfreiheit voran" (Quelle: Huber, Ludwig (2016): Lernfreiheit, Lehrfreiheit und Anwesenheitspflicht. Die Hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung, 81–93).

Wissenschaft braucht Zumutung, nicht Komfort

Lernfreiheit bei Anwesenheitspflicht

Seit Beginn der 2000er-Jahre wird Lernfreiheit in einem anderen Kontext diskutiert: Mit der Reform der Hochschulen gingen viele Universitäten dazu über, eine Anwesenheitspflicht für ihre Lehrveranstaltungen zu fordern. Das heißt im Umkehrschluss: Der Student darf jeweils nur eine bestimmte Anzahl von Sitzungen fehlen. Hiergegen erhob sich Protest. Das Argument: Es müsse dem Studenten freigestellt sein, ob er einen bestimmten Inhalt mit Hilfe einer Vorlesung oder alternativ mit Hilfe eines Buches oder eines Internetangebots lernen wolle. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand somit nicht das Was, sondern das Wie des Lernens. Die Frage nach dem Wie kann durchaus relevant sein. Insbesondere leistungsstarke Studenten können von einem Mehr an Selbstbestimmung profitieren, wollen es oft aber gar nicht annehmen, weil sie auch von schlechten Vorlesungen lernen können. Frei nach dem Motto: „Ich hatte schlechte Lehrer. Das war eine gute Schule"

(Arnfried Astel). Die Forderung nach der Aussetzung einer Anwesenheitspflicht kommt eher von leistungsschwächeren Studenten, denen mit der Möglichkeit zur Abwesenheit aber oft nicht geholfen ist. Gerade sie brauchen die Anleitung durch Lehrende, die sich im Fach auskennen. Maßnahmen der Anwesenheitsverpflichtung und -kontrolle führen bei ihnen dazu, dass sich ihre Leistung erhöht.

Lernfreiheit bei Kundenorientierung der Hochschulen

Nachdem im Anschluss an diese Debatte für einen größeren Teil der universitären Veranstaltungen ein Verbot der Anwesenheitspflicht beschlossen wurde, erschien ein neues Konzept auf dem Plan: die Kundenorientierung. Passend zur sogenannten unternehmerischen Universität sollten Studenten fortan von den Lehrenden als ihre Kunden betrachtet werden, denen ein attraktives Angebot zu machen sei. Um die nun nicht mehr zur Anwesenheit verpflichteten Studenten sollten die Hochschullehrer jetzt werben . Die Vorstellung des Studenten als Kunden der Hochschulen hat zwei Schwächen: Zum einen kann der Student als Nachfrager von wissenschaftlichem Wissen nicht mehr in den Genuss der in Art. 5 Abs. 3 GG garantierten Wissenschaftsfreiheit kommen, da er sich nicht mehr wissenschaftlich, sondern nur noch konsumtiv betätigt . Zum anderen impliziert das Bild vom Kunden von Wissenschaft ein Lernverständnis, das dem ansonsten auch von Studenten oft kritisierten Nürnberger Trichter entspricht: Der Lehrende trichtert dem Lernenden das Wissen ein. Der Lernende wird dabei als passiver Empfänger von Inhalten aufgefasst. Dass Lernen so nicht funktioniert, ist mittlerweile (fast) jedem klar. Nichtsdestotrotz wurde dies erst kürzlich gesetzlich verankert: „Die Hochschulen sind dem Studienerfolg verpflichtet“ (Quelle: Hochschulzukunftsgesetz NRW § 58, 2014).

Lernfreiheit als Instrument der Cancel Culture

Dies ist die Situation, in der die Ermahnung (und nachfolgende Entlassung) des Hochschullehrers stattfand. Der Professor hatte in einem Seminar Literatur als Grundlage für die Diskussion vorgegeben, die einige Studenten nicht lesen und auch nicht diskutieren wollten. Es ging um die damals aktuelle Corona-Pandemie, die Texte behandelten die Bedeutung von Freiheitsrechten am Beispiel der Problematik einer Impfpflicht und die Diskriminierung einzelner gesellschaftlicher Gruppen am Beispiel Ungeimpfter mittels 2G. Zwei Studenten beschwerten sich darüber, dass der Dozent das Thema behandelt habe, obwohl sie ihm deutlich gemacht hätten, dass sie darüber nicht reden wollten. Die Hochschulleitung übernahm die Beschwerden kritiklos und setzte als Sanktion die Ermahnung des Professors.

Lernfreiheit ist keine Freiheit von Lernen

Eine so verstandene Lernfreiheit verunmöglicht universitäre Lehre. Es ist legitim, dass Studenten davor bewahrt werden möchten, sich mit Inhalten auseinandersetzen zu müssen, die ihnen unangenehm sind oder die ihr Weltbild infrage stellen könnten. Diese Zwangslage ließe sich unterschiedlich lösen: Durch diskursive Auseinandersetzung (d. h. mittels Argumenten) über Inhalte der Veranstaltung mit dem Lehrenden im Seminarraum (das wäre der Situation an einer Hochschule angemessen; das bloße Sagen, dass man

etwas nicht mag, ist in diesem Kontext nicht ausreichend). Oder durch Fernbleiben von der Lehrveranstaltung – ein Studium ist immerhin keine Pflicht und zudem immer mit dem Risiko behaftet, dass sich das Denken durch die Auseinandersetzung mit bisher unbekannten Inhalten verändert.

Auch die Beschwerde über das Seminar mag ein Weg sein, der versucht werden kann, ist aber immer mit dem Makel behaftet, dass, was dem einen Studenten nicht gefällt, dem anderen gefällt. Greift eine Hochschulleitung dennoch derartige Einzelbeschwerden auf, verallgemeinert diese und begründet die Sanktionierung des Professors damit, dann stellt dies eine Form der Cancel Culture dar. Eine solch verstandene Lernfreiheit wäre in letzter Konsequenz dann tatsächlich eine Freiheit von Lernen. In ihrer institutionalisierten Form impliziert diese Freiheit von Lernen ein „Recht auf Zertifikat“ ohne jede Gegenleistung, wenn nur das gelehrt werden darf, was der Student sowieso schon weiß.

Was bedeutet Lernen?

Dies führt zu der Frage, was Lernen eigentlich ist. Dazu gibt es viele unterschiedliche Definitionen. Aus pädagogischer Sicht geht es um die „Verbesserung oder den Neuerwerb von Verhaltens- und Leistungsformen und ihren Inhalten“ (Quelle: Roth, Heinrich (1957): Pädagogische Psychologie des Lehrens und Lernens. Hannover: Schroedel), wobei dies nur die Oberfläche darstellt. Ihnen vorausgehen die „seelischen Funktionen des Wahrnehmens und Denkens, des Fühlens und Wissens, des Strebens und Wollens, also eine Veränderung der inneren Fähigkeiten und Kräfte, aber auch der durch diese Fähigkeiten und Kräfte aufgebauten inneren Wissens-, Gesinnungs- und Interessensbestände des Menschen“ (Quelle: Roth, Heinrich (1957): Pädagogische Psychologie des Lehrens und Lernens. Hannover: Schroedel).

Aus dem Zugewinn durch Lernen soll eine Veränderung des Verhaltensrepertoires folgen: Menschen, die etwas gelernt haben, können dieses Wissen in verschiedensten Situationen anwenden. Ob und wie sie ihre Kenntnisse anwenden, hängt dabei sowohl von den jeweiligen äußeren Umständen als auch von ihrem persönlichen Befinden ab. Ob jemand etwas gelernt hat, ob er also kompetent ist, lässt sich an der äußeren Performanz nur schwer erkennen.

Gerade deswegen ist Lernen aber auch immer eine individuelle Leistung. Institutionen und Lehrende können dieses Lernen fördern, aber sie können es weder auf Knopfdruck herstellen (schon gar nicht für einen Lernenden, der als „Kunde“ verstanden werden soll), noch können sie eine Freiheit von Lernen als institutionelle Aufgabe sehen. Sie können lediglich die Freiheit zum Lernen zu garantieren versuchen.

Eine Lernfreiheit, wie sie von der Hochschulleitung gegen den Professor ins Feld geführt wurde, widerspricht jedem Verständnis von Lernen. Sie ist vielmehr eine Bankrotterklärung der Hochschule.

Anke Uhlenwinkel

Heike Egner

Prof. a. D. Dr. Heike Egner

ist freie Wissenschaftlerin, Mediatorin und Mentorin. Sie absolvierte ein Studium der Publizistik, Politikwissenschaft und Geographie in Mainz, wo auch ihre Promotion und Habilitation in Geographie erfolgten. Sie besetzte Vertretungs- und Gastprofessuren in Frankfurt am Main, Kassel, München, Wien und Innsbruck. Von 2010 bis 2018 war sie Universitätsprofessorin für Geographie und Regionalforschung an der Universität Klagenfurt.
https://www.heike-egner.net

Prof. Dr. Anke Uhlenwinkel

ist seit 2021 Professorin für die Didaktik der Geographie und Wirtschaftskunde an der Paris-Lodron-Universität Salzburg. Sie absolvierte ein Studium der Geographie, Anglistik, Politik und Pädagogik an der Georg-August-Universität Göttingen. Ihre Promotion und Habilitation erfolgten an der Universität Bremen. Von 2008 bis 2013 hatte sie eine Professur für Geographiedidaktik an der Universität Potsdam inne.

Foto: Ralf M. Ruthardt

„Pluralismus ist kein Luxus, sondern Pflicht.“

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Dr. Wolfgang Herles

Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wird in Anbetracht der zu kritisierenden Auswüchse wenig diskutiert. Gleichwohl haben es die Verantwortlichen in den Sendeanstalten weitgehend in der Hand, Reformen selbstkritisch und damit glaubwürdig anzugehen und umzusetzen. Vor diesem Hintergrund einmal mehr ein Gespräch zum ÖRR – diesmal mit Wolfgang Herles. Der ehemalige ZDF-Journalist kritisiert den politischen Einfluss auf ARD und ZDF und warnt vor Moralisierung durch Journalisten.

Ralf M. Ruthardt | In der Ausgabe des Magazins *MIT**MENSCHEN**REDEN* vom April 2025 (Ausgabe 02|2025) ist ein Gespräch mit Julia Ruhs über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) zu lesen. Julia Ruhs ist dieser Tage mit dem Format KLAR (BR/NDR) in den Schlagzeilen gewesen, weil sie differenziert über Fragen der Migration berichtete. Der empörte, argumentfreie Aufschrei ist mancherorts groß gewesen. Es zeigt, wie fragil ein breit gefächerter und damit ausgewogener Journalismus in Deutschland geworden ist.

Nun freut es mich, dass ich an dieser Stelle mit einem langjährigen ZDF-Journalisten über die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten sprechen kann. Schön, lieber Dr. Wolfgang Herles, dass Sie sich die Zeit nehmen. Ich denke beim ZDF an die Zeiten von Ulrich Kienzle und Bodo Hauser, als diese das Format „Frontal" moderierten. Es waren quasi zwei Gegenspieler, die mich mit Perspektivenwechseln konfrontierten und mich dadurch Kontexte leichter haben begreifen lassen.

Als den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wertschätzender Bürger denke ich mit Wehmut an meine Zeit als treuer Hörer des Deutschlandfunks zurück. Auf langen Geschäftsfahrten hat mich eine informative, hintergründige und differenzierte Berichterstattung begleitet.

Und heute stelle ich für mich ernüchtert fest, dass ich keine öffentlich-rechtlichen Medien mehr konsumiere. Es bereitet mir geradezu „Schmerz", wenn ich die haltungseinfordernden Beiträge höre – und darin permanent Vorwürfe finde und ausgesprochen wenig Zutrauen in meine intellektuellen Fähigkeiten und meine moralische Intaktheit erkenne.

Wolfgang Herles | Sie haben Hauser und Kienzle genannt. An die erinnert man sich, weil damals Ausgewogenheit üblich war. Ausgewogenheit ist das Gegenteil der Monotonie, die wir heute im ÖRR erleben. Ausgewogenheit hieß damals, dass es neben einem „rechten" Magazin wie Report eben auch eher „linke" Magazine wie Monitor und Panorama gab. Wir haben uns damals alle wunderbar verstanden, weil wir wussten, dass wir uns gegenseitig brauchen.

Diskurs bedeutet Streit. Streit auf eine vernünftige Art. Nicht wie heute, wo alles einer Haltung unterworfen wird. Das hat sich geändert. Die Ausgewogenheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens ist ausgetauscht worden. Heute gibt es den langweiligen Mainstream-Journalismus. Alle machen mehr oder weniger das Gleiche. Alle haben mehr oder weniger die gleiche Meinung. Nun, das hat natürlich Gründe.

Es liegt vor allem an der Moralisierung des politischen Diskurses. Wenn ich meinen Gegenüber ob seiner anderen Meinung moralisch diskriminiere, hilft das in der Sache nicht weiter. Meinungen werden schnell als falsch, als schlecht oder gar als böse geframt. Aber wo soll das hinführen, wenn die eine Meinung als alternativlos gilt. Wenn man so in einen Diskurs geht, hat man diesen

schon beendet, ehe er überhaupt begonnen hat.

Ralf M. Ruthardt | Es gab eine Zeit, als in die Politik der Bundesrepublik Deutschland die Alternativlosigkeit Einzug gehalten hat. Angela Merkel hat als Bundeskanzlerin oftmals in diesem Sinn kommuniziert. Liegt dort der Anfang des heutigen Haltungsjournalismus? Fällt uns das politisch Alternativlose jetzt auf die Füße?

Wolfgang Herles | Das gab es schon vor Angela Merkels Zeit. Ich habe das ja selber erlebt und darüber jetzt auch gerade in meinen *Erinnerungen eines Skeptikers* geschrieben. Ich bin damals aus meiner Funktion als Hauptstadtstudioleiter in Bonn richtig rausgemobbt worden. Grund war, dass ich Helmut Kohls Art und Weise der sogenannten Wiedervereinigung kritisierte.

Ralf M. Ruthardt | Um welche Kritik ging es Ihnen damals konkret?

Wolfgang Herles | Die deutsche Wiedervereinigung war mehr ein Anschluss als ein Beitritt der DDR. Kohl hatte diese instrumentalisiert, um seine innenpolitische Macht zu verteidigen und zu stärken. Er ist ja dann auch weitere acht Jahre Bundeskanzler geblieben. Warum ich damals rausgeschmissen wurde, ist bezeichnend. Es war genauso wie später in Sachen Corona, beim Klimawandel oder in der Migrationsdebatte: Gegenargumente waren unerwünscht.

Damals galt die Wiedervereinigung als etwas „Heiliges". Wir durften bei der Währungsunion den Umtauschkurs vom „Blechgeld" Ost in die starke D-Mark West nicht diskutieren. Wer das infrage stellte, war kein Patriot! Damals galt ich als Linker. Heute werde ich als Rechter betrachtet. Ob damals die ökonomische Umsetzung der Wiedervereinigung oder später meine Argumente gegen einen Ausstieg aus der Kernenergie – sobald es gegen den sogenannten Mainstream, also das politisch Angesagte, geht, wird es für einen Journalisten im ÖRR schwierig.

Ralf M. Ruthardt | Haben Sie uns ein weiteres Beispiel, bei welchem ein Hinterfragen für einen Journalisten heutzutage zum Problem werden kann?

Wolfgang Herles | Ich war schon immer der Ansicht, dass zur Einwanderung auch die Integration gehört. Wenn man diese nicht leisten kann, muss man auch die Quantität reduzieren.

Oder nehmen Sie die Corona-Pandemie: Da durfte man aus moralischen Gründen keine Kritik am Vorgehen der Politik üben, während alte Leute in den Altersheimen ohne die Begleitung ihrer Angehörigen gestorben sind und Kinder nicht mehr zur Schule gehen konnten. Was für eine Perversion von Moral!

Während der Pandemie, bei der Energiewende – es wurde und wird sofort alles moralisiert. Das kenne ich aus der Zeit von 1989. Da war plötzlich alles unmoralisch, was den Prozess der Wiedervereinigung kritisch hinterfragt hat. Damals hatte ich gewarnt, den neuen Bundesländern das westliche Denken einfach überzustülpen. Und heute sehen wir das Ergebnis: Die Menschen in Ostdeutschland ticken anders. In Ostdeutschland ist Gregor Gysi der beliebteste Politiker, ein Repräsentant der DDR-Diktatur. Und die AfD ist die stärkste Partei. Auch das sehe ich als ein Resultat des Beitritts. Er ist moralisiert worden und einem differenzierten, vernünftigen Diskurs entzogen.

Ralf M. Ruthardt | Ich habe eine Hypothese, zu welcher mich Ihre Meinung interessiert. – Dort, wo eine „Heilsbotschaft" im Mittelpunkt

steht und dort, wo Akteure diese Heilsbotschaft unter die Menschen bringen, obwohl sie dem zugrunde liegenden Problem intellektuell, also auf eine rationale, vernünftige Weise, nicht gewachsen sind – dort geschieht es, dass Narrative mit einem starken Framing versetzt werden, weil die Akteure sich sonst anders nicht durchzusetzen wissen.

Wolfgang Herles | Das haben Sie sehr schön ausgedrückt, und ich kann es nicht anders sagen. Ich kann es nur polemisch zuspitzen: Manche Leute versuchen, aus ihrem Anliegen eine Religion oder eine Ideologie zu machen. Sie sehen etwas Höheres als gegensätzliche Interessen. Deshalb unterdrücken sie bestimmte Debatten und halten sie für unzulässig.

Ralf M. Ruthardt | Mit vereinfachten und intellektuell oftmals keinesfalls haltbaren Narrativen versucht man, möglichst viele Menschen zu erreichen – und wer widerspricht, fällt einem Framing zum Opfer …

Wolfgang Herles | … genau darin liegt heute das Kernproblem der Demokratie.

Ralf M. Ruthardt | Dann wenden wir uns bitte einer zweiten Hypothese zu: Diese lautet, dass die erste Hypothese – also die eigenen Narrative unter die Menschen zu bringen und Gegner mit einem Framing unmöglich zu machen – so lange funktioniert, bis die Lebenswirklichkeit den allgemeinen wahlberechtigten Bürger so weit eingeholt hat, dass seine Nachsichtigkeit und seine Bequemlichkeit es nicht mehr aushalten.

Wolfgang Herles | Ja, der Mensch neigt dazu, sich der Obrigkeit zu unterwerfen, will aber keine Verantwortung übernehmen.

Man kann das anhand der „Bonner Republik“ und der „Berliner Republik“ veranschaulichen. In der „Bonner Republik“ musste Bundeskanzler Konrad Adenauer gewaltige Probleme lösen. Das Land war zerstört. In dieser Situation musste Adenauer gegen massive Widerstände in der eigenen Partei die Marktwirtschaft und die Westbindung durchsetzen.

Es war das Gegenteil von Populismus, sonst wäre es nicht geschehen. Eine vom Krieg klüger gewordene Generation wollte das Land auf den richtigen Weg bringen.

Die „Berliner Republik“ verkonsumiert die Errungenschaften der „Bonner Republik“. Niemand kann die „Bonner Republik“ zurückholen, das ist nicht das Thema. Aber wir müssen weg von der Gefallsucht. Viele Politikerinnen und Politiker, die heute in den Parlamenten sitzen, bringen weder Bildung noch Berufs- und Lebenserfahrungen mit. Sie sind allein daran interessiert, sich abzusichern. Die Berufspolitik ist eines der Grundübel unserer Zeit.

Ralf M. Ruthardt | Hat das mit uns gemeinen Bürgerinnen und Bürgern auch etwas zu tun? Ein Großteil engagiert sich eben nicht in politischen Parteien. Damit leisten die meisten von uns keinen Beitrag dazu, dass vor allem kluge, erfahrene und integre Köpfe in die Parlamente kommen.

Vielmehr hat man den Eindruck, dass eine sehr kleine Schar von Parteimitgliedern aus der noch kleineren Anzahl an Kandidaten ihrer Partei auswählt. Vielleicht fehlt uns hier die Durchgängigkeit: Fähige Menschen gehen eine Zeitlang in die Politik; nicht wegen des Geldes, sondern weil sie bereit sind, sich in den Dienst des Gemeinwesens zu stellen.

Wolfgang Herles | Ein erfolgreicher Mensch, der sich in seinem Beruf oder als Unternehmer bewiesen hat, stößt auf eine Mauer, die von Berufsfunktionären aufgerichtet wurde. Es ist die furchtbar langweilige und langwierige Routine in den Parteien: Tausendmal

anderen nach dem Mund reden zu müssen, weil man deren Zustimmung benötigt, ist ein zu hoher Preis. Ich glaube nicht, dass Menschen, die beispielsweise als Unternehmer erfolgreich sind und Politik mit einem Ideal verbinden, diese destruktiven Prozesse in einer politischen Partei lange aushalten.

Parteien sind quasi geschlossene Gesellschaften, die sich die Politik unter den Nagel gerissen haben. Politik funktioniert nach ihren Spielregeln – und genau das macht die Demokratie so schwierig. Es hält viele fähige Köpfe davon ab, in die Politik zu gehen.

Ralf M. Ruthardt | Damit ist gesagt, dass wir als Bürgerinnen und Bürger nur sehr eingeschränkt einen Beitrag dazu leisten können, dass unsere Demokratie mit einer neuen konstruktiven Dynamik eine Renaissance erlebt, weil an den Schaltstellen in den Parteien und damit in den Parlamenten gar kein Interesse besteht, etwas zum Besseren zu wenden. Dort finden sich zu viele Akteure, die am eigenen Interesse mehr interessiert sind als an dem des Gemeinwesens. Man könnte von Homo Oeconomicus sprechen. Diese besagten Akteure handeln so lange weiter, bis die sie tragenden Strukturen unter wirtschaftlichem oder konfliktbedingtem Druck zusammenbrechen. – Das wäre meine Ableitung aus dem Gesagten.

Wolfgang Herles | Klar, die Parteien sagen den Leuten, dass sie mitgestalten und sich einbringen sollen. Aber das ist Quatsch. Es hilft nur Widerborstigkeit, etwa „Dienst nach Vorschrift“. Wir Bürgerinnen und Bürger sollten nicht alle Regeln und nicht alle Zumutungen befolgen, die befohlen werden. Wir sortieren unseren Müll so, wie wir es für vernünftig halten. Wenn ich weiß, dass mein getrennter Müll am Ende doch zusammengeworfen wird und in der Müllverbrennung landet, dann ist das Trennen unsinnig, um nur ein Beispiel zu nennen.

Ralf M. Ruthardt | Ich habe es so verstanden, dass Sie nicht gegen die Mülltrennung argumentieren, sondern es Ihnen um Sinnvolles versus eine Gängelung der Menschen geht.

Wolfgang Herles | Ich gebe gerne zu, dass diese links-grüne Welt, dieser Wokismus, einem jeden Tag auf den Keks geht. Ich will als Bürger meinen eigenen Verstand gebrauchen dürfen …

Ralf M. Ruthardt | … also die Fähigkeit zu verstehen, Perspektiven zu wechseln, nachzudenken, Schlüsse zu ziehen …

Wolfgang Herles | … und das heißt, es nicht anderen zu überlassen, für uns zu denken. Es gibt zu viele Menschen, die glauben, sie könnten bei den Wahlen ihre Stimme abgeben und dann würden andere für sie denken – so funktioniert das nicht.

Ralf M. Ruthardt | Das, was Sie gerade beschreiben, Herr Herles, hätte womöglich auch jemand beschreiben können, der beispielsweise in der ehemaligen DDR lebte. Der Obrigkeit widerstehen und basierend auf Vernunft um seine individuelle Freiheit ringen. Nicht um einem anderen oder dem Gemeinwesen zu schaden, sondern um als Mensch in der Gemeinschaft den anderen Menschen selbstbestimmt seinen Weg durchs Leben zu gehen.

Wolfgang Herles | Es ist die klassische Definition. Aufklärung bedeutet, dass man sich seines Verstandes, ohne Anleitung eines anderen, bedient. Das sollte eigentlich in jedem Wohnzimmer eingerahmt über dem Sofa hängen. (lacht)

Ralf M. Ruthardt | Als Bürgerinnen und Bürger haben wir unsere Aufgaben, die sich aus unseren Menschen- und Bürgerpflichten ergeben. Nun, vielleicht kümmert uns der nächste Urlaub manches Mal mehr (lacht)

oder wir sind in den Herausforderungen unseres Alltags so sehr eingebunden, dass kaum noch die sprichwörtliche Luft zum Atmen bleibt.

Lassen Sie uns zurück zum Ausgangspunkt gehen: Was kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk – eine Errungenschaft aus der Nachkriegszeit – morgen und übermorgen dazu beitragen, damit Politik wieder mehr hinterfragt und wieder differenzierter berichtet wird?

Was braucht es, damit der ÖRR sich wieder neu justiert? – Und bitte lassen wir das Thema Gebühren an dieser Stelle außen vor.

Wolfgang Herles | Die Medien sind ja auch ein Spiegel der Missstände in der Gesellschaft – also auch ein Spiegel der Politik. Das betrifft den ÖRR besonders, weil er besonders von der Politik abhängt. Der Weg kann nur Pluralismus sein. Nun hört man häufig, dass es ja die alternativen Medien gäbe. Das sei ja Pluralismus und alle könnten sich aus jeder Richtung informieren. Die „Alternativen" sind jedoch meist Blasen. Sie kommunizieren überwiegend nach innen, also nur mit sich selbst.

Ich kann aber als Bürger nur gut informiert sein, wenn ich mir ein umfassendes Bild mache und es selbst beurteile.

Ralf M. Ruthardt | Es braucht somit eine Berichterstattung, die den Perspektivenwechsel würdigt.

Wolfgang Herles | Genau. Und ich kann als Bürger nicht alles nur von anderen beurteilen lassen. Deshalb brauchen wir nach wie vor öffentlich-rechtliche Medien, also große Qualitätsmedien, wo ich mich darauf verlassen können muss, dass die Informationen solide sind. Wir brauchen nicht Medien, die sagen, was richtig und was falsch ist, die einem beibringen wollen, was zu tun ist und was nicht.

Es braucht Pluralismus; will heißen: Die Medien sind eine Bühne für den allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs. Dieser Diskurs muss mit aller Schärfe, aber auch mit aller Gelassenheit von fähigen Leuten ausgetragen werden. Für diese Bühne sind nun mal die Medien zuständig – vornehmlich der ÖRR.

Ralf M. Ruthardt | Das nehmen wir als Schlussgedanken: Die öffentlich-rechtlichen Sender sind von Bedeutung für einen pluralistischen Diskurs und zu dieser Aufgabe dürfen und sollen sie wieder zurückkehren.

Dr. Wolfgang Herles
ist Journalist und Autor von sieben gesellschaftskritischen Romanen und zahlreichen überwiegend politischen Sachbüchern. „Wir sind kein Volk" stand wochenlang auf der Spiegelliste. Zuletzt erschien seine Autobiografie: „Gemütlich war es nie. Erinnerungen eines Skeptikers." Vierzig Jahre lang, zunächst beim Bayerischen Rundfunk, dann beim ZDF, entwickelte und moderierte er Magazine (Bonn direkt), Talkshows (Was nun..., Live), und zuletzt die Literatursendung Das Blaue Sofa. Der promovierte Literaturwissenschaftler lebt in München und Berlin.

Illustration: Ralf M. Ruthardt via ChatGPT

Atomkrieg durch Algorithmen?

von Prof. Dr. Karl-Hans Bläsius und
Prof. Dr. Jürgen Scheffran

Die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland ab 2026 könnte Europa erneut zur Abschussrampe und Zielscheibe eines Atomkriegs machen. Die KI-Experten Scheffran und Bläsius analysieren die technischen, politischen und menschlichen Risiken – eindringlich und brisant.

Mittelstreckenwaffen erhöhen das Atomkriegsrisiko

In einer bilateralen Erklärung gaben die USA und Deutschland am 10. Juli 2024 beim NATO-Gipfel bekannt, ab 2026 in Deutschland landgestützte Mittelstreckenraketen (Long-Range Fires) der USA auf beweglichen Abschussrampen zu stationieren, die Ziele in Russland treffen können. Solche Systeme waren durch den INF-Vertrag von 1987 bis zur Kündigung durch US-Präsident Trump 2019 verboten. Dabei geht es um Tomahawk-Marschflugkörper mit mehr als 2.000 km Reichweite; ballistische Raketen (SM-6) mit einer Reichweite von weniger als tausend km; Hyperschallraketen (Dark Eagle) mit hoher Geschwindigkeit, Präzision und Reichweite (bis 2800 km). Der Einsatz dieser Waffen ist Teil der „Multi-Domain Task Force" (MDTF) der US-Armee in Wiesbaden. Weltweit sind vier weitere MDTF-Einheiten im Aufbau, auch gegen China. Ihre Bedeutung liegt in der Steigerung bisheriger Fähigkeiten: Reichweiten bis zum Ural, hohe Geschwindigkeit mit kurzer Flugzeit bis Moskau, verdeckte Aufstellung zu Land in besiedeltem Gebiet, geringe Warnzeit und Reaktionsfähigkeit, schwierige Erfassung durch Radar, hohe Zerstörungsfähigkeit von Zielen mit hoher Präzision auch ohne nuklearen Sprengkopf.

Beeinträchtigung der strategischen Stabilität

Mit der Stationierung der Mittelstreckensysteme (insbesondere der Hyperschallwaffen) ab 2026 können strategische Ziele in der Tiefe Russlands mit landgestützten Systemen der USA von Deutschland aus mit hoher Präzision und kurzer Flugzeit bedroht werden. Hierzu gehören neben der Hauptstadt Moskau auch Befehlszentralen, Radaranlagen und Nuklearstreitkräfte. Dies könnte Befürchtungen eines Erstschlags wecken, der einen Gegenschlag so schwächt, dass er durch Abwehrsysteme teilweise abgefangen werden könnte. Die Verwendung konventioneller Sprengköpfe macht ihren Einsatz wahrscheinlicher, schließt aber den Einsatz nuklearer Systeme nicht aus. Die Gefährlichkeit dieser Angriffswaffen unterminiert das strategische Gleichgewicht und die Abschreckung, was Bedrohungswahrnehmungen erhöht, den Druck zum Wettrüsten steigert und Rüstungskontrolle untergräbt.

Abschussrampe und Zielscheibe Deutschland

Die Stationierung ermöglicht den USA, gegen ihre nuklearen Kontrahenten vom Territorium anderer Länder zuschlagen zu können, die dadurch einem hohen Risiko ausgesetzt werden. Mittelstreckenraketen brachten schon in der Kubakrise 1962 und in Europa 1983 die Welt an den Rand eines Atomkrieges. Je gefährlicher diese Waffen der russischen Regierung in der Krise erscheinen, umso eher könnte sie versuchen, diese präventiv auszuschalten oder Deutschland nach deren Einsatz zur Zielscheibe zu machen. So wird Deutschland wie schon im Kalten Krieg mögliche Abschussrampe, Zielscheibe und Schlachtfeld eines Atomkriegs. Die Eskalationsrisiken steigen durch den Ukrainekrieg, in dem der Einsatz von Atomwaffen durch Vladimir Putin immer wieder thematisiert

wird und die Ukraine auf den Einsatz langreichweitiger Flugkörper drängt.

Risiko Atomkrieg aus Versehen

Die landgestützten Raketen haben geringere Vorwarnzeiten, was die Furcht vor Überraschungsangriffen und Präemptionszwänge schürt. Dass bei der Gegenseite wenig Zeit für Lagefeststellung und Entscheidungsfindung bleibt, schafft einen anhaltenden Alarmzustand, der Fehlperzeptionen und Kurzschlussreaktionen wahrscheinlicher macht. Eine automatische Reaktion (launch on warning) durch KI-Systeme erhöht das Risiko eines technisch bedingten versehentlichen Krieges. Dieses Risiko besteht insbesondere in Zusammenhang mit Frühwarnsystemen, die einer Erkennung von möglichen Angriffen durch Atomraketen dienen. Solche Systeme basieren auf Sensoren und sehr komplexen Computernetzwerken und hierbei kann es zu Fehlalarmen kommen, wobei ein nuklearer Angriff gemeldet wird, obwohl kein Angriff vorliegt. In Friedenszeiten und Phasen politischer Entspannung sind die Risiken sehr gering, dass die Bewertung einer Alarmmeldung zu einem atomaren Angriff als Gegenreaktion führt. In solchen Situationen werden im Zweifelsfall Fehlalarme angenommen. Die Situation kann sich drastisch ändern, wenn politische Krisensituationen vorliegen, eventuell mit gegenseitigen Drohungen, oder wenn in zeitlichem Zusammenhang mit einem Fehlalarm weitere Ereignisse eintreten, die damit in Verbindung gebracht werden können. In der Vergangenheit gab es einige Situationen, in denen es nur durch großes Glück nicht zu einem Atomkrieg aus Versehen kam.

Unsicherer Kontext

Anzahl und Varianz an Luftobjekten nehmen stetig zu, was die Komplexität der Erkennungsaufgaben bei der Luftraumüberwachung erhöht. Die Weiterentwicklung von Waffensystemen mit höherer Treffsicherheit und immer kürzeren Flugzeiten führt zu kürzeren Entscheidungszeiten, was zunehmend den Einsatz von Techniken der Künstlichen Intelligenz erfordert, um für gewisse Teilaufgaben Entscheidungen automatisch zu treffen, da für menschliche Entscheidungen keine Zeit mehr bleibt.

Die in solchen Situationen für eine Entscheidung verfügbaren Daten sind in der Regel unsicher und unvollständig. Bei der Bewertung von Sensorsignalen spielen vage Werte wie Helligkeit und Größe eine Rolle, Klassifikationen von Objekten und das Bestimmen von Objektmerkmalen sind immer unsicher und gelten nur mit gewissen Wahrscheinlichkeiten. Signale werden nicht immer auftreten, z.B. wegen Störungen durch Systeme der elektronischen Kampfführung oder weil neue lenkbare Raketensysteme einer Erfassung durch Radaranlagen ausweichen können. Die Informationen über mögliche Angriffe sind also unvollständig.

Deshalb können auch KI-Systeme in solchen Situationen nicht zuverlässig entscheiden. In der kurzen verfügbaren Zeit wird es für Menschen kaum möglich sein, die Entscheidungen der Maschine zu überprüfen: denn diese basieren häufig auf Hunderten von gewichteten Merkmalen, aus denen mit einer speziellen Bewertungsformel ein Gesamtergebnis errechnet wird. Das Zustandekommen eines Entscheidungsergebnisses ist daher nicht einfach nachvollziehbar. Dem Personal bleibt nur zu glauben, was die Maschine liefert.

Im Falle einer Alarmmeldungen in einem Frühwarnsystem für nukleare Bedrohungen, muss eine scheinbar angegriffene Nation von einem „worst-case“ Szenario ausgehen, das heißt, dass die Waffensysteme des Angreifers überlegen sind und bestmöglich eingesetzt

werden. Dabei muss auch einkalkuliert werden, dass nur ein Teil angreifender Raketen zunächst erkannt werden, also erheblich mehr Nuklearwaffen unterwegs, als sichtbar sind.

Kriseninstabilität

Je stärker die Bedrohung durch einen potenziellen Gegner ist, desto eher muss ein „Launch on Warning“ in Betracht gezogen werden, also der Start der eigenen Raketen, bevor die des Gegners einschlagen und die eigenen Systeme zerstören. Damit führt die nun geplante Stationierung von neuen Raketensystemen in Deutschland zu einer signifikanten Erhöhung des Risikos eines Atomkriegs aus Versehen. Die zunehmende Komplexität und Fehleranfälligkeit der vielen miteinander wechselwirkenden Systeme für Land-, Luft-, See, Weltraum-, Cyber- und Informationseinsätze ist schwer beherrschbar und untergräbt die Krisenstabilität.

Quellen:
Scheffran, J. (2024) Atomkrieg durch konventionelle Waffen? Mittelstreckenraketen zwischen kaltem und heißem Krieg. IMI-Analyse in: AUSDRUCK 44 (20. November 2024).
Bläsius, K.H. (2024) Atomkrieg aus Versehen? IMI-Analyse 2024/50 (9. Dezember 2024).

Prof. Dr. Karl-Hans Bläsius

Studium der Mathematik, Physik und Informatik an der RWTH Aachen und der Promotion zum Dr. rer. nat. am Fachbereich Informatik an der Universität Kaiserslautern folgten Tätigkeiten in der Industrie. Ab 1989 Professur im Fachbereich der Informatik. 2002 gründete er gemeinsam mit Ralf M. Ruthardt die *FreeFormation GmbH*, welche Software zur Dokumentenklassifikation und Prozessautomatisierung entwickelte (heute *SEEBURGER Group*). Karl-Hans Bläsius beschäftigt sich nunmehr ehrenamtlich mit den Risiken der KI, insbesondere einem Atomkrieg aus Versehen, sowie Warnungen vor Folgen der Künstlichen Intelligenz (KI).
www.blaesius.net

Prof. Dr. Jürgen Scheffran

ist Professor (em.) für integrative Geographie und Leiter der Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit der Universität Hamburg. Er arbeitet mit in der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative *Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit* (Natwiss), der *Vereinigung Deutscher Wissenschaftler* (VDW) und der Redaktion der Zeitschrift *Wissenschaft und Frieden* (W&F).

Illustration: Ralf M. Ruthardt via ChatGPT

Eurasien denken, ohne Komplexe

von Uwe Leuschner

Was trennt Europa und Asien wirklich – und was verbindet? Uwe Leuschner hinterfragt westliche Gewissheiten, östliche Realitäten und sucht Wege zu neuer Kooperation. Ein klarsichtiger Erfahrungsbericht zwischen Kapitalismus, Kultur und Kommunikation.

Globale Kooperation bleibt immer eine Suche nach Identität aus verschiedenen Richtungen

Wir sind geprägt von unserer Sozialisierung und von unserem Erleben in der europäischen westlichen Zivilisation. Wir handeln nach den Regeln und Prinzipien, die uns durch den täglichen Kapitalismus in Europa und im Westen beigebracht wurden, die wir gelernt haben und die wir täglich erleben.

Wir verdrängen dabei gerne den Begriff und die Regeln des Kapitalismus, wollen sozial sein und sehnen uns nach Gerechtigkeit und Ausgleich. Und trotzdem sind wir davon überzeugt, dass wir in einer besseren Welt leben und unsere Demokratie das bessere System gegenüber Diktaturen, vor allem denen in Russland und in China, darstellt. Aus der Geschichte des Dritten Reiches und durch die Erlebnisse und Erfahrungen aus dem Kalten Krieg haben wir ohnehin eine klare Meinung, dass Diktaturen zu bekämpfen sind. Wir übernehmen jeden oberflächlichen und oftmals kulturell wenig wertvollen Trend aus der westlichen und insbesondere der amerikanischen Welt und scheinen damit zu meinen, unser Freiheitsgefühl besser ausleben zu können. Wir stellen selten infrage, wer und welche Gruppierungen von Eliten des Westens hinter Trends und Meinungen, die unser Leben bestimmen, wirklich stehen.

Unser westliches Vertrauen ist nicht grenzenlos, aber von einer unendlichen Toleranz geprägt. Unser Vertrauen zu fremden Zivilisationen ist sehr begrenzt. Wir trauen oft weder den Führern noch den Menschen östlich der europäischen Außengrenzen. Der Hintergrund dafür liegt vor allem in einer sehr polarisierten Medienwelt und oftmals zu wenig ausgeprägten persönlichen Erlebnissen und eigenen Quellen aus Netzwerken, die Menschen der westlichen und östlichen Hemisphäre miteinander verbinden. Und wir merken dabei nur selten, wie ein wichtiger Wert unserer westlichen Zivilisation, Meinungsfreiheit und Pluralismus, immer mehr in seiner Bedeutung eingeschränkt und zurückgedrängt wird. Aber Marketing der eigenen Lebensweise ist in unserer heutigen Welt kein modernes Politikkonzept mehr! Das gilt sowohl für den Westen als auch für die Politikkonzepte in Asien, in Russland und auch in China.

In unserer komplexen Welt suchen vor allen Dingen junge Menschen nach ihren Lebensperspektiven. Sie suchen in einem permanenten Vergleich von Lebensverhältnissen und Möglichkeiten, ihre Fähigkeiten zu erweitern und einzusetzen. Dies findet unter anderem sowohl in Europa als auch in Asien statt.

In vielen persönlichen Begegnungen, geschäftlichen sowie privaten Beziehungen während meiner beruflichen Tätigkeiten im postsowjetischen Raum und in China habe ich wiederholt Menschen getroffen, die nicht nur bereit, sondern inspiriert waren, sich einem persönlichen Wettbewerb und dem Leistungsprinzip zur Verbesserung der eigenen individuellen Lebens- und Arbeitsperspektiven zu stellen. Sie haben anfangs oft mit europäischen Werten sympathisiert und sich teilweise sogar identifiziert, jedoch mehr und mehr, insbesondere nach 2014, wieder in ihrem eigenen Raum, der auch

immer stark propagandistisch beeinflusst war, zurückgezogen.

Und auch wenn in unserer heutigen realen Welt Wettbewerb und Leistungsprinzip nicht immer im Vordergrund des gesellschaftlichen Diskurses stehen, liegt gerade darin eine grundlegende Erkenntnis, wie, womit und wohin sich der Einzelne entwickeln kann und soll. Es ist auch kein Geheimnis, dass vor allem Bildung und Bildungschancen die wichtigsten Voraussetzungen für ein aktives Mitwirken und die persönliche Entwicklung in unserer heutigen gesellschaftlichen Realität sind.

„Marketing ist kein modernes Politikkonzept mehr."

Es gibt heute keine regionale Trennung mehr von Ursprung und Aktion oder Reaktion aus Informationen unseres Umfeldes. Unsere komplexe kommunikative Welt bringt uns Erkenntnisse hervor, die, egal wo man sich befindet, zu individuellem Handeln führen. Dies ist sowohl in Europa, mit Blick auf Informationen aus Asien, als auch umgekehrt in Asien, als Reaktion auf Erkenntnisse und Informationen aus Europa so und bestimmt Gruppenhandeln genauso wie das Handeln von Individuen. In diesem Sinne beginnt Wettbewerb schon aus dem Zugang zu Informationen und Nachrichten und ihrer individuellen Bewertung, egal wo man sich befindet.

Aber natürlich gehört schon mehr dazu als nur die Information, um seinen Lebensmittelpunkt zu verändern. Arbeits- und Einkommensangebote, Partnerschaft und Familie, Bildung, Nachweise und Möglichkeiten, eigene Kultur- und Freundeskreise, religiöse Fragen und gelebte Werte sind entscheidende Kriterien für eine Motivation, sein örtliches Lebens- und Arbeitsumfeld zu verändern.

Und es steht außer Frage, dass Menschen- und Freiheitsrechte, die von Willkür, Krieg, Repression, Verfolgung und Ungerechtigkeiten diktiert sind, oftmals zu einer erzwungenen Flucht und Migration führen, die es generell weltweit zu schützen und zu gewährleisten gilt.

Aber wenn die Lebensverhältnisse und Lebensperspektiven ein entscheidendes Kriterium für Menschen sind, die sich vergleichen und generell nach neuen Möglichkeiten suchen, dann ist dies auch immer ein Vergleich zwischen den Systemen, in denen die Menschen sozialisiert sind, aktuell leben und arbeiten, ein Vergleich zwischen dem System von Bürgerrechten und Demokratie in Europa und verbreiteten zentralistischen und autokratischen Herrschaftsstrukturen in Asien, so auch in Russland und China.

In beiden Systemen wird von den herrschenden administrativen und politischen Strukturen gegenüber der Bevölkerung ein permanentes Wohlstandsversprechen abgegeben. Oftmals wird dabei aber auch eine nüchterne Wahrheit verschwiegen – oder nicht wirklich wahrgenommen: Wir leben im System des Kapitalismus, und sozialutopische Modelle des Sozialismus sind nirgendwo wirkliche Realität.

Im Westen ist dieses Versprechen allerdings darüber hinaus gekoppelt mit einem Demokratieversprechen, einem Versprechen von bürgerlichen Freiheiten und Sicherheiten, ohne dabei weitere gesellschaftliche Visionen, die jenseits von Wahlperioden der jeweiligen Regierungen liegen, klar zu formulieren.

Das Wohlstandsversprechen in Asien – und

China ist dafür ein prägnantes Beispiel – ist gekoppelt an eine gruppendynamische Entwicklung des Landes und seiner Menschen im Einzelnen und in der Gemeinschaft, für ein besseres Leben mit einer Vision über Jahrzehnte.

Wenn dieses Wohlstandsversprechen und das Versprechen auf Sicherheit der Gesellschaft als Ganzes nicht mehr den Realitäten entsprechen, geraten beide Systeme unter Druck und infrage.

Im Westen gibt es darüber hinaus die Gefahr und das Risiko, wenn die Bevölkerung verspürt, dass das Demokratieverständnis und das Demokratieversprechen in Gefahr geraten und sich daraus politisches Handeln nicht mehr in der Mitte der Gesellschaft widerspiegelt.

Demokratie ist eine Errungenschaft, die von jeder Generation neu gelernt und gelebt werden muss. Demokratie besitzt eine hervorragende Fähigkeit, friedensstiftend zu sein, aber in der Demokratie gehört es auch dazu, dass die Bevölkerung permanent über Richtung, Ziele und Visionen der Entwicklung befragt werden muss – und das im Abstand von nur wenigen Monaten oder Jahren regelmäßig und auf allen Ebenen. Hier haben wir im Westen Mängel, die es zu überwinden oder weiterzuentwickeln gilt. Mehr Mitsprache über Bürgerentscheide und ein durchdringenderes System der Meinungsbildung von unten nach oben, jenseits von parteipolitischen und parteiorganisatorischen Vorgaben und medialer Meinungsmache, könnten hier neue demokratische Kräfte entfachen und Konflikte lösen, aber auch neue Visionen für unsere westlichen Lebenswelten eröffnen. Wir dürfen im Westen nicht verkennen, dass unsere wertegestützte Politik aktuell an Attraktivität und Ausstrahlung auf Menschen im Osten oder in Asien verloren hat und unsere Visionen für viele Menschen dort nicht mehr klar sichtbar sind.

Viele meiner persönlichen Freunde und beruflichen Partner fragen mich immer öfter, wofür Europa steht und was mit Deutschland los ist. Sie können die ihnen zugänglichen Nachrichten über unser Leben in Europa nicht mehr einordnen, und ihr früheres Interesse, hier für sich selbst und das eigene Business neue Impulse und innovative Ideen zu finden, nimmt spürbar ab.

Auch der Blick von außen auf die Europäische Union, insbesondere aus asiatischen Perspektiven, verändert sich.

Als Wirtschafts- und Währungsunion war die EU aus asiatischer Sicht immer ein anzustrebendes Modell. Ebenfalls wurden die Bedingungen einer Visa-Union auch bei den Asiaten immer geschätzt. Weniger Akzeptanz fanden und finden in Asien die politischen Bestrebungen, die EU zu einer Werte- und Regulierungsunion zu gestalten. Dass die EU aber auch eine Transferunion darstellt, die wenig durch ein niedriges Zinsniveau des Euro untersetzt ist, fand in Asien kaum Interesse. Zur Nachahmung für die Vertreter der Wirtschaft in Asien war das in Europa mehr und mehr diskutierte Thema, dass die Europäische Union keine Sicherheitsunion darstellt, nur marginal von Interesse. Ihr Verständnis von Europa in Bezug auf ein Sicherheitsmodell war immer nur mit der Existenz und dem Erleben der Politik der NATO verbunden. Dass dies nunmehr ein wichtiger Gegenstand geworden ist, Europa zu einer Sicherheitsunion weiter zu gestalten, das ein europäisches politisches Interesse ist und zur Existenzsicherung gehört, wird in Asien jedoch mit Aufmerksamkeit verfolgt.

Eigene asiatische Ambitionen, unter Führung von China, in Asien ebenfalls eine Sicherheits- und Werteunion entstehen zu lassen,

spielen in der asiatischen Geschäftswelt noch keine entscheidende Rolle. Jedoch finden Bestrebungen zu einer eigenen asiatischen Wirtschaftsunion umso größere Aufmerksamkeit und Unterstützung bei asiatischen Unternehmen.

Asiatische Unternehmer haben vor allen Dingen in ihren Beziehungen zu europäischen Partnern ein gesteigertes Interesse an weniger Protektionismus, weniger Bürokratie und keinerlei Sanktionen oder sanktionsbedingten Einschränkungen in ihren wirtschaftlichen Aktivitäten. Auch ihnen ist mehr und mehr bewusst und spürbar, dass sich in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Faktor Arbeit und Arbeitskosten zu einem entscheidenden Unterschied entwickelt. Sie nutzen dabei nach wie vor ein niedriges Niveau ihrer Kosten für die Ware Arbeitskraft und den daraus resultierenden Wertvorteil im internationalen Handelsaustausch. Die Kontrollen, denen Unternehmen aus Europa in Bezug auf Lieferkettenüberwachung ausgesetzt sind, sowie starke Gewerkschaften in Europa, aus einer über Jahrhunderte langen Tradition, sind den Asiaten in ihren Wirtschaftsräumen nach wie vor fremd und bieten einen wichtigen Wettbewerbsvorteil gegenüber EU-Playern. Den Wirtschaftssanktionen, die die EU gegen Russland erlassen hat, widersetzen sich oft asiatische Unternehmer, weniger aus politischen Motiven, sondern vielmehr aus den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Chancen, die sie im eigenen Interesse zu nutzen wissen. In ihren autokratischen politischen Systemen gibt es dabei nur wenig Einflussnahme, dies zu unterbinden.

Ich habe bei meinen chinesischen Geschäftspartnern oft wenig Verständnis für die Polemik des Westens gegen die politischen Aktivitäten der Kommunistischen Partei Chinas gehört. Nach ihrer Meinung ist die KP Chinas schon längst keine Partei mehr, die den Prinzipien des Marxismus und den Ideen von Lenin und Mao folge. Enteignungen von Boden und Produktionsmitteln seien vielmehr dem Prinzip der Schaffung von Eigentum des Staates durch Investitionen aus geschaffenem Staatsvermögen und Eigenaufbau und seinem entscheidenden Anteil am Wachstum gewichen. Demgegenüber unterscheide sich die KP Chinas von anderen kommunistischen Parteien, insbesondere der KPdSU zu Sowjetzeiten, entscheidend und sei vielmehr eine auf Zentralismus orientierte Staatspartei mit asiatischen Zügen von Führung und Meinungsbildung in China.

„Wohlstand ohne Vision verliert seine Kraft.“

Und es ist ja auch eine Tatsache, dass selbst in Russland die Kommunistische Partei kaum noch eine politische Bedeutung hat. In diesem Sinne ist der frühere Konflikt aus Zeiten des Kalten Krieges, der Westen gegen den Kommunismus, längst keine Realität mehr und spielt sich vielmehr in der Formel westliche Demokratie gegen östlich-asiatische Autokratie wider.

In diesem Wettbewerb stehen jedoch asiatische Unternehmer, und das nicht nur in China und in Russland, mehrheitlich weiter zu ihren bestehenden politischen und gesellschaftlichen Systemen und finden in ihnen genügend Grundlagen für ihr liberales und unternehmerorientiertes Handeln und Verhalten. Sie orientieren sich auf für sie interessante, perspektivische Marktchancen auf dem eigenen Kontinent, haben zielstrebig immer die Innovation ihrer eigenen Produkte im Auge und suchen mit allen ihnen verfügbaren Mitteln nach der Erweiterung ihrer potenziellen Kunden weltweit. Digitalisierte Verkaufssysteme, künstliche Intelligenz und immer wieder neue, innovative und sich verändernde Vertriebs- und Logistikwege

beschäftigen ihren unternehmerischen Zeitgeist. Gekoppelt mit einer sich permanent in Asien, und insbesondere in China, qualitativ und quantitativ entwickelnden Infrastruktur verbessern sich permanent ihre Möglichkeiten. Modernste Logistikvoraussetzungen, als Beispiel dient hier nur das sich entwickelnde Highspeed-Schienennetz von inzwischen fast 50.000 km Streckenlänge und hunderte neue Flughäfen und Häfen in China, sind vom Staat geschaffene Wachstumsbooster. Dabei zeigen sie oft eine typische asiatische Verhaltensweise. Ehe sie sich mit anderen gesellschaftspolitischen Systemen engagieren, spielt für sie immer eine große Rolle, nicht das eigene Gesicht und die eigene Identität zu verlieren. Dies spielt subjektiv oft höher, als sich darüber Gedanken zu machen oder sich zu Aktivitäten zu verlockenden und interessanten westlichen Modellen zu widmen.

Der Westen hat auf diese Entwicklungen und das Verhalten von Unternehmen in Asien bis heute nicht wirklich eine Antwort gefunden. Es bleibt also für den Westen alternativlos, Kommunikation und Kooperation auf Augenhöhe wieder als das Mittel in einem friedlichen Wettbewerb und zur Findung von neuen gemeinsamen Identitäten zu beschwören.

Der Hebel dafür bleibt die Wirtschaft. Es wäre töricht, wenn der Westen dabei vergisst, dass er sich hier im Wettbewerb mit den Asiaten befindet und dabei aus eigener Ablenkung oder Überheblichkeit auf eigene Investitionen in Bildung und Infrastruktur, in Sicherheit und Innovationen, vergisst.

Der Westen wird sein Bestehen in diesem Wettbewerb nur garantieren, wenn er mit einer echten Vision seine eigenen Menschen und dann die Menschen in Asien zu überzeugen verstehen wird.

Sich dabei von Asien zu isolieren oder abzuschotten, neue Konflikte zu provozieren oder auszufechten, ist dabei für den kollektiven Westen kein erfolgversprechendes Konzept.

Globales Denken und Handeln und politische Verantwortung im 21. Jahrhundert heißt, dass der kollektive Westen sich seiner Kraft und seiner kulturellen Stärken aus Zivilisation und seiner eigenen Entwicklung wieder bewusst wird und seine „Eurasienkomplexe“ überwindet. Die Asiaten werden dazu bereit sein, und Europa und Asien können dabei beide gestärkt daraus hervorgehen.

Uwe Leuschner

geboren 1960, studierte Außenwirtschaft in Prag, arbeitete als Exportkaufmann im DDR-Außenhandel und ab 1996 als Logistiker in Russland, Zentralasien und China für verschiedene Transportunternehmen, davon 12 Jahre für die Deutsche Bahn, vornehmlich im Containerverkehr zwischen Fernost und Europa.

Foto: TREEO

Biodiversität stärken, Wälder retten

von Lars Becker

Benjamin Schwegler ist Chief Representative der Stuttgarter Fairventures Digital GmbH in Indonesien. Fabian Schmidt-Pramov ist Co-Founder der Biometrio.earth GmbH aus Saarbrücken. Beide waren Anfang Januar 2025 in Singapur, um sich mit Experten aus der Forstwirtschaft, Wissenschaft und Finanzbranche über nachhaltige Waldprojekte auszutauschen. Dieser Artikel von Lars Becker gibt einen Einblick in die Komplexität der Wiederaufforstung und die Bedeutung des Faktors Mensch.

Biodiversität stärken, Wälder retten: Ein Innovationsprojekt zwischen Natur, Mensch und Technologie

Was Fabian Schmidt-Pramov und Benjamin Schwegler eint, ist der Kampf gegen den Klimawandel und den Erhalt gesunder Lebensräume. Es war eine zentrale Frage, die bei ihrem Aufenthalt in Singapur im Raum stand: Wie kann man den Schutz und die Wiederherstellung von Wäldern nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial nachhaltig gestalten? Die Herausforderung dabei ist nicht nur technischer Natur, sondern liegt oft in der konkreten Umsetzung vor Ort. Wiederaufforstungsprojekte sind mehr als eine Umweltmaßnahme – sie sind komplexe soziale, wirtschaftliche und politische Prozesse, bei denen verschiedene Akteure und Interessen aufeinandertreffen.

Benjamin Schwegler fasst seine bisherigen Erfahrungen in Aufforstungsprojekten in Indonesien so zusammen: „Wir dürfen nicht nur Bäume pflanzen und hoffen, dass sich der Rest von selbst regelt. Jeder Baum ist Teil eines Systems, und das System wird von den Menschen beeinflusst, die mit dem Wald leben. Wir müssen ein Gleichgewicht zwischen Ökologie und den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Menschen schaffen."

Biodiversität als Basis für resiliente Ökosysteme

Die Bedeutung der Biodiversität reicht weit über den Schutz einzelner Arten hinaus. Sie bildet das Fundament stabiler Ökosysteme, die sich an Umweltveränderungen anpassen können. Artenreiche Wälder sind widerstandsfähiger gegenüber Schädlingen, Krankheiten und Extremwetterereignissen. Zudem sind sie essentiell für die Bestäubung von Pflanzen, die Regulation des Wasserkreislaufs und die Bereitstellung von Rohstoffen für den Menschen. Ohne Biodiversität würden ganze Nahrungsketten zusammenbrechen, was weitreichende Folgen für Landwirtschaft, Wasserversorgung und das globale Klima hätte.

„Die Natur funktioniert wie ein Orchester – jede Art spielt eine Rolle im Gesamtsystem. Fehlt eine Komponente, verändert sich das gesamte Gleichgewicht. Wir müssen sicherstellen, dass wir nicht nur Wälder aufforsten, sondern auch die Artenvielfalt innerhalb dieser Wälder stärken", sagt Fabian Schmidt-Pramov.

Innovatives Biodiversitätsmonitoring: Das Pilotprojekt von TREEO und biometrio.earth

Im Juni 2024 wurde ein wegweisendes Pilotprojekt von TREEO und biometrio.earth erfolgreich abgeschlossen. Dieses Projekt demonstrierte, wie moderne Technologien und die Einbindung der Lokalbevölkerung die Messung und Kommunikation von Biodiversität revolutionieren können. Innerhalb von 90 Monitoring-Tagen wurden auf den Aufforstungsflächen sieben Säugetierarten und 46 Vogelarten nachgewiesen. Viele dieser Arten

sind endemisch und haben einen sehr kleinen Lebensraum, der nur in der Projektregion vorkommt. Es wurden über 30.000 Audioaufnahmen gemacht und knapp 7000 Video- & Fotodateien ausgewertet. Neben einer digitalen Artenliste wurden Multimedia-Inhalte generiert, um die Biodiversität in den Projektflächen besser kommunizierbar zu machen.

TREEO, bekannt für seine präzisen Kohlenstoffmonitoring-Technologien, und biometrio.earth, Experten für daten- und KI-gestützte Biodiversitätsanalysen, kombinierten hier ihre Stärken, um ein umfassendes Bild der ökologischen Auswirkungen der von lokalen Kleinbauern durchgeführten Aufforstungsaktivitäten zu zeichnen.

Durch den Einsatz von Technologien wie Fernerkundung, Bioakustik und Wildtierkameras können detaillierte Daten über die Artenvielfalt gesammelt und diese Informationen transparent kommuniziert werden.

„Unsere Technologien ermöglichen es, den Zustand eines Ökosystems zuverlässig zu messen und die tatsächliche Wirkung von Projekten darzustellen", betont Fabian Schmidt-Pramov. „Dies schafft nicht nur wichtige Transparenz und bildet wichtige Kapazitäten auf der lokalen Ebene, sondern verbessert auch die Entscheidungsgrundlage in der Durchführung von solchen Projekten."

Die Rolle von Biodiversität im Klimaschutz

Wälder spielen eine zentrale Rolle im Kohlenstoffkreislauf der Erde. Durch Photosynthese nehmen Bäume CO_2 auf und speichern es über Jahrzehnte hinweg. Doch die Fähigkeit eines Waldes, Kohlenstoff zu speichern, hängt stark von seiner Biodiversität ab. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass artenreiche Wälder deutlich effizienter im Kohlenstoffspeicher sind als Monokulturen. Die Diversität an Pflanzen- und Tierarten sorgt für komplexe Wechselwirkungen, die das gesamte Ökosystem stabilisieren und somit langfristig gesünder und widerstandsfähiger machen.

Gleichzeitig schützt Biodiversität vor sogenannten „Kipppunkten" im Klimasystem. Wenn etwa durch Entwaldung ganze Regionen degradiert werden, können sie ihren Status als CO_2-Senken verlieren und selbst zu CO_2-Emittenten werden. Ein Beispiel dafür ist der Amazonas-Regenwald, der durch Abholzung an der Schwelle steht, von einer Senke zu einer Quelle von Emissionen zu werden.

Herausforderungen in der Praxis: Geschichten aus dem Feld

TREEO und Biometrio.earth arbeiten seit mehreren Jahren mit lokalen Gemeinschaften unter anderem in Indonesien zusammen. Dabei stoßen sie auf immer neue Herausforderungen. Benjamin Schwegler fasst seine Begegnungen so zusammen.

„Die Menschen begegnen uns oft und fragen sich ‚Warum sollten wir jetzt anfangen, noch größere Mühen auf uns zu nehmen, wenn wir nicht wissen, ob eure Herangehensweise in 20 Jahren noch funktioniert und auch für uns im Jetzt schon einen fühlbaren Erfolg bringt?' Diese Frage ist essentiell. Die Menschen brauchen nicht nur eine kurzfristige Lösung, sondern eine Perspektive für Generationen. Der Druck des alltäglichen Überlebenskampfes ist aber sehr groß."

Praktische Umsetzung: Vom Konzept zur Realität

Die größte Herausforderung in der Praxis ist daher oft nicht die technische Umsetzung, sondern das Zusammenspiel zwischen ökologischen Notwendigkeiten und den wirtschaftlichen Zwängen der lokalen Gemeinschaften. Viele Bauern benötigen kurzfristige finanzielle Unterstützung, bevor

sich nachhaltige Forstwirtschaft auszahlt. Die Verknüpfung von Wiederaufforstung mit agroforstwirtschaftlichen Methoden kann hier ein Schlüssel sein: Baumarten, die Früchte oder Nüsse tragen, ermöglichen bereits nach wenigen Jahren erste Einkünfte, während langfristig der CO_2-Zertifikate-Handel zusätzliche Einnahmen generieren kann.

Ein Wald, der Einkommen generiert, bleibt bestehen.

„Wir setzen auf Modelle, die nicht nur ökologische Vorteile bringen, sondern auch wirtschaftliche Stabilität für die Menschen schaffen. Ein Wald, der Einkommen generiert, ist ein Wald, der langfristig bestehen bleibt", erklärt Benjamin Schwegler.

Eine weitere Herausforderung ist die Verfügbarkeit von qualitativ guten Setzlingen und widerstandsfähigen Baumarten. Lokale Baumschulen und Kooperativen spielen hier eine essenzielle Rolle, indem sie Samenbanken aufbauen und Wissen über nachhaltige Anbaumethoden vermitteln. Die aktive Beteiligung der Gemeinden, etwa durch Schulungsprogramme, verbessert die Akzeptanz und fördert langfristige Eigenverantwortung.

Praktische Schritte für eine nachhaltige Zukunft

Die Wiederherstellung von Wäldern und der Schutz der Biodiversität sind langfristige Prozesse, die technologische Innovation, wirtschaftliche Nachhaltigkeit und soziale Akzeptanz erfordern. Die Projekte der beiden Unternehmen zeigen, dass Aufforstung dann am erfolgreichsten ist, wenn sie die Bedürfnisse der Menschen vor Ort einbezieht und wirtschaftliche Anreize schafft.

Fabian Schmidt-Pramov fasst es so zusammen: „Am Ende geht es darum, dass wir lernen, mit der Natur zu arbeiten, nicht gegen sie. Wir brauchen nicht nur mehr Bäume, sondern funktionierende Ökosysteme, die sich über Generationen erhalten können."

Für Geldgeber bedeutet dies, dass Investitionen in Biodiversität nicht nur eine ethische Notwendigkeit, sondern auch eine wirtschaftlich sinnvolle Strategie darstellen. Indem nachhaltige Landnutzungsmodelle, technologische Innovationen und partizipative Ansätze kombiniert werden, kann die Wiederaufforstung zu einem tragfähigen Modell für die Zukunft werden.

Und am Ende stehen immer die Existenzbedürfnisse der Menschen vor Ort. Ohne die Menschen vor Ort wird kein Modell dauerhaft

Foto: TREEO

funktionieren. Dies wird eine Herausforderung bleiben, da die Bedürfnisse der Menschen auf dieser Welt genauso divers sind wie ein gesunder Wald.

Der Weg in eine nachhaltige Zukunft

Wälder spielen eine Schlüsselrolle im globalen Klimaschutz und in der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Regionen. Damit Wiederaufforstungsprojekte erfolgreich sind, müssen sie über den reinen Umweltschutz hinausgehen und den Menschen vor Ort echte wirtschaftliche Alternativen bieten. Partnerschaften zwischen lokalen Akteuren, Wissenschaft und Technologieunternehmen können dazu beitragen, nachhaltige Modelle zu entwickeln, die sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Vorteile schaffen.

Biodiversität ist dabei weit mehr als ein Nebeneffekt: Sie ist das Fundament für gesunde, resiliente Ökosysteme und damit für die Zukunft unseres Planeten. Der Schutz der Wälder ist eine gemeinsame Verantwortung – und er erfordert innovative, langfristige und partizipative Lösungen.

Fabian Schmidt-Pramov

ist Experte für nachhaltige Waldwirtschaft und Klimaschutz. Er arbeitete in Privatwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit und ist Mitgründer von biometrio.earth, wo er die Geschäftsentwicklung leitet.
www.biometrio.earth

Benjamin Schwegler

Master-Absolvent der ESB Business School, ist Country Representative für TREEO in Indonesien und Experte für Agroforstwirtschaft. Er entwickelt nachhaltige Projekte, die ökologische und wirtschaftliche Ziele vereinen.
https://treeo.one/de/

FEEDBACK

„Die sachliche und multiperspektivische Darstellung zur Energiewende in der Ausgabe 02/2025 ist wohltuend unaufgeregt. Besonders die Analysen zur Versorgungssicherheit und Industriepolitik bieten echten Mehrwert für Entscheider und Interessierte gleichermaßen. Sehr fachkundig, die Beiträge!“

„Die Inhalte sind hervorragend – keine Frage. Aber warum ist das Heft teils kostenlos verfügbar und gleichzeitig macht man für kostenpflichtige Abos Werbung? Das wirkt inkonsistent?“

HERAUSGEBER: Wer es sich leisten kann und uns unterstützen möchte, wird um den Abschluss eines kostenpflichtigen Abos gebeten. - Alle anderen laden wir ein, kostenlos die Beiträge zu lesen. Niemand soll ausgeschlossen werden. Allerdings stellen wir fest, dass die Abo-Zahl (noch) niedrig ist.

„Als Politikstudent war ich begeistert, wie faktenbasiert und doch zugänglich das Heft die Energiewende beleuchtet. Ein konstruktives Gegengewicht zum medialen Alarmismus von allen Seiten!“

„Als Leserin verschiedener Magazine hat mich der Perspektivenwechsel im Heft 02/2025 beeindruckt. Besonders das Gespräch von Ruthardt mit Prof. Rixecker und mit Landesbischof Gohl eröffnet ungewohnte, aber interessante Denkansätze. Ich finde darin Tiefe und freue mich, dass man sich abseits des Mainstreams mit relevanten Themen beschäftigt.“

„Die Interviews und Artikel finde ich weitgehend gut. Allerdings scheint mir, als ob der Herausgeber ein Problem mit DIE GRÜNEN hat - das ist sehr schade und ich kritisiere das ausdrücklich!“

HERAUSGEBER: Ja, ich übe *auch* an der Politik von DIE GRÜNEN Kritik. Im Magazin finden wir jedoch eine Fülle an Perspektivenwechsel.

In dieser Ausgabe beispielsweise das Gespräch mit Kathrin Henneberger. Zur CO_2-Reduzierung lesen Sie einen Beitrag von Lars Becker.

Und: Man beachte bitte die Beiträge mit Jörn Didas, Prof. Dr. Karl-Hans Bläsius, Josef Mühlbauer, Dr. Stefan Ferber und anderen, die sehr wohl Themen von DIE GRÜNEN besprechen.

Illustration: Ralf M. Ruthardt via ChatGPT

Ruanda: **Wenn Schüler zu Bildungshelfern werden**

von Veronika Wetzel

Um die Schulbildung anderer Kinder zu gewährleisten, spenden 25 Jugendliche der ruandischen Organisation „Save the future society“ ihr Taschengeld. Die junge Journalistin Veronika Wetzel gibt inspirierende und berührende Einblicke.

Paris gibt es nicht nur in Frankreich, sondern auch in Ruanda. Doch statt des glitzernden Eiffelturms erwarten einen hier ein paar einfache Lehmhäuser versteckt zwischen Bananenbäumen. Eine ungeteerte Straße führt in das Dorf. Vor einem Haus sitzt eine kleine Gruppe Erwachsener auf Holzbänken, die Kinder sitzen auf einer Plastikplane auf dem Boden, nur ein paar Jugendliche haben Platz auf dem Sofa bekommen, das für sie in den Garten getragen wurde. Sie sind die Ehrengäste des Tages. Denn: die Zukunft der Kinder zu ihren Füßen liegt in ihrer Hand.

Die Jugendlichen sind Mitglieder der Organisation „Save the future society“, zu dem Treffen haben sie die ärmsten Familien des Dorfes eingeladen. Die Organisation unterstützt Familien in finanzieller Not, in erster Linie greift sie bei der Finanzierung von Schulgebühren und -materialien unter die Arme. „Jedes Kind sollte Bildung erhalten. Wenn die Eltern des Kindes dafür nicht aufkommen können, dann brauchen die Kinder andere Personen, die dafür sorgen“, erklärt der 17-jährige Steve Nsengiyumva seine Motivation, die Organisation 2020 zu gründen. „Außerdem möchten wir den Kindern vermitteln, dass sie nicht in Armut leben müssen, nur weil sie in Armut aufgewachsen sind, sondern, dass ihre Zukunft in ihrer eigenen Hand liegt.“

Die Organisation finanziert sich bisher ausschließlich darüber, dass ihre 25 Mitglieder, die selbst alle noch zur Schule gehen oder studieren, ihr Taschengeld spenden. Jeder der Schüler und Studenten spendet pro Trimester 2,000 Ruanda Franc (RWF) an „Save the future society“ – das sind umgerechnet rund zwei Euro. Die Gebühren für den Kindergarten betragen in Ruanda rund 5,000 RWF, für die Grundschule rund 10,000 RWF. Mit dem gesammelten Geld bezahlen die Jugendlichen dann Kleidung, Essen, Schulmaterialien, Schulgebühren und Krankenversicherung. „Das Geld geben wir nicht den Familien selbst, sondern direkt an die Schulen und Versicherungen oder kaufen damit ein. Denn einige Eltern, die in Armut leben, sind von Drogen abhängig und wir können nicht überprüfen, wofür sie das Geld ausgeben“, erklärt Steve.

Welche Familie Unterstützung benötigt, ermitteln die Mitglieder der Organisation, die über das ganze Land verstreut wohnen, über den Dorfvorsteher, der die Familien kennt und weiß, wer in finanziellen Schwierigkeiten steckt. Um herauszufinden, welche Form von Unterstützung benötigt wird, besucht ein Mitglied der Organisation gemeinsam mit dem Vorsteher die bedürftige Familie. Die Unterstützung erhalten die Familien jeweils für ein Jahr, benötigen die Familien weiter Hilfe, laufen auch die Spenden weiter. Wenn die 2000 RWF, die die Schüler von ihrem Taschengeld an die Organisation abgeben, nicht ausreichen, spenden sie – wenn möglich – mehr, ansonsten bitten sie ihre Eltern oder andere Erwachsene um eine Leihgabe. „Wir wollen, dass sich die unterstützten Eltern keine Sorgen wegen ihrer finanziellen Situation machen müssen. Sie sollen wissen, dass sie durch unsere Organisation abgesichert sind“, betont Steve.

Finanzielle Sicherheit durch die Unterstützung von „Save the future society“ hat Dativa Uwizimana erlebt. Die siebenfache Mutter, die als erste Person Unterstützung von der Organi-

sation erhielt, könnte sich den Schulbesuch ihrer Kinder ohne die Hilfe nicht leisten. Sie ist alleinerziehend, wegen einer Erkrankung aktuell nicht arbeitsfähig. „Save the future society“ hat neben den Schulgebühren für sie auch Lebensmittel und eine Lebensversicherung bezahlt. „Ich habe mir immer Sorgen darüber gemacht, wie ich die Schulgebühren bezahlen soll, ich wusste nicht, wo ich das Geld für Essen und meine Rente auftreiben kann. Aber jetzt fühle ich mich abgesichert und auch meine Kinder sind unbeschwerter geworden.“

In Ruanda gibt es zwar bereits Hilfsorganisationen wie Sand am Meer: Klimaschutzorganisationen, Organisationen, die sich für Mädchen- und Frauenrechte einsetzen und vor allem solche, die sich der Versöhnungsarbeit nach dem Völkermord 1994 verschrieben haben, aber auch zahlreiche Organisationen, die Kinderarmut bekämpfen. Trotzdem war es den Jugendlichen wichtig, ihre eigene Initiative zu starten. „Wir spenden unser Taschengeld nicht an andere Hilfsorganisationen, weil wir den Schülern beibringen möchten, das wenige, das sie haben, mit anderen zu teilen“, erklärt Steve. Ein Vorteil von „Save the future society“ sei außerdem, dass die Organisation in Ruanda gegründet wurde, während viele andere Hilfseinrichtungen aus dem Ausland stammen. „Wir kennen die Lebenssituation der Menschen und wissen daher genau, welche Hilfe sie brauchen. Um zu lernen, benötigt man nicht nur Geld für die Schulgebühren, sondern auch finanzielle Sicherheit in der Familie.“

Die ruandische Bevölkerung ist extrem jung, rund die Hälfte der Einwohner des ostafrikanischen Landes ist jünger als 18 Jahre. Zwar werden fast alle Kinder in die Grundschule eingeschrieben, aber viele steigen aus der Schule aus, rund 26 Prozent der Jugendlichen haben die weiterführende Schule nicht beendet oder nie besucht. Auch zehn der aktuell 25 Mitglieder von „Save the future society“ konnten die Schule für eine bestimmte Zeit nicht besuchen – Steve war einer von ihnen. Nach dem Tod seines Vaters konnte seine Familie die Schulgebühren nicht mehr bezahlen. Nur weil Pallottinerinnen für die Kosten aufkamen, konnte er an die Schule zurückkehren. „Wir Schüler wissen am besten, wie wichtig Bildung ist und wie schwierig es ist, nicht in die Schule gehen zu können“, so der 17-Jährige über seine Motivation, sein Taschengeld zu

Illustration: Ralf M. Ruthardt via ChatGPT

teilen. Spenden von Erwachsenen zu sammeln, sei keine Option gewesen, „denn es ist sehr schwierig, in Afrika Erwachsene zu finden, die bereit oder in der Lage dazu sind, Geld für andere zu spenden."

In Zukunft möchte die Organisation Sponsoren aus dem Ausland anwerben und direkt mit den Kindern in Kontakt bringen, damit die Unterstützer wissen, wem sie helfen. Die Mitglieder von „Save the future society" sollen dann in erster Linie noch als Mittler fungieren. Wie konkret das gelingen kann, da ist sich der Gründer aber selbst noch nicht sicher. Doch auch das Spenden des Taschengelds soll ausgebaut werden. So plant die Organisation, die Schüler, die finanzielle Unterstützung erhalten, dazu zu animieren, Spendenclubs an ihren Schulen zu gründen. Dort sollen sich Schüler zusammenschließen, die der Organisation gemeinsam einen Teil ihres Taschengeldes geben.

Dass die Kinder die Bildung, die ihnen finanziert wird, schätzen, merkt man an ihrem Ehrgeiz und Wissensdurst. Nach der Informationsveranstaltung von „Save the future society" gibt es einen Wettbewerb: Die Kinder sollen die Namen anderer Kinder aufzählen, viele wollen sich viel mehr merken, als ihnen aufgetragen wurde. Sie wetteifern miteinander, wer sich an mehr Namen erinnert.

Über den kleinen Köpfen der Kinder kreisen große Träume: Sie wollen Ärzte, Polizisten, Piloten und Lehrer werden. Sie scheinen zu wissen: der einzige Weg zu ihren Zielen ist Bildung.

Erstveröffentlicht am 15.01.2023 von Veronika Wetzel in DIE TAGESPOST.
https://www.die-tagespost.de/leben/aus-aller-welt/schueler-spenden-fuer-schueler-art-235007

Veronika Wetzel
schreibt als freie Journalistin für die katholische Wochenzeitung „Die Tagespost" und das „Cicero-Magazin". Ihr Fokus liegt auf Subsahara-Afrika.

IM RÜCKSPIEGEL

Miteinander – wenn keiner mehr zuhört

von Markus Coenen

Foto: Ralf M. Ruthardt

Es gibt Workshops für Teamarbeit, Bücher über gewaltfreie Kommunikation und sogar Spieleabende zur Teambildung (nicht zu vergessen der Klettergarten) – aber in den Pausen sprechen die Leute nicht **miteinander**, sondern **übereinander**.

Oder noch lieber über Menschen die aktuell grade nicht da sind. Das dann wieder miteinander.

Wir leben in einer Zeit, in der das Miteinander wie ein Hochglanzversprechen überall auftaucht. Auf Firmenwebseiten, in politischen Sonntagsreden, auf Plakaten und bei Instagram-Zitaten vor Sonnenuntergang.

Aber sobald's ernst wird – wenn es nicht mehr um gemeinsame Ziele, sondern um unterschiedliche Interessen geht – dann wird's dünn.

Dann zeigt sich, wie schnell aus „Wir ziehen an einem Strang" ein „Du bist nicht teamfähig" wird.

Neee Interessen haben im Miteinander keinen so rechten Platz …

Früher war Miteinander… anders.

Blicken wir zurück.

Früher – in der Familie, im Verein, am Arbeitsplatz – war das Miteinander oft weniger ein Ideal als eine Struktur. Man gehörte dazu. Man wusste, was man zu tun hatte. Und wer ausscheren wollte, spürte schnell: Das Miteinander hat Regeln.

Es war ein Miteinander im Gleichklang – manchmal harmonisch, oft aber auch nur stillgestellt. Man schwieg sich an, statt sich zu streiten. Hauptsache Ruhe. Hauptsache Ordnung. Hauptsache: kein Aufruhr.

Früher war halt auch mehr Lametta.

Heute: Das Miteinander als Haltung – oder als Image?

Heute ist alles anders. Individualität zählt. Diversität wird gefeiert.

Und das ist gut so. Im Prinzip.

Doch gleichzeitig wirkt das moderne Miteinander oft wie ein Imageprojekt. Wir sprechen viel darüber, wie wichtig Respekt, Toleranz und Dialog sind – aber leben wir das auch?

Solange es nicht zu anstrengend wird sind viele Dabei.

In Unternehmen wird „Wir-Kultur" gepredigt, aber bei der nächsten Umstrukturierung bleibt vom Miteinander nur noch ein HR-Newsletter. Natürlich mit Feedback-Funktion.

In Social Media predigen Menschen Achtsamkeit – und liefern sich im nächsten Kommentarbereich den verbalen Schlagabtausch. Entbehrt auch irgendwie nicht einer gewissen Komik.

Echtes Miteinander hält Widerspruch aus

Vielleicht ist das der eigentliche Punkt: **Miteinander heißt nicht, immer einer Meinung zu sein.** Es heißt auch nicht, jede Spannung zu vermeiden.

Ein echtes Miteinander hält Widerspruch aus. Es braucht kein Gleichklang, sondern Reibung – nicht um zu gewinnen, sondern um zu verstehen. Um Raum zu lassen. Um Unterschiede nicht als Bedrohung zu sehen, sondern als Angebot.

Miteinander beginnt nicht da, wo alle nicken.

Es beginnt da, wo wir bereit sind, **zuzuhören, auch wenn wir nicht zustimmen.**

Ein letzter Gedanke

Vielleicht geht es gar nicht darum, das Gegeneinander auszuschließen. Vielleicht ist es genau das, was das Miteinander herausfordert – und zugleich kostbar macht.

Miteinander entsteht nicht in Einhorn-Wohlfühlzone. Nicht mal dann, wenn wir uns das alle sooooo sehr wünschen.

Es entsteht, wenn wir uns entscheiden, **trotz Unterschiedlichkeit in Verbindung zu bleiben.** Wenn wir sagen: Ich verstehe dich nicht – aber ich bleibe im Gespräch.

So gesehen ist das Gegeneinander kein Feind. Sondern die Einladung, das Miteinander wirklich ernst zu nehmen.

Markus Coenen

ist seit mehr als 15 Jahren Autorencoach, Spezialist für Buchmarketing, PR und Positionierung, Autor, Redner und Unternehmer.

https://markus-coenen.de/

Unterstützen Sie unser Engagement mit einem ABO!

www.mitmenschenreden.de

Anzeige

PR für Autoren?
Ein Job für Spezialisten

www.markus-coenen.de

In Kooperation mit based. Podcast

ZWISCHEN FRONTEN

von Benjamin Scherp & Dominik Steffens

Der Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie gilt vielen als Triumph der Demokratie. Doch aktuelle Recherchen zeigen ein anderes Bild. Journalist Daniel Gräber hat interne Dokumente aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz freigeklagt – und stieß auf brisante Hinweise: Fachliche Empfehlungen wurden ignoriert, politisch unbequeme Vermerke zurückgehalten. War der Atomausstieg weniger ein Beschluss der Politik – und mehr das Werk eines tief verankerten Netzwerks? Im Podcast-Gespräch erläutert Gräber, wie aus der Anti-Atomkraft-Bewegung ein staatstragendes Machtkartell wurde.

Vom Protest zur Macht: Wie es zum Atomkraft-Ausstieg kam – gegen Rat und Realität

Deutschland ist aus der Atomkraft ausgestiegen. Im April 2023 kam es zu dem historischen Moment - der Energiekrise zum Trotz. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat der Bundesrepublik eine ihrer wichtigsten Energiequellen kurzerhand entzogen. Auf russisches Gas wollten sie in Zukunft verzichten. Die Ampel-Koalition konnte sich nur schwer dazu durchringen, die letzten drei Meiler noch drei Monate laufen zu lassen. Trotz des Notstandes wollte man die Kernkraft so schnell wie möglich loswerden.

Im vergangenen Jahr kamen dann die sogenannten “AKW-Files” ans Licht. Der Journalist Daniel Gräber vom Magazin Cicero hat sie im Zuge seiner investigativen Recherche zum Atomausstieg freiklagen können. Über anderthalb Jahre kämpfte er vor Gericht um die Freigabe der internen Dokumente des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) unter Minister Robert Habeck. Das Ergebnis war skandalös.

Gräbers Recherchen zeigen, dass Fachabteilungen im BMWK frühzeitig empfahlen, die Laufzeiten der letzten deutschen Kernkraftwerke zu verlängern, um die Energieversorgung zu sichern. Ein entsprechender Vermerk der Stromsicherheitsabteilung wurde jedoch zurückgehalten und erreichte Minister Habeck möglicherweise nie. Politische Spitzenbeamte schienen ihre ideologischen Ziele über fachliche Empfehlungen gestellt zu haben.

Doch dabei ging es zunächst nur um eine mögliche Verlängerung. Wer den Atomausstieg verstehen will, der muss in das Jahr 2011 blicken. Da wurde der deutsche Ausstieg aus der Kernenergie unter Kanzlerin Angela Merkel entschieden. Und somit ausgerechnet von der eigentlich als “Pro-Atom” geltenden Koalition aus FDP und CDU. Heute wird dies von Atomkraft-Gegnern gerne als Argument angeführt, wenn Mitglieder der liberalen Partei oder der Union für die Nukle-

arenergie plädieren. Doch diese Darstellung ist unterkomplex.

Die Grünen und die Atomkraftbewegung

Der Atomausstieg ist jahrzehntelang im Vorfeld vorbereitet worden. Bereits seit Mitte der Siebziger gab es an fast allen Atomkraftwerken wachsenden Widerstand. Die verschiedenen lokalen Initiativen erkannten jedoch früh, dass ein regional begrenzter Protest weniger sinnvoll ist. Somit kam es zur Kooperation untereinander und der Teilnahme an informellen Landes- oder Bundeskonferenzen.

In der Gründungsphase der Grünen stellten die Anti-Atomkraft- und die Friedensbewegung die wichtigsten Quellen der Partei dar, um Wähler und Mitglieder zu gewinnen. Die Anti-Atomkraft-Bewegung in Deutschland war somit maßgeblich an der Entstehung der Partei beteiligt und prägte ihre Identität von Anfang an mit.

In der Regel bleiben sozialen Bewegungen die „klassischen" Partizipationszugänge politischer Systeme verwehrt. Das föderale politische System der Bundesrepublik erwies sich in der Vergangenheit jedoch als offen - insbesondere für die Anti-Atomkraftbewegung. Die Grünen konnten sich schnell im deutschen Parteiensystem etablieren.

Mit Ausnahme der Legislaturperiode von 1990 bis 1994 waren die Grünen bis heute konstant Teil des Bundestages. Das Verhältnis der Bewegung zu der Partei änderte sich allerdings bereits in den Achtzigern. Die Übernahme der inhaltlichen Positionen hat nicht mehr uneingeschränkt funktioniert, weil die Grünen ein konsistentes Programm aufstellen wollten. Auch die Organisationsform verändert sich durch die parlamentarische Arbeit.

Allerdings verfolgten sie inhaltlich nach wie vor sehr ähnliche Ziele und das Einziehen der Partei war trotzdem wichtig für das Erreichen der Ziele der Anti-Atomkraftbewegung. Mit den Grünen saß erstmals eine Partei im deutschen Parlament, die gegenüber der Atomkraft negativ eingestellt war. Neben des Unfalls in Tschernobyl 1986, wirkte nämlich das Erstarken der Grünen maßgeblich daran mit, dass die SPD in den Neunzigern ihre Haltung gegenüber der Kernenergie fundamental änderte. So formierte sich die "Anti-Atomkraft-Koalition".

Der Atomausstieg wird erstmals Anfang der 2000er besiegelt

Nach 2000 gab es entscheidende Veränderungen in der deutschen Atompolitik. Mit der Anti-Atom-Koalition aus SPD und Grüne, die von 1998 bis 2005 regierte, ist der Atomausstieg das erste Mal auf den Weg gebracht worden. Am 14. Juni 2000 stellte die Bundesregierung mit den Betreibern der damals 19 aktiven Atomkraftwerke den sogenannten Atomkonsens her.

Es wurde beschlossen, dass eine bestimmte Reststrommenge produziert werden durfte, und dass die Atomkraftwerke insgesamt nur maximal 32 Jahre lang in kommer-

Foto: Lisa Sophie Kempke

Dominik Steffens

ziellem Betrieb sein dürfen. Aufgrund von Zugeständnissen an die Energiewirtschaft gelang der Regierung der vor allem von Grünen gewünschte sofortige Atomausstieg nicht. Im Jahr 2002 wurde dieser sogenannte “Phase-Out” dann im Bundestag beschlossen.

Eine verlorene Vertrauensfrage 2005 sorgte dafür, dass die Große Koalition die rot-grüne Regierung ablöste. Im Wahlkampf spielten Energie- und Umweltpolitik nun keine große Rolle. Nur die Grünen thematisierten diese Bereiche. Ungeachtet der Differenzen zwischen SPD und CDU wurde die ökologische Transformation in der GroKo fortgesetzt.

Im Jahr 2009 kam dann jedoch die bereits erwähnte Pro-Atom-Regierung aus FDP und CDU an die Macht. Diese wollte den 2002 verabschiedeten Atomausstieg rückgängig machen und die Laufzeit der Kernkraftwerke verlängern. Das entsprechende Gesetz wurde am 28. September 2010 im Bundestag verabschiedet. Die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängerte sich damit um durchschnittlich 12 Jahre.

Vom bis dato eingeschlagenen energiepolitischen Kurs ist damit also nicht vollends abgewichen worden. Die Atomenergie diente lediglich als Technologie für den Übergang zu erneuerbaren Energien. Die Gewinne der AKW-Betreiber waren für die Finanzierung der erneuerbaren Energien gedacht.

Kein Raum für Widerspruch: Fukushima beendet die Atomdebatte

Doch der Siegeszug durch die Institutionen seitens der Anti-Atomkraftbewegung und auch die Stärke der Bewegung gingen nicht spurlos am Energie-Diskurs Deutschlands vorbei. Vor dem Hintergrund dieses politischen Umfeldes wird es kaum verwundern,

dass die medialen Debatten in Deutschland rund um das große Atomunglück in Fukushima emotional und alarmistisch ausfielen.

Laut einer Diskursnetzwerkanalyse (Haunss et al.: 2013) kam es nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima 2011 in Deutschland zu einem rasanten Wandel im öffentlichen Diskurs über die Atomenergie. Es hat sich in kurzer Zeit eine dominierende Koalition aus Politik-nahen Akteuren, Umweltverbänden, Wissenschaftlern sowie großen Medien gebildet, die einheitlich den schnellen Atomausstieg forderte. Kritische Stimmen – etwa aus Industrie oder konservativen Kreisen – verloren dabei schnell an medialer Sichtbarkeit.

Der Diskurs wurde dadurch weitgehend geschlossen. Positionen pro Atomkraft gab es kaum. Laut der Studie trug dieser kommunikative Umschwung in den Medien maßgeblich zur politischen Legitimation und Umsetzung des beschleunigten Atomausstiegs bei – weit über rein sachliche oder technische Überlegungen hinaus. Somit ist die Verantwortlichkeit von Merkels CDU und der FDP zumindest vor dem Gesichtspunkt der jahrelang vorbereiteten Diskursmacht der Grünen und der Anti-AKW-Bewegung zu betrachten.

Im Juni 2011 verabschiedete der Deutsche

Bundestag ein zweites Mal den Atomausstieg. Die Entscheidung gilt als direkte Reaktion auf den Unfall in Fukushima drei Monate zuvor. Bis zum Ende des Jahres 2022 sollte jedes Atomkraftwerk in Deutschland abgeschaltet werden. Acht der 17 Atomkraftwerke, die bis einschließlich 1980 errichtet worden sind, wurden bereits 2011 abgeschaltet. Zwischen 2015 und 2021 wurden dann weitere sechs Kraftwerke abgeschaltet. Die letzten drei Meiler dann mitten in der Energiekrise.

Die Errichtung eines "Energiewendestaates"

Daniel Gräber hat mit seinen Recherchen zeigen können, dass die AKW-Bewegung nicht nur den Diskurs maßgeblich mitgeprägt und jede Debatte unterbunden hat. Bei den Protesten in den 70er- und 80er-Jahren formierte sich ein Kern von Politikern, die später in Parlamente und Ministerien aufstiegen. Sie wurden neben den ökologischen Aktivisten von maoistischen K-Gruppen unterstützt. Diese Pioniere, unter ihnen Figuren wie Jürgen Trittin und Joschka Fischer, verfolgten das Ziel des Atomausstiegs über Jahrzehnte hinweg. Nach Einschätzung Gräbers haben sie einen großen Einfluss auf die grüne Partei.

Seit dem Regierungsantritt von Rot-Grün auf Bundesebene 1998 wuchs ihre Macht mit jeder Legislaturperiode. Sie würden mittlerweile bis tief in den Staat hineinwirken. Sie übernahmen Gräber zufolge die Techniken des "Atomstaates", also Verfilzung von Staat und Atomkonzernen, die sie zuvor verachteten. "Die haben die damals so gut studiert, um sie zu bekämpfen, dass sie sie dann eigentlich eins zu eins nachgeahmt haben." Der "Energiewendestaat" sei quasi der Atomstaat in Grün - aber mit dem entscheidenden Unterschied, dass viel weniger hingeguckt werde.

Eine eng vernetzte energiepolitische Funktionärsschicht aus Politikern, Thinktanks, NGOs und Lobbyisten entstand. Bis heute beeinflusst dieses Bündnis zentrale energiepolitische Maßnahmen. Gräber nennt die Verstrickung der Bewegung in die institutionellen Strukturen in seinem Buch „Akte Atomausstieg" den "Energiewendestaat". "Er beherrscht die Energiepolitik so sehr, dass selbst ein Minister zuweilen machtlos ist", so Gräber in unserem Podcast. Minister Robert Habeck habe in der Energiekrise nicht einmal eine Entscheidung durchsetzen können, die Deutschland zugutegekommen wäre,

Habeck soll dem Cicero-Journalisten zufolge beim Thema Kernkraft-Verlängerung keine ideologische Rolle eingenommen. Der Staat selbst, so Gräbers Fazit, ist zum Träger einer politischen Utopie geworden, in der wissenschaftliche und wirtschaftliche Realitäten zweitrangig sind. Parteien und deren Politiker lassen sich abwählen - diese Verstrickungen bleiben jedoch bestehen. Die Ziele der Energiewende bleiben somit ohne Mitentscheiden der Wähler auf der Agenda. Ein Coup der Bewegung.

based. ist ein Podcast, in dem Journalismus mit Neugier und Respekt gemacht wird.

Dafür sprechen wir, Benni und Dominik, als junge Journalisten wöchentlich mit Menschen, die Debatten durch ihre starken Meinungen prägen. Denn ***based.*** zu sein bedeutet zu seiner Meinung zu stehen – auch gegen den Strom! Wir glauben von Menschen mit starken Meinungen, egal aus welcher Richtung, etwas lernen zu können. ***based.*** wird jeden Montag aus unserem Podcaststudio in Berlin gesendet!

Anzeige

Dennis Jung ist endlich auf Erfolgskurs. Jedenfalls, was seinen Job anbelangt, hat er es schon weit gebracht. Als Chef einer NGO kümmert er sich um die Klimakrise – bis er, völlig überraschend, selbst in eine Überlebenskrise gerät. Auf hoher See sieht seine Welt plötzlich ganz anders aus.

Einmal mehr wagt sich Ruthardt an ein gesellschaftspolitisches Thema – und wundert sich nicht, das nach der Bundestagswahl 2025 ein Kritikpunkt seines Romans maximal aktuell ist: Die NGOs und deren Mitfinanzierung durch eine Bundesregierung.

»Ein Roman, der Narrative entlarvt – und zum Nachdenken zwingt.«

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas

»Kaum ein Autor in der aktuellen deutschsprachigen Literatur traut sich das, was Ruthardt uns mit Leichtigkeit zumutet. Gerade deshalb lesenswert.«

Nickolas Emrich | SPIEGEL-Bestseller-Autor

Untergang der »GREEN«
Roman
von Ralf M. Ruthardt
Taschenbuch | € 18
180 Seiten
ISBN 978-3982705903

Foto: Jona Ruthardt

Mehr als schöne Worte

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Erich Pfefferlen

Warum Gedichte mehr sind als schöne Worte: Im Gespräch mit Lyriker Erich Pfefferlen über die Kraft der Sprache, die Kunst des Weglassens – und warum Lyrik unsere Gesellschaft braucht, gerade jetzt. Ein Plädoyer für das Poetische.

Ralf M. Ruthardt | Herzlich willkommen, Erich Pfefferlen, zu unserem Gespräch im schönen Horgau bei Augsburg. Du bist ein vielfach preisgekrönter Lyriker und lass uns daher zunächst darüber nachdenken, welchen Sinn und Zweck lyrische Texte haben. Mich interessiert deine Expertise zur und deine Einordnung von Lyrik.

Erich Pfefferlen | Lass es mich, lieber Ralf, den Nutzen der Lyrik in kurzen Worten so beschreiben: Sie dient der Schärfung der Sinne für die äußere(n) und innere(n) Welten. Lyrische Texte können zu mehr Sensibilität gegenüber Mitmenschen, Tieren und Pflanzen, ja, der Natur überhaupt beitragen. Dann ist da die Steigerung der kritischen Wahrnehmung und – als Konsequenz – des bewussten, sinnvollen Handelns.

Ich sehe aber auch, dass durch Lyrik mehr Empathie entstehen kann. Das Therapeutische ist ein weiterer Aspekt. Wir kennen es aus der Psychotherapie, wo das Verfassen von Texten, auch lyrischen Texten, eingesetzt wird.

Natürlich ist die Lyrik für die Bildung von Menschen wichtig. Wenn wir an die Schulen denken, wo junge Leute den Umgang bzw. den Gebrauch von Sprache anhand der Lyrik ausgesprochen gut erlernen und trainieren können. Schließlich wollen wir die sprachliche Zukunft der Jugend nicht auf das Niveau von Kurznachrichten reduziert wissen. Ich spreche aus langjähriger Erfahrung als Pädagoge und Germanist.

Ralf M. Ruthardt | Danke für diesen Gesprächseinstieg. Denn die Lyrik scheint mir eine in den Hintergrund oder ins allgemeine Vergessen geratene Disziplin zu sein. Womöglich ist sie mehr im Bewusstsein derer, die solche lyrischen Texte verfassen, als auf der Bücherliste derer, die sich als Leserinnen und Leser für Literatur interessieren.

Kann man sagen, dass der Lyrik ein ökonomisches Prinzip innewohnt? Also der konsequent minimalistisch-sinnorientierte Einsatz von Worten. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass das Verfassen lyrischer Texte eine hohe Konzentration abfordert, verbunden mit Kreativität. Darin sehe ich geradezu ein betriebswirtschaftliches Prinzip: mit dem minimalen Einsatz der Ressource Wort eine gewünschte Botschaft beziehungsweise Aussage transportiert zu bekommen.

Nun ein Perspektivenwechsel zu dem, der Lyrik liest. Für diesen erschließt sich mit wenig und konzentriertem Zeiteinsatz beim Lesen potentiell eine ganze Welt zum Nachdenken. Die Lyrik scheint mir somit für Leserinnen und Leser ausgesprochen wertig zu sein, wenn sie konsequent gut verfasst ist. Ist es insofern nicht zu bedauern, dass Lyrik im Literaturbetrieb und insbesondere im Kontext von mangelnder wirtschaftlicher Bedeutung für den Buchhandel kaum vorkommt?

Erich Pfefferlen | Es ist Realität, dass es wirklich viele Menschen gibt, was erfreulich ist, die gerne – und nicht wenige auch gute – Lyrik verfassen. Aber es sind wenige Leser, die sich für die Lyrik interessieren oder sogar bereit sind, Geld für einen Gedichtband auszugeben. Und deshalb ist kaum verwunderlich, dass Verlage sie nur zögerlich und wenn, dann zahlenmäßig in bescheidener

Auflage anbieten. Mit Lyrik kann niemand, wirklich niemand reich werden: weder der Verlag, noch der Buchhändler, und auch kein einziger Lyrikschreibender in Deutschland.

Ralf M. Ruthardt | Die vielen Wettbewerbe und Preisverleihungen für lyrische Texte scheinen daran nichts Entscheidendes zu verändern.

Ist ein Problem der Lyrik, dass sie bei dem, der sie verfasst, nicht verzeiht, wenn er nicht konzentriert oder mit einer gewissen Beliebigkeit oder nur mit Eitelkeit zugange ist?

Erich Pfefferlen | Dazu möchte ich sagen: Es ist richtig, dass man sich beim Schreiben fokussieren muss. Und dies sowohl im Hinblick auf formal-ästhetische Aspekte als auch auf die des Inhalts, also der Aussage. Ich denke an die 1960er-Jahre. Damals wurde politische Lyrik ein Trend. Die Gefahr ist bei solchen Entwicklungen groß, dass die Qualität der Poesie dem zwanghaften Drang nach einer bestimmten Aussage im Sinne des jeweiligen Trends zum Opfer fällt. Wenn Lyrik für bestimmte Zwecke instrumentalisiert wird, geht dies in der Regel mit einem enormen Qualitätsverlust einher. Dass aus den 1960er-Jahren von dieser sogenannten politischen Lyrik kaum etwas überlebt hat, ist für mich daher nicht verwunderlich.

Dass es auch anders möglich ist, zeigt sich am Beispiel Georg Büchner, dessen Texte bis heute bedeutsam sind und zu Recht auch in den weiterführenden Schulen gelesen werden, auch und gerade wegen ihrer in hohem Maße politisch-gesellschaftskritischen Aussagekraft. Und das nicht nur im historischen Kontext des Jungen Deutschland. Büchner ist wichtigster Autor dieser Literaturepoche neben dem Lyriker Heinrich Heine; mit ihrer Bedeutung und Aussagekraft sind sie beide relevant bis in unsere politische und gesellschaftliche Realität von heute. Lyrik als eine der drei literarischen Hauptgattungen – Epik, Lyrik und Dramatik – mit hohem und höchstem Qualitätsanspruch bei Sprache, Form und Inhalt ist die eine Sache. Doch Gedichte haben durchaus auch eine Daseinsberechtigung, wenn sie nicht hohen literarischen Ansprüchen genügen.

Nennen wir ein Beispiel: Bei einer Hochzeit wird ein Gedicht zu Ehren des vermählten Paares vorgetragen. Jeder schmunzelt über die mit Fröhlichkeit anlassbezogene Lyrik, die keine besondere literarische Bedeutsamkeit hat, sondern einfach „nur" den Moment verschönern und der Hochzeitsgesellschaft, vor allem den frisch Vermählten, eine Freude bereiten soll. Solche Lyrik hat auch einen Wert und ihre Berechtigung, gleichwohl sie kein literarisches Meisterwerk zu sein braucht.

Ralf M. Ruthardt | Ja, ein sehr schönes Beispiel, lieber Erich, für eine im Lebensalltag zur Freude der Menschen angewandte Lyrik. Dabei haben die Leute, die solche Gedichte verfassen, sicherlich eine Kompetenz dazu im Deutschunterricht erworben. Sprich, der Einsatz von Sprache will erlernt und praktiziert sein.

Lyrik macht Menschen sensibler und wacher.

Erich Pfefferlen | Die Frage ist immer, welchen Anspruch man mit Gedichten verbindet. So ein Hochzeitsgedicht für Freunde oder Verwandte, also ein Gelegenheitsgedicht, will man ja nicht in einem Gedichtband der Lyrikbibliothek lesen. Und trotzdem hat es im Zusammenhang mit dem schönen Fest einer Hochzeit seine Berechtigung. Wenn das Gedicht nicht nur vorgetragen, sondern auch schriftlich festgehalten wird, kann es zum Beispiel viele Jahre später noch an den

Hochzeitstag erinnern, ähnlich schön wie Hochzeitsfotos. Es gilt aber nicht nur für die Lyrik, dass neben der Hochliteratur auch die Unterhaltungsliteratur und sogar Trivialliteratur ihre Berechtigung und Wert haben.

Arztromane oder Liebesromane möchte ich hier als Beispiele nennen, einschließlich der Heftchenromane, die ja nicht voreilig und unberechtigt mit Schundromanen gleichzusetzen sind. Und schon deshalb auch ihre Berechtigung haben, da sie oft wertiger sind als so manche im Fernsehen gezeigte Serie. Sie müssen gelesen werden, setzen also Lesekompetenz voraus und fordern eigene Vorstellungskraft und Fantasie, was den Inhalt betrifft, haben also unbestreitbar zumindest einen gewissen Anspruch. Alleine schon dadurch, dass sie Emotionen transportieren und die Leute mit einem Spannungsbogen beim Text halten möchten. Dass die Leserinnen und Leser bei der Lektüre solcher Heftchenromane gern in die regelmäßig rosarot gezeichnete Traumwelt mit „happy end" eintauchen, und dies als willkommene Kontrastwelt zum nicht selten harten Arbeitsalltag, zum Beispiel in der Fabrik, erleben und genießen können, ist im Grunde nicht zu kritisieren.

Ralf M. Ruthardt | Die Demokratisierung beim Veröffentlichen von Literatur ist eine Entwicklung, die seit einigen Jahren zu massiven Veränderungen in der Buchbranche führt. Viele Menschen können mit überschaubaren finanziellen Mitteln unabhängig einer Relevanz- oder Qualitätsfrage Bücher auf den Markt bringen. Ob im Selbstverlag, über sogenannte Selbstkostenverlage oder wie auch immer.

Erich Pfefferlen | Ja, die Folgen sind gravierend. Vor allem für die Leser entsteht das Problem einer für sie nicht mehr überschaubaren Menge von Bücherangeboten, so groß, dass oft auch Buchhändler keine kompetenten Ratgeber mehr sein können. Und dann gibt es durch die schiere Masse von auf den Markt geworfenen Büchern natürlich auch und ganz besonders ein Qualitätsproblem. Die Verlage brauchen zudem die Chance zum wirtschaftlichen Handeln. Da gehen viele Ressourcen drauf, wenn ein hoher Prozentsatz in der Fülle von eingereichten Manuskripten als ungeeignet bezeichnet werden muss. So wird sicherlich auch mal ein herausragendes Manuskript übersehen und nicht veröffentlicht, weil es in der Vielzahl von eingereichten Texten nicht entdeckt wurde.

Aber wir haben das bei den Großen auch schon: Johann Wolfgang von Goethe veröffentlichte sein Werk „Faust. Eine Tragödie" (Teil I, 1808) auf eigene Kosten, weil sich zunächst kein Verleger fand, der das finanzielle Risiko übernehmen wollte. Trotz Goethes Ruhm war das Werk unkonventionell. Letztendlich übernahm Goethe selbst die Druckkosten, und das Buch wurde später eines der bedeutendsten Werke der deutschen Literatur.

Dagegen hatte Christian August Vulpius, der Schwager Goethes, womöglich mehr die wirtschaftlichen als die literarischen Prioritäten gesetzt, als er „Rinaldo Rinaldini, der Räuberhauptmann" (1797) schrieb. Er schrieb viele Romane für Verlage, oft als Auftragsarbeiten, und war eher ein profitorientierter Vielschreiber und damit in gewisser Weise erfolgreicher als Goethe, könnte man sagen.

Man darf diese wirtschaftliche Sicht den Literaten aber nicht grundsätzlich verübeln. Sie und vor allem die Verlage müssen schon deswegen auch das breite Publikum im Auge behalten, weil alle von irgendetwas leben müssen: Verlag, Buchhändler und Autor.

Ralf M. Ruthardt | Und was ist mit der Selbstdarstellung als Motivation, die der Lyrik schadet?

Erich Pfefferlen | Ja, das ist ein großes Problem. Viele schreiben Gedichte auch, weil es ja doch nur kurze Texte sind und mit wenig Aufwand erstellt werden können – um dadurch ihr Prestige zu erhöhen. Auch wenn dieses sich zwischen Eigen- und Fremdsicht unterscheidet. Da schreiben Leute, und wir blicken mit Milde darauf, Lyrik und freuen sich vor allem selbst daran, eine Autorin oder ein Autor zu sein – aber dem Genre Lyrik tun sie mit ihren Texten keinen Gefallen.

Ralf M. Ruthardt | Was zeichnet einen Lyriker aus? Wie lässt sich das in kurzen und nicht abschließenden Worten beschreiben?

Erich Pfefferlen | Ein Lyriker muss einen, seinen eigenen Stil, seine ganz persönliche poetische Aussageweise gefunden haben, die man oftmals wie einen persönlichen Fingerabdruck identifizieren kann – insbesondere sprachlich und formal.

Oberflächlichkeit hat über Tiefgang gesiegt.

Das kann ein langer, sehr langer Weg sein, von ersten eigenen Gedichte-Schreibversuchen bis zum ernst zu nehmenden Lyriker. Aber das Handwerk zum Schreiben kann gelernt werden, ähnlich wie in der Ausbildung zu einem Handwerksberuf. Es ist Voraussetzung dafür, dass man sich zum Meister weiterentwickelt, in unserem Fall zum anerkannten Lyriker.

Dass auf dem Weg dorthin ein Germanistikstudium nicht nur Vorteile hat, sondern durch das zu lange Festhalten an der Regelpoetik beim eigenen Schreiben den kreativen Fortschritt in der eigenen Schreibentwicklung sogar hemmen kann, ist auch meine eigene Erfahrung gewesen.

Wenn man mit dem Schreiben von Gedichten beginnt, ist man also noch lange kein Lyriker. Erst muss, wie gesagt, das „Handwerkszeug" gelernt, dann Erfahrung gesammelt werden, durch den inneren und äußeren Kritiker ein Schreibprozess in Gang gesetzt werden, der über kurz oder lang den Weg zum Lyriker bahnt, der diesen Namen verdient.

Ralf M. Ruthardt | Die Regeln der Poetik quasi als Möglichkeit begreifen, aber nicht als Restriktion zulassen.

Erich Pfefferlen | Genau so. – Ich finde diese Regelwerke als Grundwissen und erste Orientierung hilfreich und notwendig, aber ich bin offen für meine eigene Schreibentwicklung und nutze dabei auch das Echo meiner Leserinnen und Leser, um meine Lyrik weiterzuentwickeln. Es ist ohnehin ein individueller Schreibprozess bei jedem Autor, der immer weitergeht in seiner Entwicklung, mit offenem Ende und vielen spannenden und überraschenden Verläufen.

Ralf M. Ruthardt | Nochmals zu den Skills der Lyriker. Meine Hypothese: Entweder muss der Autor eine Erkenntnis oder ein Gefühl vermitteln wollen, damit seine Lyrik die Chance hat, lesenswert und wirksam zu sein. Die erkenntnisvermittelnde Lyrik bringt mich als Menschen intellektuell weiter und die ein Gefühl vermittelnde Lyrik kann ähnlich einer Meditation mein Gemüt berühren und mir guttun.

Erich Pfefferlen | Ja, das kann man so sehen. Lass mich das japanische Haiku anführen, welches aus drei Zeilen mit einer klaren Ordnung besteht. Dort finden sich die von uns besprochenen konzentrierten, minimalistisch eingesetzten Worte und der unbedingte Wille, eine sinnstiftende bzw. emotional berührende Aussage zu vermitteln. Das soll beim Gegenüber eine Selbsterkenntnis oder ein Gefühl wachrufen. Ich bin also ganz bei dem, was du vorher gesagt hast.

Ralf M. Ruthardt | Eine weitere Hypothese: Tut sich Lyrik auch deshalb schwer, weil wir in der westlichen Welt weitgehend in Lebensumständen sind, in denen ein Fleischstück des Sonntags nicht eine Besonderheit im Verlauf einer Woche ist, sondern wir potentiell uns tagtäglich Fleisch gönnen könnten – und dabei womöglich bei zu günstigem Hackfleisch landen, das gepresst auf den Burgern im Fastfood liegt? Ist uns der bequem und täglich konsumierbare Burger lieber als ein mit Bedacht und Mühe köstlich zubereiteter Sonntagsbraten? (lacht)

Erich Pfefferlen | Ich weiß, was du sagen möchtest. – Wir haben viel oder gar zu viel an Büchern und wir werden ganz bequem im Alltag mit unwesentlichen, aber gedankenlos konsumierbaren Texten versorgt. Dies gilt für alle Genres – bis hin zum Film und zu TV-Serien. Man will sich nicht mehr anstrengen, um zu verstehen oder gar selbst sich anstrengend neue Gedanken einbringen, um so zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Das Plakative und schnell Konsumierbare wird in Kauf genommen, um sich nicht anstrengen zu müssen.

Das gilt aber für viele andere Bereiche in unserem Leben auch.

Nehmen wir nur einmal die Erotik. Früher war der Minnegesang. Da hat sich ein Mann viel Zeit und Mühe gegeben, eine Frau zu umwerben – und sehnlichst gehofft, dass sie ihr weißes Taschentüchlein aus dem Fenster herabschweben lässt. Und heute …? Dies ist sicherlich ein idealistisches Bild aus romantisch verklärten Zeiten des Mittelalters, zeigt aber doch auf, wie unser heutiges zwischenmenschliches Agieren so viel anders in unserer so hektischen Lebenswelt mit oberflächlichsten Beziehungen wie zum Beispiel Facebook-Freunden geworden ist. Vielfach, so könnte man resümieren, hat heute Oberflächlichkeit über den Tiefgang gesiegt, ob

Foto: Jona Ruthardt

bei zwischenmenschlichen Beziehungen oder bei der Rezeption von Literatur, wodurch ein Erkennen und die Wertschätzung gegenüber dem Anderen und an Schönem leider nur allzu oft verloren ging.

Ralf M. Ruthardt | Wie kommt Lyrik wieder zu Bedeutung? Hast du zwei Ideen, wie man die Lyrik wiederbeleben kann?

Erich Pfefferlen | Als ehemaliger Literaturbeauftragter an den Schulen in Bayern sehe ich natürlich vor allem eine Chance in der Bildung. Kinder und Jugendliche müssen wieder mehr zur Literatur hingeführt werden. Und das beginnt schon im Elternhaus bei der familialen Sozialisation. Wie schaut es in den Familien abends mit einem Gute-Nacht-Gebet oder -Lied oder dem Vorlesen einer Geschichte, auch eines Gedichtes beim Bett des Kindes vor dem Einschlafen aus? Warum fordert das Kultusministerium längst kein Auswendiglernen von Gedichten mehr im Deutschunterricht? – Also, an den Schulen muss da mehr gehen …

Ralf M. Ruthardt | … wir reden im übertragenen Sinn von Fein- und Grobmotorik, die den Kids in weiten Teilen abhandengekommen ist. Da können viele der Kinder nicht mal mehr einen geraden Schnitt mit einer Schere machen, weil sie die Motorik zu Hause nicht geübt haben. Da bekommen die Kids keinen Nagel mit drei Schlägen ins Brett, weil sie mit 12 Jahren zum ersten Mal einen Hammer in der Hand haben. Mein Bild lässt sich übertragen auf den Umgang mit Sprache: Wenn wir in jungem Alter keine Lieder singen, keine Gedichte auswendig vortragen und nicht eigene Texte verfassen können, dann fehlt uns die „sprachliche Motorik“. Kann man das so sagen?

Erich Pfefferlen | Ich stimme dem zu. Es geht noch weiter: Wenn Kinder an den Schulen Gedichte vortragen oder eigene Texte vorstellen, dann ist das neben der Bildung auch eine enorme Freude und damit eine Motivation für die jungen Leute. Manches, was man aus den Lehrplänen gestrichen hat, weil es antiquiert erschien, ist dennoch sinnvoll und sollte an den Schulen vielleicht wiederbelebt werden.

Lass mich bitte noch kurz auf Prof. Dr. Manfred Spitzer, den Neurowissenschaftler und Psychiater, eingehen. Dieser betont die Bedeutung des Lesens für die geistige Entwicklung junger Menschen. Er warnt davor, dass der Konsum digitaler Medien, insbesondere das Lesen kurzer Nachrichten auf kleinen Bildschirmen, zu oberflächlichem Lesen führt und die tiefe Verarbeitung von Texten beeinträchtigt. Spitzer hebt hervor, dass das Lesen von Büchern anspruchsvoll ist und gerade deshalb für die Entwicklung der jungen Menschen von besonderer Bedeutung.

Ich weiß nicht, ob Spitzer explizit auf das Auswendiglernen von Gedichten eingeht, aber seine Ausführungen lassen den Schluss zu, dass das Lesen und Memorieren von Literatur, wie Gedichten, die kognitive Entwicklung und die Fähigkeit zur tiefen Sinnerfassung fördert.

Neben der Bildung sehe ich vor allem die Medien in einer gewissen Pflicht: Dort wird so viel Oberflächliches, anscheinend Unterhaltendes, aber nun wirklich für unser Leben nicht Relevantes angeboten. Hier glaube ich, dass es noch Luft nach oben gibt und mehr Raum für Literatur und damit auch für Lyrik geschaffen werden könnte.

Ralf M. Ruthardt | Das nehmen wir als Schlusspunkt, lieber Erich. Ich bedanke mich sehr für das Gespräch.

Je weniger
sich die Menschen
um die Politik
kümmern

desto brutaler
kümmert sich
die Politik
um sie

Erich Pfefferlen
aus *Den Käfig öffnen*, GAUKE Forum, 1995

Erich Pfefferlen

(geboren 1952 in Nördlingen) ist ein deutscher Schriftsteller, Dichter und Pädagoge. Er studierte Germanistik, Geschichte und Sozialkunde und veröffentlichte zahlreiche Gedichtbände sowie Prosa. Als Literaturbeauftragter förderte er die Kreativität im Unterricht.

https://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Pfefferlen

Mein Weg zur Kunst

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Eckhard Wähning

Foto: Eckhard Wähning

Vom Maschinenbau zur Kunst – Eckhard Wähning erzählt, wie ein „Nicht bestanden" sein Leben veränderte, ihn vom Designer zum Skulpteur führte und warum es nie zu spät ist, neu zu beginnen. Ein inspirierender Weg voller Umwege und Entschlossenheit.

Ralf M. Ruthardt | Viele Jahre warst du, lieber Eckhard Wähning, geschäftlich international unterwegs – und nun treffen wir uns im März 2025 auf einer Kunstmesse in Osnabrück. Nimm uns für ein paar Momente dahin mit, wo dein Weg in die Kunst seinen Anfang genommen hat.

Eckhard Wähning | Eigentlich hatte ich mich bereits für den Maschinenbau eingeschrieben. Aber dann fand ich mich in „NATO-Olive" – sprich bei der Bundeswehr – wieder. Während einiger Freigänge besuchte ich einen Freund, der an einer Fachhochschule für Design studierte. Zufällig wurden dort gerade Prüfungen zur Feststellung künstlerischer Begabungen abgehalten. Noch nie davor hatte ich gezeichnet oder mich mit Design oder Kunst beschäftigt. Gut, vielleicht mal eine Figur aus Kupferblech gehämmert. Aber das war's.

Spontan nahm ich an diesem Talentwettbewerb teil, und ich war begeistert.

Ralf M. Ruthardt | Wie darf man sich das vorstellen?

Eckhard Wähning | Es gab eine Abschlussbesprechung. Da saßen mehrere Personen an einem langen Tisch: die Professoren und einige ausgewählte Studenten. Meine Kupferfigur stand tapfer auf diesem Tisch. Die Kuratoren schauten staunend zwischen meinem Werk und mir hin und her, während ich begeistert über meine Figur sprach.

Auf deren Frage, warum ich bei dieser Begeisterung für die Kunst nicht mehr präsentieren würde, konnte ich nur entschuldigend darauf verweisen, dass mein Wehrdienst nun mal jede Kreativität blockieren würde.

Einige Tage später erhielt ich den ersehnten Brief und mit ihm das Ergebnis der künstlerischen Begabtenprüfung. Auf einem schmucklosen Blatt Papier stand der Text:

- „besondere künstlerische Begabung"
- „künstlerische Begabung"
- „keine künstlerische Begabung"

Rate mal, was mit einem dicken Kreuzchen markiert war? (lacht)

Ralf M. Ruthardt | Sicherlich „besondere künstlerische Begabung"; was denn sonst? (lacht)

Eckhard Wähning | Nein. Es war „keine künstlerische Begabung" fett angekreuzt, und damit war mir nun klar, was ich wirklich wollte: Ich werde Designer!

Ralf M. Ruthardt | Klingt vielleicht nicht unbedingt logisch, aber jedenfalls rebellisch. Das sagt man begabten Kunstschaffenden ja durchaus nach. (lacht) Wie ging dein Weg weiter?

Eckhard Wähning | Nach der Bundeswehrzeit überzeugte ich meine Eltern von meinem Vorhaben und suchte mir einen Praktikumsplatz in einer kleinen Werbeagentur. Zudem lernte ich in Abendkursen das Zeichnen. Zu dieser Zeit gab es noch keinen wirklichen Ausbildungsberuf in dieser Branche. Nun, zwei Jahre später stand ich wieder bei der gleichen Fachhochschule zur künstlerischen Begabtenprüfung und erhielt anschließend

den gleichen schmucklosen Brief. Diesmal war das Kreuzchen hinter dem Satz „besondere künstlerische Begabung“.

Das Studium absolvierte ich nicht gerade in Rekordzeit. Ein Grund war, dass ich mich bereits im Laufe des ersten Semesters selbstständig gemacht hatte: eine Werbeagentur.

Im Studium hatte ich Glück und traf auf einen Kunst-Professor der „alten Schule“. Im Sommer zeichnete ich Tiere im Zoo und im Winter das dazugehörige Innenleben im paläontologischen Museum. Bei der ersten Korrektur im Zoo schaute mich dieser Professor fragend an:

„Was haben Sie vorher gemacht?“, wollte er wissen.

„Ich habe angefangen, Maschinenbau zu studieren.“

„Soll ich Ihnen einen Rat geben? Machen Sie da weiter“, war seine klare Ansage an mich.

Aber ganz ehrlich: Konnte diese Wertung meiner Fähigkeit mich demotivieren? Nein, ich werde Designer. Jetzt erst recht! (lacht)

Ralf M. Ruthardt | Klingt spannend und zugleich überrascht es mich, da du dieses Studium zu Ende gebracht und erfolgreich abgeschlossen hast.

Eckhard Wähning | Ja, es dauerte noch etwas, aber bis zum Abschluss des Studiums und nach mehreren Jahren im Zoo und Museum wurden wir Freunde. Sein letzter Rat an mich war, dass ich an die Kunstakademie gehen soll. Aber dafür war es zu spät. Ich hatte ja bereits eine Werbeagentur mit mehreren Mitarbeitern, Auszubildenden und ein Fotostudio. Auch das Angebot, einen Lehrauftrag anzunehmen, musste ich ablehnen – wer sollte meine Arbeit in der Agentur weiterführen?

Ralf M. Ruthardt | Ein Zwischenfazit: Ein künstlerisch sehr begabter Entrepreneurzieht das Unternehmertum einer akademischen Laufbahn vor.

Eckhard Wähning | So könnte man es sagen. – Nach mehreren Jahren als Dipl.-Designer in der Werbung und im Messebau entwickelte ich eine mobile Küche für den Messeeinsatz, das „KITCASE“ – die Küche im Koffer – und weitere Kleinküchen, für die ich mehrere Designauszeichnungen erhielt und die in verschiedenen Designausstellungen, wie im Vitra Designmuseum und an der Bergischen Universität Wuppertal im Institut für Kunst- und Designgeschichte einen Platz fanden.

Also landete ich irgendwie ungewollt in der Möbelbranche und wurde dort der kleinste Küchenhersteller, jedoch der größte Kleinküchenhersteller.

Ralf M. Ruthardt | Wir brauchen den Gedankensprung, hin zur Skulptur. Denn hier auf der *ARTe-Kunstmesse 2025* in Osnabrück sehe ich dich inmitten einer Fülle von Skulpturen.

Eckhard Wähning | Mein Weg zur Skulptur führte über England. Aber beginnen wir damit, dass meine Frau, eine engagierte Floristin, ihre Begeisterung für Pflanzen und Gärten mit mir teilen wollte und mich mit nach England nahm.

Mit Gärten verband ich nur eins: Rasenschneiden, ein Jugendtrauma. Aber was ich dann sah, begeisterte mich erneut! Nicht nur Gärten, sondern Gartenarchitektur in beeindruckender Qualität. Gartenräume, gestaltet mit Blickachsen und eingerichtet mit Skulpturen, wie Zimmer mit Bildern – und das für mich fast Unfassbare: vorausschauend

geplant, entworfen von Künstlern und Gartenarchitekten, die teilweise nicht einmal die Chance hatten, die fertige Anlage in ihrer Vollendung jemals zu sehen und zu begehen. Denn Gärten müssen wachsen, was Jahre dauern kann – wer hat die Zeit?

Inspiriert kamen wir zurück und fingen als Erstes an, unseren damals 3.000 m² großen Garten umzugestalten. Was macht man nach so einem prägenden England-Erlebnis? Man schaut in seinen Garten und holt den Bagger. Motiviert und voller neuer Ideen gingen wir an die Arbeit. Wir unterteilten den Garten in Gartenräume mit Taxushecken, Formschnitten, Blickachsen und kunstvoll gestalteten Beeten, durchzogen von kleinen Wegen. Meine Frau war ja Floristin und eine begeisterte Gärtnerin. Das gesamte Ensemble richteten wir dann schrittweise mit Skulpturen, Brunnen und Brunnenskulpturen ein.

Das Ergebnis ließ sich sehen: Wir wurden vom Fernsehen besucht, und unser Garten erschien in Zeitschriften und Büchern wie „Blühendes Münsterland“ von Ursel Borsten und Susanne Peters. Die Skulpturen, die wir wollten, waren zu der Zeit in dieser Qualität nicht zu bekommen …

Ralf M. Ruthardt | … und was macht dann ein künstlerisch begabter Unternehmer? Ich erahne es.

Eckhard Wähning | … richtig erkannt, wir gründeten 1995 die *„H&G – die Haus & Garten Galerie“* – und importierten Bleiskulpturen aus England. Von Museen kauften wir die Originalabgüsse alter Meister, wie zum Beispiel den Betenden Jüngling von Sanssouci oder den Denker von Rodin und ließen sie in Originalgröße in Bronze gießen. Wir knüpften Kontakte zu Kunstgießereien und zeitgenössischen Künstlern und entwickelten ein umfassendes und ausgefallenes Skulptu-

Foto: Eckhard Wähning

renprogramm. Da unser Wohnort mit seinen damals etwa 35.000 Einwohnern für eine Galerie als Zielgruppe zu klein war, konzipierten wir die Skulpturen-Galerie als bundesweit arbeitende Katalog-Galerie mit Versandauflagen von bis zu 20.000 Katalogen jährlich. Der Kontakt zur Skulptur war geknüpft.

Ralf M. Ruthardt | Im Rückblick bekommt alles seine erwartbare Logik. Beim Zuhören der Erzählung deiner Lebensgeschichte erschließt sich jedoch ein geradezu wunderbarer Werdegang.

Gleichwohl hast du damals mit dem Kataloggeschäft einen Vertriebsweg genutzt, der durch das Internet massiv unter Druck gekommen ist. Die Schnelllebigkeit im Netz, das „Vergleichbarwerden", Preisrabattierungen per Mausklick … habe ich etwas vergessen?

Eckhard Wähning | Die Liste lässt sich fortsetzen: Überangebote und minderwertige Kopien will ich noch hinzufügen. Es galt, ein starkes Alleinstellungsmerkmal zu generieren. Ein Besuch bei einer befreundeten Künstlerin

öffnete mir die Augen. Ihr Enkelsohn hatte während seines Urlaubs bei ihr eine beeindruckende Skulptur modelliert – und das mit nur 12 Jahren. Als wir bewundernd davorstanden, sagte meine Frau: „Eckhard, das kannst du doch auch." In diesem Moment wurde meine damalige, einsame Kupferfigur wieder lebendig vor meinen Augen.

Zuhause besorgte ich Modellierwachs und begann zu arbeiten. Erstaunlicherweise fiel es mir leicht. Mein damaliger Professor hatte recht: Wenn dich einmal, nach langem Studium und Üben, die Muse küsst, ist es gleichgültig, ob du mit dem Stift, dem Pinsel oder deinen Händen modellierst. Doch ohne Übung, konstruktive Kritik und die Bereitschaft, sich Korrekturen zu stellen – was nicht immer einfach ist – kommt man nicht voran.

Die Übung war mein Part, während meine Frau und meine beiden Töchter mir mit wertvoller Kritik und Inspiration zur Seite standen. Neben dem exklusiven Galerieprogramm nahmen meine eigenen Skulpturen immer mehr Gestalt an – und das notwendige Alleinstellungsmerkmal war gegeben.

Ich lernte zudem das Patinieren und Schweißen – es ist nie zu spät, mit etwas Neuem zu beginnen. Heute, als Skulpteur, möchte ich, inspiriert durch das Gesehene und Erlebte, die Natur und meine Umwelt nicht einfach kopieren, sondern umsetzen und neu darstellen. Manchmal sehnsüchtig und verträumt, wie bei der *„Frau im Wind"*, oder mit einer kleinen Prise Humor, wie bei den *„EckiFanten"*. Meine Vögel modellierte ich skizzenhaft, nicht als Vollskulptur, sondern als ein Spiel zwischen Bewegungen und Akzenten, leerem Raum und Bronze. Meine Themen reichen heute von der griechischen Mythologie bis zu verspielten Episoden. Das Leben ist zu spannend, zu abwechslungsreich und zu kurz, um sich auf einen Stil oder ein Thema festzulegen. Aus diesem Grund greife ich immer wieder gerne Neues auf und spiele mit Themen und Formen.

Ralf M. Ruthardt | Seit vielen Jahren arbeiten deine liebe Frau und du als Galeristin und du als freischaffender Künstler und Skulpteur zusammen. Zwar gibt es euren Garten nicht mehr, da ihr umgezogen seid. Und sicherlich liegt vor euch beiden – wie vor uns allen – die eine oder andere Entwicklung, auf die wir uns mutig und kreativ einlassen dürfen. Meine abschließende Frage: Was ist für dich eine der Konstanten in der Zukunft?

Eckhard Wähning | Als Menschen müssen wir uns anpassen und ja, vielleicht gilt es, das eine oder andere im Laufe des Älterwerdens aufzugeben, wie zum Beispiel die Galerie – aber sicherlich nicht die Kunst.

Eckhard Wähning

ist freischaffender Künstler und Skulpteur. Wähning ist 1956 geboren. Der Diplom-Designer war viele Jahre als Führungskraft in der freien Wirtschaft tätig, bevor er sich 2010 auf sein kreatives Wirken konzentrierte. Er erhielt unter anderem den Busse Longlife Design Award für seine „kitcase"-Kofferküche. Möbel von Wähning finden sich im Vitra Design Museum und an der Bergischen Universität Wuppertal, Institut für Kunst- und Designgeschichte. Bereits 1995 gründete er eine Galerie.
www.e-waehning.de

Foto: Eckhard Wähning

Demokratie

Zumutung und Chance

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Jörn Didas

Armin Lang, Ralf M. Ruthardt und Jörn Didas vor Gemälden von Adolf Bender

Heute sprechen wir In dieser Rubrik von *MIT**MENSCHEN**REDEN* mit Jörn Didas. Er leitet als Geschäftsführer das ***Adolf-Bender-Zentrum e. V.*** in St. Wendel, das sich für Demokratie, Menschenrechte, Vielfalt und gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung engagiert.

(k)eine tägliche begegnung

Ralf M. Ruthardt | Lieber Jörn Didas, es freut mich sehr, dass wir Sie in *MIT**MENSCHEN**REDEN* als Gesprächspartner haben. Aus Ihrer Expertise, unter anderem als Geschäftsführer des Adolf-Bender-Zentrums, bringen Sie eine Fülle wichtiger Impulse zu Demokratie und Menschenrechten mit.

Lassen Sie uns darüber sprechen, wie unterschiedlich die kommunikativen Kontexte sind, wenn es um den gesellschaftspolitischen Diskurs geht: Leisten Journalismus und die Akteure in den sozialen Medien einen adäquaten Beitrag, wenn es um die versachlichten Diskussionen und um einen Beitrag zur faktenbasierten Meinungsbildung geht?

Jörn Didas | Die Herausforderungen im Journalismus sind groß. Da geht es betriebswirtschaftlich natürlich auch darum, die Verkaufszahl hoch zu halten und die Konkurrenz eben auch durch den Onlinebereich und die sozialen Medien ist immens.

Da helfen dann, wie in den sozialen Medien üblich, die Schlagzeilen. Eine Schlagzeile verkürzt und will für Aufmerksamkeit sorgen. Oftmals wird von Menschen dann nur die Schlagzeile gelesen. Da kann dann das Interview, das Gespräch inhaltlich viele wichtige Dinge beinhalten – es kommt dann eben nicht an oder wird verkürzt.

Herausgegriffen wird oftmals das, woran der Konsument bei der Vielzahl von Beiträgen hängen bleibt und was online Klicks und Traffic erzeugt, inklusive der damit zusammenhängenden Entrüstungsspiralen. Journalismus hat die Aufgabe, gut zu recherchieren und die Vielfalt an unterschiedlichen Sichten darzustellen. Das wird zunehmend herausforderungsvoller, da wir in Teilen in einer Gesellschaft leben, wo ein Clip, eine Nachricht nur wenige Sekunden haben darf und die Aufmerksamkeitsspannen kurz sind.

Schauen wir uns doch an, was auf TikTok und auf anderen Plattformen angeboten wird. Nach 15 Sekunden kommt der nächste Clip. Wir müssen die Menschen trotzdem irgendwie dahin bringen, dass sie mit mehr Interesse auf das blicken, was unsere Gesellschaft an Herausforderungen hat. Sich damit beschäftigen und man muss sich auch zumuten, auf die Standpunkte der anderen zu schauen. Das ist unabdingbar für den Erhalt einer Demokratie.

Ralf M. Ruthardt | Da sind wir ja schon, lieber Herr Didas, an einem Demokratiefördermoment: Nämlich an der Erkenntnis, dass es bei uns als Bürgerinnen und Bürger den Einsatz von Zeit, von Konzentration und die Bereitschaft, Widerspruch zuzulassen, bedarf. Der Themen gibt es viele: Energiewende und Klimaschutz. Migration und geostrategische Interessenkonflikte. Bildung und Innovation.

Welche Erfahrungen haben Sie bei Ihrer Tätigkeit im Adolf-Bender-Zentrum gesammelt,

wenn es um die Förderung der Demokratie und damit verbunden um die Auseinandersetzung mit komplexen gesellschaftlichen Fragen geht?

Jörn Didas | Bevor ich zu Ihrer Frage komme, möchte ich noch auf etwas Grundsätzliches eingehen. Wir arbeiten vor allem in der politischen Bildungsarbeit. Neben den Beratungsstellen, die wir haben, ist die politische Bildungsarbeit unser Kerngeschäft. Die Idee von politischer Bildung ist – und das überrascht manche Menschen – nicht eine bestimmte Position, die ich gerade innehabe, nach außen zu bringen. Die Menschen sollen nicht in irgendeiner Art und Weise missioniert oder bekehrt werden. Das ist gerade nicht die Aufgabe von Bildung. Sondern die Aufgabe von politischer Bildung ist, die in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft kontrovers diskutierten Positionen, solange sie sich im Rahmen des demokratischen Wertekanons des Grundgesetzes bewegen, in der Bildungsarbeit sichtbar und erfahrbar zu machen.

Wir wollen die Menschen in die Lage versetzen, sich kritisch mit diesen unterschiedlichen Positionen auseinanderzusetzen, damit sie im zweiten Schritt für sich überlegen können, was eigentlich ihre eigene Position ist. Was ist mein Interesse? Was ist mein Ziel? Was ist mir, aber auch den anderen, wichtig? – Das sind die Fragen, mit denen wir die Menschen in der politischen Bildungsarbeit konfrontieren und zum Austausch bringen wollen.

Das macht eigentlich Bildung aus. Es geht somit nicht darum, mit einer Position in die Workshops reinzugehen, damit die Menschen, die daran teilnehmen und sich, wie z. B. in der Schule, das vielleicht noch nicht mal ausgesucht haben, diese einfach übernehmen sollen. Vielmehr wird versucht, eine

Gemälde: Adolf Bender

Kontroversität zu erzeugen bzw. sichtbar zu machen, damit der Diskurs zustande kommt.

Jetzt zu Ihrer Frage nach meiner Erfahrung, wenn es um die Förderung der Demokratie geht. Ich erlebe Gesellschaft so, dass ich manchmal das Gefühl habe, dass wir es entweder verlernt haben oder es als Gesellschaft nie in Gänze gelernt haben, was es bedeutet, Bürgerinnen und Bürger in einem demokratischen Staat zu sein.

Die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik waren gekennzeichnet von einem stärker werdenden wirtschaftlichen Aufstieg. Ich würde mal sagen, das hat durchaus so manches kaschiert und deshalb weiß ich nicht, ob wir den kritischen Diskurs und das sich Einbringen als Bürgerinnen und Bürger, als Gesellschaft, nie gelernt haben oder ob wir es wieder verlernt haben.

Ralf M. Ruthardt | Hat sich womöglich die Einstellung breitgemacht, dass Politik ihren Job machen soll und wir als Bürgerinnen und Bürger in Ruhe gelassen werden wollen? Womöglich eine Einstellung, die sich seit ein, zwei Jahrzehnten intensiviert hat.

Jörn Didas | Es gibt in der Demokratie kein Recht darauf, dass der Staat zu liefern hat. Wenn ich mich mit Menschen unterhalte, festigt sich jedoch der Eindruck, dass da eine Erwartung da ist: Die in der Politik sollen jetzt endlich mal machen, was ich für richtig halte. Schließlich werden die ja dafür bezahlt. Der Staat sei zuständig und dies bedeutet, dass Menschen die Verantwortung, die sie eigentlich individuell tragen, externalisieren. Gesellschaft, Staat und Demokratie sind zuständig. Zugleich gibt es jedoch, so meine Einschätzung, ein sehr neoliberales Denken. Damit ist der Staat quasi der Dienstleister, der liefern soll.

Das Problem ist aber, dass Gesellschaft und Demokratie nicht liefern können, wie z. B. Amazon und schon gar nicht das, was ich individuell bestellt habe. Nun ist aber Demokratie eben nicht das Recht, nach seinen Wünschen etwas geliefert zu bekommen. Sondern die Demokratie gibt uns das Recht auf Teilhabe; nämlich mitmachen zu können und Verantwortung zu übernehmen. Das ist es, was wir lernen müssen. Die Demokratie kann nur funktionieren, wenn wir als Bürgerinnen und Bürger bereit sind, eine individuelle Verantwortung für unser Gemeinwesen, also auch für die Demokratie, zu übernehmen. Das kann im politischen sein, das kann im gesellschaftspolitischen sein und das kann im zivilgesellschaftlichen Zusammenhang sein.

Ralf M. Ruthardt | Wir halten fest, dass wir als Bürgerinnen und Bürger nicht Teilhabe praktizieren, indem wir eine Bestellung an die Politik aufgeben. Vielmehr bedeutet Teilhabe, sich einzubringen. Dann sind wir wieder an dem Punkt, dass der Einzelne Zeit einbringen und die Konzentration aufbringen muss, um seine eigenen Argumentationsketten und Erfahrungen einzubringen und sich mit den der anderen konstruktiv auseinanderzusetzen.

Jörn Didas | Ja, so sehe ich das.

Ralf M. Ruthardt | Im Zusammenhang mit der Externalisierung an Gesellschaft und Staat haben Sie auch von neoliberalem Denken gesprochen. Das Neoliberale kann ich in diesem Kontext nicht einordnen, dieweil die Neoliberalen, so wie ich es bisher verstehe, den Staat eher zurückdrängen und eben nicht, vielfache Erwartungen delegieren wollen. Da ist ja eher die Rede davon, dass der Staat sich auf sowas wie Infrastruktur, Bildung, Verteidigung und gesetzliche Rahmenbedingungen konzentrieren soll.

Jörn Didas | Ja, tatsächlich ist dies die Position des Neoliberalismus in Bezug auf den

Staat. Was ich gemeint hab, ist die neoliberale Perspektive. Die Wirtschaft produziert anhand der Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger oder weckt diese Bedürfnisse, motiviert durch die Gewinnerzielungsabsicht der Unternehmen. Und dann wird verkauft und der Bürger sitzt zu Hause und konsumiert die Waren und Dienstleistungen.

Bildung bedeutet keine Missionierung

Übertragen aufs Politische bedeutet dies, der Konsumbürger sitzt zu Hause auf der Couch und bestellt das politische Programm. Tatsächlich können aber Staat und Gesellschaft nicht analog zu einem Wirtschaftsunternehmen liefern. Wenn wir uns jedoch anschauen, welche Wortwahl im Alltag verwendet wird, dann ist dort von „der Staat soll liefern" oder von „die Politik muss endlich liefern" die Rede. Das finde ich total spannend, wenn selbst Politikerinnen und Politiker sagen, wir müssen liefern, als ob man wie ein Unternehmen agieren könne. Ähnlich krude finde ich den Satz „wir müssen die Menschen abholen". Die Bürgerinnen und Bürger sind doch keine Kinder, die aus dem Kindergarten abgeholt werden wollen.

Ralf M. Ruthardt | Danke für die Einordnung. Ich bin sehr dabei, dass es auch für mein Dasein als Mensch zu kurz gesprungen ist, wenn ich mich auf einen Produktivitätsfaktor und auf den Konsumenten reduzieren lasse. Dies würde mein Dasein vom Sinn entkernen. Plötzlich dient mein Sein dann nur noch anderen und ich selbst habe quasi keine Seele mehr.

Einen Gedankensprung hin zu einer weiteren Formulierung, die man vor allem nach einer für eine Partei verlorengegangenen Wahl hört: „Wir müssen es besser erklären …". Als ob Erzieher zu einem unmündigen jungen Menschen sprechen. Nun, lassen Sie uns das nicht vertiefen, sondern bitte nochmals zum Begriff des Liberalismus zurückkommen.

Neoliberalismus wird – wenn man sich beispielsweise auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung umschaut – als eine Denkrichtung des Liberalismus bezeichnet. Dabei stehen eine freiheitliche marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit den entsprechenden Gestaltungsmerkmalen wie private Verantwortung und so weiter im Mittelpunkt. Lassen Sie uns ein paar Momente über den Begriff „Liberalismus" im weiten Sinn nachdenken.

Jörn Didas | Ich bin ein großer Freund des Begriffs „Liberalismus", weil wir in einer liberalen Demokratie leben. Das Liberale wird häufig vergessen oder außen vorgelassen.

Wir reden meist nur von der Demokratie. Wenn ich meine Vorträge zu Demokratie halte, beginne ich gern bei der attischen Demokratie …

Ralf M. Ruthardt | … die attische Demokratie, die im antiken Griechenland des 5. Jahrhunderts vor Christi ihre vollständige Ausprägung erlangte.

Jörn Didas | Bei den Vorträgen frage ich die Teilnehmenden, wie man damals eigentlich in die Ämter gekommen ist. Dann überlegen die Leute, was sie vielleicht im Geschichtsunterricht gelernt haben. Das Spannende ist, dass es in aller Regel das Losverfahren und nicht die Wahl war.

Klar, man kann die attische Demokratie nicht mit der modernen Demokratie vergleichen. Trotzdem gibt es Grundaspekte, die mich immer wieder zum Nachdenken bewegen und die ich sehr spannend finde.

Die attische Demokratie ging grundsätzlich davon aus, dass jeder Bürger gewählt beziehungsweise ausgelost werden kann. Also ein jeder kann, soll oder gar muss sich einbringen. Das ist Demokratie als Zumutung, ein für den Erhalt dieser Gesellschaftsform wichtiger Aspekt.

Und: Wir haben heute die Gewaltenteilung, die hart erkämpft worden ist. Und wenn wir uns anschauen, was Rechtsextreme mit als Erstes versuchen einzuschränken, dann sind das diese Freiheitsrechte und die Gewaltenteilung inklusive des Minderheitenschutzes. Deshalb betone ich das in meinen Vorträgen. Ich möchte, dass die Leute diesen Aspekt genau in den Blick nehmen. Denn in aller Regel wird nicht die Wahl abgeschafft. Auch in der DDR hat man gewählt; es war halt keine freie Wahl.

Ralf M. Ruthardt | Sie haben die Rechtsextremen und den Sozialismus der DDR angeführt. Kann man sagen, dass jede Art von extremistischer Politik versucht, die Freiheiten einzuschränken?

Jörn Didas | Ja, ich glaube tatsächlich, dass das immer ein entscheidender Aspekt ist. Da die Freiheit bei uns individuell ansetzt, also die Freiheit, wie ich mein Leben gestalten möchte. Gleichzeitig müssen wir als Gesellschaft darauf achten, wo man aus einer solidarischen Perspektive die individuelle Freiheit gegebenenfalls begrenzen muss.

Salopp gesagt: Wenn manche Menschen grundständig glauben zu wissen, was für alle anderen gut ist und das dann mit Macht durchsetzen, dann ist es vorbei mit einer liberalen Demokratie.

Ralf M. Ruthardt | Das nehmen wir als Schlusssatz und ich bedanke mich herzlich für das Gespräch.

Jörn Didas
studierte Politikwissenschaft und Soziologie. Er ist Geschäftsführer des *Adolf-Bender-Zentrum e. V.* – für Demokratie und Menschenrechte und bereits seit 2007 in der politischen Bildungsarbeit sowie in der Fachstelle gegen Rechtsextremismus des Saarlandes aktiv. Zudem ist er Mitglied der Expertenkommission des Beauftragten für jüdisches Leben im Saarland und gegen Antisemitismus.
https://adolfbender.de/

Foto: Ralf M. Ruthardt

RESIGNATION

WWW.MITMENSCHENREDEN.DE

Titelfoto: Thomas Ulrich – Pixabay

konstruktiv.
überparteilich.
im Ergebnis offen.
am Konsens interessiert.